

ALTERNATIVE FÜR ASIEN

Die Situation in Asien ist überaus kompliziert. Die Versuche des US-Imperialismus, auch diesen gigantischen Kontinent für seine Pläne der globalen Hegemonie einzuspannen, haben in den letzten Jahrzehnten zwei große Kriege — in Korea und Indochina — verursacht. Die Politik der heutigen Washingtoner Administration kann für Asien schwere Folgen haben, zumal ihr Kurs dort unmittelbar an die außenpolitische Linie der Pekingener Führung anknüpft. Er überlagert sich auch mit einer ganzen Kette nationaler, religiöser und territorialer Konflikte in der Region, von denen viele jahrhundertealt sind. Nicht zu vergessen ist schließlich die furchterliche Lage von Millionen Menschen in jenen Teilen des Kontinents, wo die Völker einen schweren Kampf gegen die Folgen des Kolonialismus und die egoistischen Bestrebungen seiner Nachbeter führen müssen.

All das stimmt. Doch wäre es ungerechtfertigter Pessimismus zu denken, daß der Kontinent, auf dem über die Hälfte der Menschheit lebt, schicksalhaft zur ständigen Labilität und zu verderblichen Spannungen verdammt ist. Keineswegs. In Asien werden die Kräfte, die sich für eine friedliche Zukunft einsetzen, immer aktiver. Dort gibt es keinen Konflikt, dessen Beilegung die UdSSR und ihre Freunde nicht begrüßen würden, kein Volk und kein Land, zu dem sie nicht gleichberechtigte, konstruktive Beziehungen ausbauen würden. Es ist zutiefst gesetzmäßig, daß Leonid Breschnew in seiner Taschkenter Rede vom 24. März besonders auf die erfolgreiche Zusammenarbeit mit Indien, auf das Streben Moskaus nach zuverlässigen gutnachbarlichen Beziehungen zu Japan, auf die diffizile Frage der sowjetisch-chinesischen Beziehungen hinwies, über deren Verbesserung die UdSSR sich ohne jegliche Vorbedingungen einigen würde.

Leonid Breschnew sagte: „Insgesamt ist unsere Politik auf diesem wie auch auf allen anderen Kontinenten eine Politik der Festigung des Friedens und der festen Zurückweisung der Friedensfeinde, eine Politik der friedlichen Zusammenarbeit mit allen, die es wollen, eine Politik der brüderlichen Freundschaft mit den sozialistischen Ländern, der Solidarität mit allen Kräften des sozialen Fortschritts und des Schutzes der souveränen Rechte der Völker.“

In Asien ist wohl besonders klar zu sehen, daß die Festigung des Friedens nicht von der Respektierung der Rechte der Völker, darunter ihres Rechts auf sozialen Fortschritt, zu trennen ist. Hat nicht ein Anschlag des Imperialismus und seiner Handlanger auf dieses Recht des afghanischen Volkes die gespannte Situation mitten in Asien ausgelöst? Ihre Versuche, Kampuchea das Recht auf fortschrittliche Entwicklung zu rauben, schaffen einen Gefahrenherd im Südosten des Kontinents. Wenn man die schwierigen Probleme Asiens gründlich untersucht, so gelangt man unweigerlich zu folgendem Schluß: Gerade die Freisetzung der schöpferischen Möglichkeiten der Völker, die sich seit langem nach einer ruhigen Situation und gegenseitigem Vertrauen sehnen, könnte praktische Voraussetzungen für die Gestaltung eines wirklich friedlichen Asiens schaffen. Seine Länder sind es müde, in Angst, Argwohn und Besorgnis zu leben. Es ist also die Wirklichkeit selbst, die zur breiten Unterstützung von Initiativen wie dem sowjetischen Vorschlag über die Ausdehnung vertrauensbildender Maßnahmen auf den Fernen Osten drängt. Leonid Breschnew betonte: „Die Bewegung auf diesem Weg kann durchaus auch auf bilateraler Grundlage begonnen werden.“ Dann würde die Realisierung der sowjetischen Initiative offensichtlich leichter fallen. Viele Staaten reagierten positiv auf den jüngsten Vorschlag der MVR, zwischen den Ländern Asiens und des Pazifik eine Konvention über gegenseitigen Nichtangriff und gegenseitige Nichtanwendung von Gewalt abzuschließen. Überdies würden auch Maßnahmen zur Beilegung lokaler Konflikte — Maßnahmen, wie sie von Afghanistan, den indochinesischen und anderen friedliebenden Staaten Asiens vorgeschlagen werden — die Normalisierung der Situation auf dem Kontinent fördern.

All das sind dringende Aufgaben, denn in der gegenwärtigen gefährlichen Weltlage kann jedes militärische Aufflackern, und sei es von lokaler Art, eine ganze Kettenreaktion auslösen, deren Folgen unabsehbar sind. Die Reagan-Administration betrachtet nachgerade die ganze Welt als eine Arena der „direkten Auseinandersetzung“ mit den Kräften des Sozialismus, der nationalen und sozialen Befreiung. Wie bereits gesagt, ist Asien heutzutage ein wichtiges Objekt dieser aggressiven globalen Strategie. Davon zeugt der forcierte Ausbau von US-Stützpunkten in seinem Vorfeld, in erster Linie auf der Insel Diego García, von der aus beinahe alle Staaten des Indik und nicht nur sie bedroht werden sollen.

In dieser Situation haben die Völker Asiens keine Alternative außer der Zusammenarbeit um des Friedens willen. Zur Erreichung dieses Zieles muß jeder Staat seinen Teil des Weges zurücklegen. An der Sowjetunion soll es nicht liegen. Leonid Breschnews Rede in Taschkent hat das überzeugend bekräftigt.

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 14 APRIL 1982

Gründungsjahr 1943

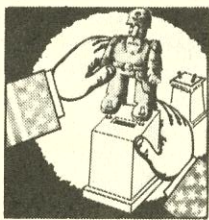
Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: S. GOLJAKOW (Stellv. Chefredakteur), A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), W. SCHELEPIN (Verantw. Sekretär), I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

IN DIESEM HEFT:

Alternative für Asien	1
V. Angarow — Madrid: Versäumte Möglichkeiten	5
G. Sergejew — Den Frieden behaupten	6
I. Trofimowa — Zum Parteitag der KPdSU	7
W. Wychucholew — Indien. Im Zeichen von Sichel und Ähre	8
S. Irodow — Bangladesch. Armee ergreift die Macht	8
V. Maximow — Die alte Leier	9
USA—MITTELAMERIKA	
W. Dolgow — Schleichende Invasion	10
A. Baryschew — Dekorationswechsel	10
A. Wladimirow — Putsch nach den „Wahlen“	11
V. Semjonow — Frankreich. Die jüngste Kraftprobe	12
W. Boikow — USA—Westeuropa. Elefant im Kahn	14
Biographisches: Gerard Collins	15
Notizen ♦ Glossen	16
P. Julagin — Festes Bündnis freier Republiken	18
S. Goljakow — Ungarn. Der Ariadnefaden	20
Italiener über die Haltung der IKP-Führung	21
B. Sarizki — Mit zweierlei Maß	23
NAHER OSTEN	
O. Fomin — Besatzerwechsel	26
Abu Mayzer: Aggressiver Chauvinismus (Interview)	27
A. Sacharow — USA. Und Mr. Elliott kaufte einen Revolver	29
Diskussion mit dem Leser	31
DOKUMENTE	
Kommuniqué der Tagung des Internationalen Komitees für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit	
Appell an die Regierungen	32



In El Salvador, in dem der Bürgerkrieg im Gange ist, führte die herrschende Junta mit Washingtons Unterstützung „demokratische, allgemeine, freie Wahlen“ durch. Diese schamlose Farce, bei der die Soldateska die Situation beherrschte, sollte das bestehende Unterdrückungsregime legalisieren und eine noch umfassendere US-Einmischung ermöglichen.

Titelbild: N. Stscherbakow

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache

ANSCHRIFT DER REDAKTION: UdSSR, 103782 GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja Plostschadj, Rufnummern: 229-88-72, 209-07-67 (Auskünfte). Telex: 411164a NEWT SU, 411164b NEWT SU, 411164c NEWT SU. Telegrammadresse: Neue Zeit, Puschkinskaja Plostschadj, Moskau.

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

In Hanoi begann am 27. März der V. Parteitag der KP Vietnams. Die über 1000 Delegierten vertreten 1,7 Millionen Mitglieder der Partei. Unter ausländischen Delegationen ist auch eine Delegation der KPdSU, geführt von Michail Gorbatschow, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU (S. 7).

Vom 26. bis zum 28. März tagte der XXIV. Parteitag der KP Belgiens. In einer Grußadresse des ZK der KPdSU heißt es: „Die belgischen Kommunisten haben genau ihren Platz in der Vorhut der breiten Volksbewegung für die Kürzung der sinnlosen Militärausgaben, für Frieden und europäische Sicherheit gefunden. Sie haben sich durch ihren aktiven Kampf gegen die Stationierung von Nuklear- und Raketenwaffen der USA auf dem Territorium der eigenen Heimat und in anderen Ländern eine hohe Autorität erworben. Den großen Ideen von Marx, Engels und Lenin und dem proletarischen Internationalismus getreu, wünscht die KPdSU der brüderlichen KP Belgiens Erfolge in ihrem Kampf für das Wohl des eigenen Volkes, für den Frieden und Sozialismus.“

Am 28. März kam in Varanasi der XII. Parteitag der KP Indiens zum Abschluß (S. 8).

Am 29. März empfing Indira Gandhi in Delhi Eduard Schewardnadse, Kandidat des Politbüros des ZK der KPdSU und Erster Sekretär des ZK der KP Georgiens, der die KPdSU-Delegation zum XII. Parteitag der KPI führte. Im Namen Leonid Breschnews wünschte Eduard Schewardnadse dem indischen Volk herzlich Erfolge beim Aufbau eines starken, unabhängigen und gedeihenden Indiens.

Am 24. und 25. März tagte in Moskau erstmalig das Präsidiumskomitee für Abrüstung der AAPSO. An der Tagung beteiligten sich namhafte Vertreter der Öffentlichkeit und Politiker aus den Entwicklungsstaaten, Führer der nationalen Befreiungsbewegungen und Abgesandte fortschrittlicher Organisationen des Westens und der Komitees der sozialistischen Länder für Solidarität mit Afrika und Asien.

Am 25. März nahm der Sejm eine Mitteilung Außenminister Czyreks, Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP, über die aktuellen Probleme der polnischen Außenpolitik entgegen. In einem Beschluß bekräftigte der Sejm die Richtigkeit und Unerschütterlichkeit der Prinzipien der polnischen Außenpolitik und schätzte die Ergebnisse des Besuchs einer Partei- und Staatsdelegation

„NEUE ZEIT“ 14-82



Vom 22. bis zum 25. März befand sich Leonid Breschnew in Taschkent und nahm an den Feierlichkeiten anlässlich der Auszeichnung der Usbekischen SSR mit dem Leninorden teil. Am 24. März hielt er eine Rede, deren Schlußteil einigen Fragen der heutigen Weltlage galt. Unser Bild: Bei der Festveranstaltung in Taschkent; Leonid Breschnew spricht.

Fotos: R. Dshumanijasow, S. Smirnow, A. Steschanow

der VR Polen in der UdSSR wie auch die Ergebnisse der Verhandlungen Breschnew—Jaruzelski hoch ein.

Am 29. März weilte in Berlin eine polnische Partei- und Staatsdelegation unter Wojciech Jaruzelski zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch.

Das laotische Außenministerium protestierte bei den Peking Behörden entschieden gegen eine neue grobe Provokation gegenüber Laos. Am 18.—20. März drang ein Verband chinesischer Soldaten in Laos (Provinz Phongsaly) ein und verübte einen bewaffneten Überfall auf laotische Grenzen.

Am 25. März hielten die Außenminister der Nordländer in Reykjavik ein Treffen ab. Wie es im Kommuniqué heißt, würden sich die Nordländer aktiv an der 2. UNO-Abrüstungs Sondertagung beteiligen und Resolutionen unterstützen, wenn sie das Waffentrüben eindämmen sowie Frieden und Sicherheit wahren und festigen helfen.

Am 24. März kam in Colorado Springs, USA, die 2tägige Sitzung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO auf der Ebene der Verteidigungsminister zum Abschluß (S. 9).

Am 29. und 30. März tagte in Brüssel der Europäische Rat. Die Staats- und Regierungschefs der EG-Länder erörtern die schwierigen Probleme der Gemeinschaft: eine Reform des Haushalts, die Höhe des Beitrags Großbritanniens zu den gemeinsamen Mitteln, Preise für Agrarprodukte und die Beziehungen

zu USA und Japan als Hauptpartner der EG (S. 14).

Der italienische Präsident Pertini traf am 24. März zu einem offiziellen 9tägigen Besuch in den USA ein. Er verhandelte mit Präsident Reagan und anderen Vertretern der Administration.

Bei den Landtagswahlen in Niedersachsen am 21. März erhielt die SPD 36,5% der Stimmen (5,7% weniger als bei den früheren Wahlen), die FDP 5,9% der Stimmen (1,7% mehr) und die CDU 50,7% der Stimmen (2% mehr). Erstmals gehören dem Landtag Vertreter der „Grünen“ (Verfechter des Umweltschutzes) an.

In den westeuropäischen Ländern dauern beharrliche Klassenkämpfe an. In Belgien wurde am 27. März vom Allgemeinen Belgischen Gewerkschaftsbund ein 24stündiger Generalstreik ausgerufen. In Rom fand am 26. März eine Demonstration von mehr als 200 000 statt. Die Demonstranten verlangten von der Regierung und den Unternehmern, die Schließung von Betrieben einzustellen, ein gebührendes Lohnniveau zu sichern und der Teuerung Einhaltung zu gebieten. Am 23. März protestierten die Bauern in Paris durch die größte Demonstration der letzten Jahre gegen die EG-Agrarpolitik, die sich schlimm auf ihr Lebensniveau auswirkt. Am 28. März begann in Portugal auf Initiative des Allgemeinen Bundes der portugiesischen Werktätigen — Nationales Intersindical — ein Marsch gegen die Arbeitslosigkeit.

Am 24. März begann in New York auf

Ersuchen des ständigen Vertreters Jordaniens bei der UNO als Wortführer einer Gruppe arabischer Staaten eine Dringlichkeitssitzung des Sicherheitsrates. Trotz des Widerstands der USA nahm an der Sitzung der ständige PLO-Beobachter bei der UNO Terazi teil. Wie der jordanische Vertreter in seiner Ansprache feststellte, wüten die Behörden Israels in letzter Zeit in den von ihm okkupierten arabischen Gebieten und terrorisieren die dortige Bevölkerung. Der Sicherheitsrat müsse entschiedene Maßnahmen treffen, um mit dem israelischen Terrorismus auf staatlicher Ebene und der fast 15jährigen Okkupation arabischer Gebiete durch Israel Schluß zu machen. (S. 27).

In Tunis tagte vom 24. bis zum 27. März der Rat der Arabischen Liga. Er verurteilte die aggressive US-Politik gegenüber Libyen und die Vorschubleistung der USA für Israel, dessen Umtriebe auf den okkupierten arabischen Territorien eine gefährliche Lage in Transjordanien und im Ghaza-Streifen geschaffen haben.

Nach einem Militärputsch in Bangladesh am 24. März ging die Macht an eine Militärregierung unter Generalleutnant Hossain Mohammed Ershad, Generalstabschef der Armee, über. Am 27. März wurde der neue Präsident von Bangladesh, Abdul Fazal Mohammed Ahsanuddin Choudhury, den Ershad auf diesen Posten ernannt hatte, vereidigt. Der Präsident wird begrenzte Vollmachten haben (S. 8).

Am zentralen und südlichen Abschnitt der iranisch-irakischen Front wurde weiterhin beharrlich gekämpft. In einem Lagebericht des irakischen Kommandos heißt es, die iranische Armee habe allein in den Nachtgefechten zum 27. März über 1550 Menschen, 22 Panzer und andere Kampftechnik verloren. In einem Lagebericht des Stabs der iranischen Streitkräfte und des Stabs des

Korps der „Wächter der islamischen Revolution“ wird über einen Angriff der Iraner auf die Positionen der irakischen Truppen berichtet, bei dem 4000 irakische Soldaten gefangen genommen sowie drei Brigaden der irakischen Armee und große Mengen von Kampftechnik vernichtet wurden.



Die Unruhen unter den Palästinensern auf den von Tel Aviv okkupierten Territorien erfassen immer neue Städte. Die israelische Führung befahl, viele Städte am Westufer des Jordan zu blockieren, führte die Sperrstunde ein und griff zu massierten Verhaftungen unter den Arabern. AP/TASS-Bild: In einer Straße von Ramallah nach einem Zusammenstoß zwischen Bevölkerung und Okkupanten

Am 25. März begann eine Dringlichkeitssitzung des UNO-Sicherheitsrats, einberufen auf Ersuchen Nikaraguas angesichts der andauernden und sich erweiternden aggressiven Handlungen der USA und einiger anderer Länder gegen diesen unabhängigen, souveränen Staat. Der Koordinator des Führungsrates der Regierung der Nationalen Wiedergeburt, Daniel Ortega, prangerte das Komplott Washingtons gegen sein Land an, insbesondere einen von Reagan bestätigten Geheimplan der CIA, nach dem Terroristen und Diversanten nach Nicaragua eingeschleust werden sollen (S. 10).

Auf Initiative des Weltfriedensrates begann am 23. März eine Woche der Solidarität mit den Völkern Mittelamerikas und der Karibik.

Bei einem Militärputsch in Guatemala am 23. März wurde Präsident Lucas García der Macht enthoben. Der Vorsitzende der neuen Junta, General Ríos Montt, erklärte, die Regierung werde sich nur aus Militärs zusammensetzen (S. 11).

Am 28. März fanden in El Salvador in einer Atmosphäre des Terrors und der Einschüchterung der Wähler „allgemeine Wahlen“, bei denen nur reaktionäre Parteien miteinander rivalisierten, statt (S. 10).

In der Hauptstadt und anderen Städten Boliviens fanden machtvollen Aktionen der Arbeiter und Angestellten gegen die jüngsten Wirtschaftsmaßnahmen der Regierung statt, die die ohnehin schwere Lage der Volksmassen stark verschlimmerten. In allen Wirtschaftszweigen wird gestreikt. Die Werktätigen fordern höhere Löhne, Preisstopp bei Nahrungsmitteln und Massenbedarfsgütern sowie die Einstellung der volksfeindlichen Wirtschaftspolitik, die im Interesse der USA und der von ihnen kontrollierten internationalen Finanzinstitutionen durchgeführt wird. In Cochabamba feuerten Armee- und Polizeitruppen auf eine Demonstration von vielen Tausenden. Nach amtlichen Angaben wurden 10 Personen getötet und etwa 30 verwundet. Die Demonstranten besetzten das Arsenal und die Munizipalität. Auf Initiative des Bolivianischen Arbeiterzentrums (illegale Gewerkschaftsvereinigung) fand am 29.—30. März ein Landesstreik statt.

Frankreich unternahm auf dem Atoll Mururoa (Südpazifik) eine weitere unterirdische Kernexplosion.



In Japan weiten sich Protestaktionen gegen die Washingtoner Nuklearstrategie aus. In einem Tokioter Park fand eine Massenmanifestation statt. Ihre Teilnehmer verurteilten empört die auf US-Weisung vorgenommene Wirtschaftsmilitarisierung in Japan. Unser Bild: Bei der Manifestation

Aus: „Manshu Seinen Shimibun“ (Japan)

Die Ereignisse der letzten Monate in Polen verwirrten alle Reaktionäre und brachten sie in Wut. Sie wollten dieses Land schon „schlucken“. Reagans-Politik gegenüber Polen ist einfach schändlich. Nachdem er Tausende amerikanische Fluglotsen einfach gefeuert hatte, wollte er sich jetzt als „Verteidiger“ der polnischen Arbeiter aufspielen. Die USA mischen sich in die Angelegenheiten des unabhängigen Polen unter dem Vorwand des „Schutzes der Freiheit“ in diesem Land grob ein, aber selbst unterstützen sie so reaktionäre Regimes wie in Chile, El Salvador, Israel und der RSA. Dort herrscht die wahre „Freiheit“, die die amerikanischen Führer verteidigen.

Alejandro Nuñez ARIAS
Havanna, Kuba

Sowjetische Menschen kämpften in den Reihen der antifaschistischen Widerstandsbewegung in Italien. Viele gaben ihr Leben für die Freiheit des italienischen Volkes. Wie bitter ist es heute, die Verleumdungen der IKP-Führung gegenüber der UdSSR und anderen sozialistischen Ländern zu hören! Man muß wahrlich blind oder abtrünnig sein, um zu behaupten, es gäbe keinen realen Sozialismus in den sozialistischen Ländern und die Lehre des Marxismus-Leninismus sei veraltet, sowie zu versuchen, der UdSSR und den USA die gleiche Schuld am Wettrüsten zu geben. Viele Bruderparteien haben die Haltung der IKP-Führung richtig beurteilt.

Sergej LITWINOW
Togliatti, RSFSR

Ich freue mich über die unermüdlichen Anstrengungen der UdSSR für die Erhaltung des Weltfriedens, und das ließ mich diesen Brief schreiben. Sie sollen wissen, daß die Aufrufe zum Frieden, zum Kampf gegen die soziale Ungerechtigkeit, die aus Ihrem Land kommen, ein großes Echo in meiner Heimat finden.

Ali NAAMI
Algier, DVRA

MADRID: VERSÄUMTE MÖGLICHKEITEN

Viktor ANGAROW

Die jüngste Runde des Madrider Nachfolgetreffens der KSZE-Staaten ist nun zu Ende, und die Delegationen werden sich im Kongreßpalast von Madrid erst am 9. November wieder einfinden.

Diese Etappe war besonders schwierig. Auf das Madrider Forum der 33 europäischen Staaten, der USA und Kanadas hat sich die Zuspitzung der internationalen Lage ausgewirkt. Der sowjetische Chefdelegierte Leonid Iljitschow, stellvertretender Außenminister der UdSSR, charakterisierte diese Etappe als eine Etappe versäumter Möglichkeiten.

Warum konnte das Madrider Treffen nicht erfolgreich abgeschlossen werden, wie man im März d. J. noch gehofft hatte? Wer hat das verhindert und warum?

Wer? Die USA und jene NATO-Länder, die unter dem Druck Washingtons in seinem Fahrwasser segelten. Wie die Sitzungen im Kongreßpalast zeigten, waren hochgestellte Vertreter der USA und mehrerer anderer NATO-Länder nicht dazu nach Madrid gekommen, um die Verwirklichung der im vorigen Dezember von allen Teilnehmerstaaten getroffenen Entscheidung zu fördern und das Treffen in einem Monat mit der Annahme eines inhaltsreichen und ausgewogenen Abschlußdokuments zu beenden, das auf die weitere Entspannung, die Festigung der Sicherheit und den Ausbau einer für alle nützlichen Zusammenarbeit in Europa abzielen würde. Sie gingen in genau entgegengesetzter Richtung: Unter Berufung auf die inneren Ereignisse in Polen suchten sie, das Madrider Treffen maximal zu erschweren. Die „Süddeutsche Zeitung“ schrieb unumwunden: „Haig war mit der erklärten Absicht nach Madrid gekommen, ... die Konferenz dann abrupt abzubrechen“.

Alles begann mit massierten Versuchen der Vertreter dieser Länder, eine Krisensituation auf dem Treffen zu schaffen, seinen normalen Verlauf zu stören und all das Positive, das von den meisten Teilnehmern in großen Anstrengungen erzielt worden war, zunichte zu machen. Und das zu der Zeit, als das Madrider Treffen sich schon der endgültigen Vereinbarung seiner Beschlüsse näherte. Eine gute Grundlage dafür bildete der im Dezember v. J. von einer Gruppe neutraler und pakt-

freier Staaten eingebrachte Entwurf des Abschlußdokuments des Treffens. „L'Humanité“ schrieb: „Ende des vorigen Jahres hatten die Teilnehmer des Treffens in der Tat beinahe ihr Ziel erreicht und den Entwurf eines Abschlußdokuments ausgearbeitet, in dem die Möglichkeit der Einberufung einer europäischen Konferenz vorgesehen war. Sie sollte vertrauensfördernde Maßnahmen auf militärischem Gebiet und in der nächsten Etappe Abrüstungsmaßnahmen ausarbeiten.“ Doch paßte dieses Dokument der Washingtoner Administration nicht. Reagans gesamte Strategie nach seinem Einzug im Weißen Haus richtete sich darauf, die internationalen Spannungen zu steigern, um eine Erhöhung der Militärbudgets und eine militärische Überlegenheit über die UdSSR zu erlangen. Die polnische Krise war Washington Vorwand genug, die Verhandlungen in Madrid auf Eis zu legen und seine Umtriebe mit „Sanktionen“ gegen die UdSSR und die Länder Osteuropas zu starten.

Betont sei, daß die von den USA und einigen anderen NATO-Ländern unternommenen Versuche, dem Treffen trotz der vereinbarten Tagesordnung und des Reglements eine Erörterung der Lage in Polen aufzuzwingen, einen groben Verstoß gegen die grundlegenden Bestimmungen der Schlußakte von Helsinki, vor allem gegen die Prinzipien der souveränen Gleichheit und der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten der anderen Staaten, darstellten.

Entgegen diesen Grundbestimmungen der Schlußakte waren die USA bestrebt, aus dem Madrider Treffen ein Instrument der Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten zu machen und seine Teilnehmer zum „psychologischen Krieg“ zu veranlassen.

Als klar wurde, daß die in der NATO unter grobem US-Druck erarbeiteten Pläne, das Madrider Treffen in eine Art Gericht über einen souveränen sozialistischen Staat umzufunktionieren, gescheitert waren — anders konnte es gar nicht sein —, griff die US-Delegation zu einer unverhohlenen Erpressung und ritt eine Attacke gegen die positiven Ergebnisse des Treffens.

All das war natürlich nicht unerwartet. Schon in Helsinki warnte Leonid Breshnew vor einer solchen

Gefahr: „Aus den Arbeitserfahrungen der Konferenz ergeben sich auch für die Zukunft wichtige Schlüsse. Der wichtigste von ihnen — er ist im Schlußdokument niedergelegt — lautet: Niemand darf aus diesen oder jenen außenpolitischen Erwägungen heraus anderen Völkern zu diktieren versuchen, wie sie ihre inneren Angelegenheiten zu regeln haben. Das Volk eines jeden Staates und nur es allein hat das souveräne Recht, über seine inneren Angelegenheiten zu bestimmen und seine inneren Gesetze festzulegen. Jedes andere Verhalten wäre unsicherer, gefährlicher Boden für die internationale Zusammenarbeit.“

Aber gerade auf diesen unsicheren Weg versucht die Reagan-Administration, den gesamteuropäischen Prozeß abzurängen. Die Position der US-Delegation in Madrid zeugte davon, daß ein erfolgreicher Abschluß des Treffens und die Erreichung von Vereinbarungen über alle Abschnitte der Schlußakte absolut nicht in den außenpolitischen Kurs der heutigen Administration passen. Offenbar deshalb sabotierten die US-Vertreter unverhohlen das Treffen.

Ein Erfolg in Madrid wäre natürlich ein schweres Hindernis für einen solchen aggressiven außenpolitischen Kurs Washingtons, denn bekanntlich hätte der Beschluß hinsichtlich einer Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung in Europa eines der Hauptergebnisse des Treffens sein sollen.

Ein Erfolg des Madrider Treffens läßt sich auch nicht in die voluntaristischen, abenteuerlichen außenwirtschaftlichen Zielsetzungen der Reagan-Administration einbauen.

In der Tat: Die schon vereinbarten Beschlüsse über Fragen der Zusammenarbeit in Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Umweltschutz, die nur in das Abschlußdokument aufgenommen werden sollten, was die neutralen und paktfreien Staaten, die den entsprechenden Entwurf vorlegten, übrigens auch taten, zielen darauf ab, günstige Bedingungen für den weiteren Ausbau des Handels, der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zwischen den Teilnehmerstaaten herbeizuführen.

Diese Beschlüsse des Madrider Treffens orientieren darauf, die entsprechenden Bestimmungen der Schlußakte weiter zu realisieren.

Sie hemmten objektiv die Wühlaktionen der US-Administration im Welthandel und veranschaulichten im Grunde die Aussichtslosigkeit ihrer Cowboy-Attacken gegen die wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Ost-West-Beziehungen. Sie zeugten ferner von der Unhaltbarkeit der diversen Embargos und „Sanktionen“, die von den USA ihren westeuropäischen Bündnispartnern aufgezungen werden.

All das reizte selbstverständlich die US-Delegation in Madrid. Sie klammerte sich fieberhaft an jeden Vorwand, um alles Erreichte zu nichte zu machen und sich auf die Annahme eines kurzen formellen Dokuments, das nur Termin und Ort des nächsten Treffens festlegte, zu beschränken. Auf diese Weise hoffen die USA, den gesamteuropäischen Prozeß, der die Realisierung ihrer militaristischen Unterfangen stört, letztendlich zu torpedieren.

Die breite Öffentlichkeit der westeuropäischen Länder versteht immer mehr die Gefährlichkeit des abenteuerlichen Kurses der heutigen US-Administration und hat in den letzten Monaten eine massierte Protestbewegung entfaltet. Das verstehen auch real denkende Politiker in Westeuropa, die sich nicht nur für die Aufrechterhaltung der Entspannung einsetzen, sondern auch dafür, sie durch militärische Entspannung zu ergänzen und eine gesamteuropäische Konferenz über vertrauensfördernde Maßnahmen, die Sicherheit und Abrüstung einzuberufen.

Die Völker der europäischen Länder erwarten vom Madrider Treffen wesentliche positive Ergebnisse, wovon u. a. die vor wenigen Tagen in

Brüssel abgeschlossene Tagung des repräsentativen Internationalen Komitees für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit zeugt. Ihre Teilnehmer richteten einen Appell an die Regierungen aller Signatarstaaten der Schlußakte, „eindeutig ihren politischen Willen zu bekunden und alle Maßnahmen zu ergreifen“, um den Dialog zu erhalten, „den in Helsinki eingeleiteten Prozeß zu fördern, und den Erfolg des Madrider Treffens, einschließlich der Einberufung einer europäischen Konferenz über vertrauensbildende Maßnahmen sowie über Sicherheit und Abrüstung zu garantieren“.

Der von der US-Diplomatie in Madrid aufgezogene Kreuzzug gegen den Geist von Helsinki ließ selbst die Regierungskreise der anderen NATO-Staaten aufmerken. So widerspiegelte „Le Matin“ (Paris) offensichtlich die Unzufriedenheit in Westeuropa mit den US-Aktivitäten, als sie schrieb, daß die meisten EG-Länder den Ausgang des Madrider Treffens „nicht gefährden wollen“. Dort nimmt man Rücksicht auf das zunehmende Streben der Öffentlichkeit nach einem positiven Abschluß des Treffens. So erklärte der französische Außenminister Cheysson: „Zu viele Menschen wollen, daß ... die hier“ (in Madrid) „vor anderthalb Jahren eingeleiteten Verhandlungen erfolgreich abgeschlossen werden... Wir müssen alles in unserer Kraft stehende tun, um ihre Hoffnungen zu rechtfertigen.“

Objektive Voraussetzungen für einen erfolgreichen Abschluß des Madrider Treffens wurden geschaffen. Auf dem Verhandlungstisch liegt der inhaltsreiche Entwurf ei-

nes Abschlußdokuments neutraler und paktfreier Staaten, der, wie Bundesaußenminister Genscher zugab, die „bisherigen durchaus beträchtlichen Verhandlungserfolge“ in Madrid widerspiegelt. Nach Ansicht der BRD müsse die Arbeit im Herbst auf der Basis dieses Dokuments fortgesetzt werden.

Die Grundlage für einen baldigen und erfolgreichen Abschluß des Madrider Forums ist da. Es gilt nur, die Obstruktionspolitik, deren sich in Madrid die Delegationen der USA und einiger anderer NATO-Länder befleißigten, aufzugeben sowie guten Willen, politischen Realismus und konstruktives Herangehen an den Tag zu legen.

Auf dem XVII. Gewerkschaftskongreß der UdSSR erklärte Leonid Breschnew:

„Was die Sowjetunion betrifft, so halten wir fest und unablässig Kurs auf dauerhaften Frieden und friedliche, gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit zwischen allen Staaten, unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung und ihrem politischen System. Natürlich treten wir dafür ein, daß die Teilnehmer des Treffens in Madrid, wenn es seine Arbeit wiederaufnimmt, endlich zu dem übergehen, wozu das Treffen organisiert wurde, nämlich zu Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Wir sind dafür, daß der Weg zur Einberufung einer Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung in Europa geebnet wird, was die Völker unseres Kontinents so dringend brauchen.“

DEN FRIEDEN BEHAUPTEN

Seinerzeit nannte Thomas Mann den Antikommunismus die Grundtorheit des 20. Jahrhunderts. Heute sind der Antikommunismus, der Antisowjetismus und die davon diktierte aggressive militaristische Politik die größte Gefahr für die Menschheit. Auf dem am 26. März in Moskau durchgeführten Plenum des Sowjetischen Friedenskomitees ging es darum, wie man dieser Gefahr entgegenzutreten kann, darum, daß die sowjetischen Friedensanhänger energischer gegen die Kriegsgefahr auftreten und sich für die Vertiefung der Entspannung und Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen allen Friedenskräften einsetzen müssen.

Boris Ponomarew, Kandidat des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU, betonte auf dem Plenum, daß der Kampf der Kräfte von Vernunft und Frieden gegen die des imperialistischen Wahnsinns und Krieges in eine wichtige, vielleicht die entscheidende Phase tritt. Kann in den internationalen Angelegenheiten eine Wendung zur Einstellung der Konfrontation, zur friedensdienlichen zwischenstaatlichen Zusammenarbeit herbeigeführt werden? Die UdSSR antwortet auf diese Frage bejahend. Eine starke Quelle der Hoffnung in der unheilvollen Atmosphäre, in die die Menschheit durch das aggressive

Vorgehen des Imperialismus und seiner Handhabe NATO versenkt worden ist, sind die neuen Ideen und Initiativen, mit denen Leonid Breschnew auf dem XVII. Kongreß der sowjetischen Gewerkschaften und auf der Festveranstaltung in Taschkent hervorrrat. Darin ist der Ausweg aus der Sackgasse, in die die Atombesessenen die internationalen Beziehungen führen, gewiesen.

Die sowjetischen Vorschläge seien kein Flehen um Frieden, betonte Boris Ponomarew, vielmehr ein Aufruf Starker, ein Aufruf zum aktiven Kampf gegen die Vorbereitung und Entfesselung eines Kernraketenkrieges. Die Aufgabe des Sowjetischen Friedenskomitees und seiner Aktivisten bestehe darin, die Wahrheit über die Friedenspolitik der UdSSR und ihre außenpolitischen Initiativen den weitesten Kreisen der Öffentlichkeit im Ausland zugänglich zu machen, direkten Dialog zu führen, antisowjetische Lügen und Vorurteile aus der Welt zu schaffen.

Vertreter der sowjetischen öffentlichen und religiösen Kreise sowie von Arbeitskollektiven erklärten auf dem Plenum, daß die sowjetischen Friedensfreunde mit allen zusammenarbeiten bereit sind, die aufrichtig nach Frieden streben und für ihn kämpfen wollen.

Das Plenum wählte den politischen Kommentator der „Prawda“ Georgi Shukow zum Vorsitzenden des Sowjetischen Friedenskomitees.

G. SERGEJEV

ZUM PARTEITAG DER KPV

Wer einmal Hanoi besucht hat, erinnert sich an den Ba-Dinh-Platz, den größten und schönsten, ja sogar etwas feierlich anmutenden Platz der Hauptstadt. Hier verlas Ho Chi Minh im September 1945 die Unabhängigkeitserklärung, die die neue Geschichte des Landes einleitete. Auf dem Platz stehen jetzt sein Mausoleum, auf der anderen Seite das Gebäude der Nationalversammlung, wo der V. Parteitag der KPV stattfand.

Hierhin gingen dieser Tage die Gedanken nicht nur der Werktätigen des Landes, sondern auch aller seiner Freunde. Auch die der SRV feindlich gesinnten äußeren Kräfte konnten dem Parteitag der vietnamesischen Kommunisten gegenüber nicht gleichgültig bleiben. Hängt ja von der Entwicklung in diesem Land in vielem das globale Kräfteverhältnis und natürlich die Lage in Südostasien ab.

Die fünf Jahre zwischen den Parteitagen waren schwer für unsere vietnamesischen Freunde. Das Land vermochte es noch nicht, die Folgen der US-Aggression zu überwinden, als China die SRV überfiel. Auch jetzt läßt der Nachbar im Norden Vietnam keine Ruhe. Peking hat seine Truppen an der Grenze Vietnams zusammengezogen, entsest bewaffnete Konflikte an einzelnen Abschnitten und läßt über seine Agenten in der SRV reaktionäre Banden aufstellen, um dort Unruhen zu provozieren.

Unter diesen Bedingungen war es nicht leicht, die komplizierten sozialökonomischen Fragen zu lösen. Die verheerenden Kriege, die mit kurzen Unterbrechungen 30 Jahre dauerten, haben tiefe Spuren hinterlassen. Zudem haben die Menschen, die eher gewohnt waren, eine Waffe zu tragen, nicht so viele Erfahrungen bei der komplizierten Leitung der großen Wirtschaft eines Landes. Und daher rührten manche Fehlschläge.

Vietnams Probleme lassen seine Errungenschaften deutlich werden. Das wurde im von Le Duan gehaltenen politischen Rechenschaftsbericht des ZK der KPV an den Parteitag konstatiert. Dazu gehören die schnelle Vereinigung des Landes, die Errichtung der Diktatur des Proletariats in ganz Vietnam, die Schaffung einer Atmosphäre der nationalen Eintracht vom Norden bis zum Süden und die ersten Erfolge bei der sozialistischen Umgestaltung des Südens. Ferner die Abfuhr, die den chinesischen Aggressoren erteilt wurde, die Festigung des Bündnisses mit Laos und Kampuchea, der Beitritt der SRV zum RGW, der Ausbau der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern.

Ausgehend von den Hauptzielen des Landes und angesichts der äußeren Lage stellt die Führung der KPV zwei

strategische Aufgaben auf der neuen Etappe der Revolution: den Sozialismus erfolgreich aufzubauen sowie kampfbereit zu sein und das Vaterland zuverlässig zu verteidigen.

Der politische Rechenschaftsbericht des ZK sowie die Referate, die Pham Van Dong („Die Haupttrichtungen, Aufgaben und Ziele der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes für die Jahre 1981—1985 und für den Zeitraum bis Ende der 80er Jahre“) und Le Duc Tho („Über die Arbeit im Bereich des Parteiaufbaus“ und „Einige Vorschläge für teilweise Veränderungen im Statut der Partei“) hielten, zeichnen das Bild der Zukunft des Landes.

Welche Aufgaben wurden als die wichtigsten bezeichnet? Die Grundbedürfnisse zu befriedigen, das materielle und kulturelle Niveau der Bevölkerung schrittweise zu stabilisieren und zu heben, vor allem das Lebensmittelproblem radikal zu lösen. Die Schaffung der materiell-technischen Basis des Sozialismus fortzusetzen, vor allem die Landwirtschaft, die Produktion von Konsumgütern und die Erzeugung von Exportwaren weiterzuentwickeln sowie eine vorrangige Entwicklung der Schwerindustrie auf den folgenden Etappen vorzubereiten. Die sozialistischen Umgestaltungen im Süden zu vollenden, die Verteidigung zu festigen.

All das wird keine leichte Aufgabe sein. Doch Vietnam verfügt über große Möglichkeiten. Im Wesen unserer Gesellschaftsordnung selbst liegt, wie Le Duan sagte, ihr Vorzug. Dazu die Hilfe der Sowjetunion und der anderen Bruderländer. Und noch eine weitere Reserve — die bislang nicht vollständig genutzten Arbeitskräfte, Boden- und Produktionskapazitäten.

Ebenso klar wurde auf dem Parteitag das Credo formuliert, dem die KPV auch in Zukunft in ihrer Außenpolitik folgen will. Wie genau mag dieser Abschnitt des Rechenschaftsberichts in Peking und in Washington studiert worden sein, wo man die Hoffnung nicht aufgibt, die vietnamesisch-sowjetischen Freundschaftsbande zu schwächen und die SRV in den eigenen Einflußbereich zu ziehen?!

„Die enge Geschlossenheit und allseitige Zusammenarbeit mit der Sowjetunion sind Prinzip, Strategie und zugleich revolutionäres Pathos“, betonte Le Duan. „Vor unserer Partei steht die Aufgabe, Generationen im Geiste dieses Prinzips, im Geiste des tiefen Verständnisses dieser Strategie zu erziehen, um sie zur treibenden Kraft unserer revolutionären Sache bis zum vollen Sieg zu machen...“

Keinerlei Chancen haben die politischen Intriganten auch mit ihren Plänen, die Länder Indochinas zu entzweiten, Kampuchea zu isolieren und dort die alten Verhältnisse zu restaurie-



ren. Hanoi will die besonderen Beziehungen zu Vientiane und Phnom Penh festigen, die lebenswichtig für die drei durch gemeinsames Schicksal verbundenen Republiken sind. In der Geschlossenheit sehen sie alle eine große Hilfe bei der Verteidigung ihrer Errungenschaften gegen die Umtriebe der Feinde, für den wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritt jedes Landes.

Auf vieles wurde auf dem Forum der vietnamesischen Kommunisten eine Antwort gegeben. Was ist z. B. die Pekinger Propaganda von einem „regionalen Hegemoniestreben“ und von einer „Aggressivität“ Vietnams im Lichte seiner tatsächlichen Politik wert? Hanoi hofft — das wurde auf dem Parteitag unterstrichen —, daß die ASEAN-Länder einen Dialog mit den Staaten Indochinas aufnehmen werden, um die Probleme zwischen diesen beiden Staaten-gruppen zu regeln, um ganz Südostasien in eine Zone des Friedens, der Stabilität und der gutnachbarlichen Zusammenarbeit zu verwandeln.

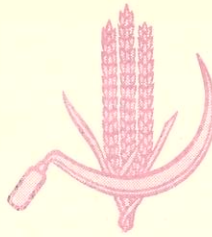
Vietnam gibt auch China ein gutes Beispiel. Natürlich ist das vietnamesische Volk fest entschlossen, allen Akten der Aggression und Annexion, die Peking gegen die SRV ersinnt, eine Abfuhr zu erteilen, doch sind ihm Rachegefühle gegenüber seinen Nachbarn fremd. Vietnam meint keineswegs, daß der jetzige Stand der Beziehungen mit China normal ist, und schlägt deren Normalisierung vor.

„Die wachsende Rolle Vietnams in der Weltgemeinschaft, in der Bewegung der Nichtpaktgebundenen, seine klare Position des Friedens und der Verteidigung der Rechte der Völker, die den Weg der selbständigen, unabhängigen Entwicklung eingeschlagen haben, treten immer mehr als bedeutender Faktor der Festigung der Sicherheit in Asien und in der ganzen Welt hervor“, sagte Michail Gorbatschow, Leiter der KPdSU-Delegation, zu den Delegierten.

Wir sowjetischen Menschen freuen uns darüber, daß wir in der internationalen Arena und beim Aufbau einer neuen Gesellschaft gemeinsam mit den Kommunisten und dem Volk des sozialistischen Vietnam handeln.

I. TROFIMOWA

IM ZEICHEN VON SICHEL UND ÄHRE



Die alte indische Stadt Varanasi (Benares) liegt am Ufer des Ganges und ist durch ihre eigenständigen Handwerkserzeugnisse, mehr noch aber als Mittelpunkt indischer Weisheit und Gelehrsamkeit, als ein Ort bekannt, in dem Tausende Hindu-Pilger zusammen-treffen.

Außergewöhnlich belebt war Varanasi in den warmen Tagen Ende März d. J. Denn hier fand der XII. Parteitag der KP Indiens statt. Die Stadt hatte sich mit roten Fahnen und Spruchbändern geschmückt, an den Hauswänden leuchteten die Zeichen der KP: Sichel und Ähre.

Die Kommunistische Partei Indiens (KPI) beging ihren Parteitag als gestählter und kämpferischer Vortrupp der indischen Werktätigen. Sie hatte in den 56 Jahren ihres Bestehens vielerlei Schwierigkeiten zu überwinden, wehrte mutig die Angriffe reaktionärer Kräfte ab, verteidigte unaufhörlich die Grundinteressen der Werktätigen in Stadt und Land und erzielte beachtliche Erfolge. Gegenwärtig hat sie rund 500 000 Mitglieder, und ihre Organisationen bestehen in 20 indischen Staa-

ten. Die größten in Bihar, Andhra Pradesh und Kerala. Die Kommunisten leisten eine aktive Massenarbeit, leiten Gewerkschaften, Bauern-, Jugend-, Studenten- und Frauenorganisationen, die rund 6 Millionen Menschen vereinen. Die KPI ist mit 12 Abgeordneten im Unterhaus und mit 7 im Oberhaus vertreten. Die Parteipresse verfügt über 8 Tageszeitungen und 22 Wochenschriften, einschließlich des Zentralorgans der KPI „New Age“.

In Varanasi diskutierten die Delegierten ausführlich drei Hauptdokumente des Parteitags, die sie dann mit unwesentlichen Zusätzen annahmen: den von Generalsekretär Rajeswara Rao erstatteten Rechenschaftsbericht über die politische Lage und die Tätigkeit der Partei in den verflossenen vier Jahren, eine politische Resolution und einen Bericht über die organisatorische Arbeit sowie Zusätze und Einfügungen in die Parteistatuten.

In diesen Dokumenten wurden die Hauptrichtungen der Parteiarbeit in der Innen- und Außenpolitik, der innerparteilichen Aufbau und die Zukunftsaufgaben gründlich analysiert.

Die indischen Kommunisten wissen gut, daß zur Lösung der sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben des Landes vor allem ein garantierter Friede nötig ist. Deshalb wurde in den Dokumenten des XII. Parteitags und den Ansprachen der Delegierten wiederholt hervorgehoben, wie wichtig es ist, die Welt nicht an den Rand eines Krieges geraten zu lassen, das von den Imperialisten angeheizte Wettrüsten zu zügeln und die Rückkehr zur Entspannung durchzusetzen. Der XII. Parteitag sprach sich sehr anerkennend zum vom XXVI. Parteitag der KPdSU vorgelegten Friedensprogramm für die 80er Jahre sowie zu anderen sowjetischen Friedensinitiativen aus, insbesondere zu den Vorschlägen Leonid Breschnews auf dem XVII. Kongreß der Sowjetgewerkschaften hinsichtlich einer spürbaren Reduzierung der Nuklearrüstungen der beiden konfrontierten Militärgruppierungen und der Verwandlung eines möglichst großen Teils der Weltmeere, einschließlich des Indischen Ozeans, in eine Friedenszone.

Die politische Resolution des Parteitags verweist darauf, daß Indien unter den jetzigen Bedingungen der globalen Konfrontation zwischen den Kräften des Krieges und der imperialistischen Aggression und den Kräften des Friedens und der nationalen Befreiung einen sehr wichtigen Platz einnimmt und daß „die von der Regierung Indira Gandhis betriebene Außenpolitik des Friedens, der Nichtpaktgebundenheit und des Antikolonialismus insgesamt eine positive Außenpolitik darstellt, die den Kräften des Friedens und der nationalen Befreiung hilft“. Dabei wurde besonders betont, die Politik der Regierung Gandhi zur Festigung der Be-

ARMEE ERGREIFT DIE MACHT

Am 11. Jahrestag der Unabhängigkeit Bangladeshs, am 26. März, sollten in Dacca eine Militärparade und ein Festumzug stattfinden. Die Feierlichkeiten wurden jedoch abgesagt, da die Armee zwei Tage vorher, am 24. März, einen unblutigen militärischen Umsturz vollzog. Präsident Sattar wurde abgesetzt. Als militärischer Hauptverwalter konzentrierte der Stabschef der Armee Bangladeshs, Generalleutnant Hossain Mohammed Ershad, die Macht in seinen Händen; seine Stellvertreter wurden die Stabschefs der Marine und der Luftwaffe.

Für aufmerksame Beobachter der innenpolitischen Situation in Bangladesh kam das nicht unerwartet. Nach dem Tod des damaligen Präsidenten Ziaur Rahman bei einem rechten militärischen Umsturzversuch

in Chittagong im Mai v. J. hatten die Streitkräfte mehrfach eine Erweiterung der Armeebeteiligung an der Staatsverwaltung verlangt. Die Militärkreise brachten offen ihre Unzufriedenheit mit der zivilen Verwaltung zum Ausdruck, die sie mangelnder Effektivität und der Korruption beschuldigten. Der Regierung Abdus Sattars, der bei den Wahlen im November 1981 als Kandidat der Nationalistischen Partei gesiegt hatte, wurde die Unfähigkeit zur Last gelegt, mit den komplizierten sozialen und wirtschaftlichen Problemen des Landes fertig zu werden sowie die zunehmende Unzufriedenheit der breiten Massen mit dem steigenden Mangel an Lebensmitteln und dem Preisauftrieb zu neutralisieren. Obendrein entbrannte innerhalb der Regierungspartei, die ziemlich verschiedenartige politische

Strömungen in sich vereinigt, ein interner Kampf.

Angesichts dieser Umstände beschloß das Oberkommando der Armee Bangladeshs, die politische Bühne zu betreten. Auf einer Pressekonzferenz für Auslandsjournalisten am 27. März erläuterte Generalleutnant Ershad die Machtübernahme durch die Militärs damit, daß die soziale, wirtschaftliche und politische Krise zusammen mit einer beispiellosen Korruption in den höchsten Ämtern der Staatsmacht Ausmaße angenommen habe, die die Souveränität des Landes bedrohten.

Die indische Zeitung „Patriot“ vertritt die Ansicht, General Ershad habe die Macht übernommen, um eine von Washington inspirierte Verschwörung zu verhindern. „Ziemlich lange“, schrieb das Blatt am 26. März, „unterstützten die USA in der Armee Bangladeshs die Anhänger der Gruppierung K. M. Ahmeds, der die Verantwortung für die Ermor-

ziehungen von Freundschaft und Zusammenarbeit Indiens mit der Sowjetunion „entspricht vollständig den nationalen Interessen Indiens sowie den Interessen des Weltfriedens“.

Davon ausgehend, daß die nationalen und die internationalen Aufgaben der KP in der heutigen komplizierten Welt-situation organisch ineinander übergehen, legte der Parteitag seinen Mitgliedern ein konkretes Programm aus 22 Punkten vor. Es gilt der Mobilisierung der Volksmassen und aller antiimperialistischen, demokratischen und patriotischen Kräfte zur Unterstützung der Außenpolitik der Regierung, der Souveränität und territorialen Integrität des Landes gegen die Versuche der Rechtsparteien und der reaktionären, religiösen und separatistischen Kräfte, die antiimperialistische Zielsetzung der indischen Außenpolitik zu schwächen.

Innenpolitisch wird die KPI auch künftig konsequent für den Schutz der Lebensinteressen der indischen Werktätigen, für die baldige Durchsetzung fortschrittlicher sozialer und ökonomischer Umgestaltungen im Interesse breiter Bevölkerungsschichten eintreten. Unter diesem Blickwinkel betrachtete der Parteitag der KPI den notwendigen Zusammenschluß aller demokratischen Kräfte des Landes und auf dieser Grundlage die Bildung einer linken, demokratischen Alternative zur bürgerlichen Macht. In ihrem Kampf um dieses Ziel will die Partei auch weiterhin die Kontakte zu der anderen kommunistischen Partei Indiens, zur KPI(M) ausbauen und gemeinsame Aktivitäten intensivieren.

Das aufopferungsvolle Wirken der KPI zur Verteidigung der Interessen

des Begründers Bangladeshs, Mujibur Rahman, trägt und bereits seit 1971 enge Kontakte zu Washington hat. Die Amerikaner wollten die Anhänger dieser Gruppierung veranlassen, Ershad vom Posten des Stabschefs der Armee zu entfernen.“

Gegenwärtig sind politische Kundgebungen, Demonstrationen und Streiks im Land untersagt. Verboten ist jede politische und gewerkschaftliche Betätigung. Einige ehemalige Kabinettsmitglieder sowie Parlamentsabgeordnete und hohe Beamte, die der Korruption und des Amtsmissbrauchs beschuldigt werden, wurden verhaftet.

Laut Meldungen von Nachrichtenagenturen steht die größte Oppositionspartei, die einst von Mujibur Rahman geleitete Volksliga Bangladeshs, dem Vorgehen der Militärs positiv gegenüber, da es auf die Ausmerzung der Korruption auf allen Ebenen abziele.

Am 27. März wurde der frühere „NEUE ZEIT“ 14-82

der Werktätigen und für den Frieden, ihre prinzipielle Haltung zu vielen akuten Gegenwartsproblemen haben ihr verdientes Ansehen in der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung eingetragen. Auf dem XII. Parteitag waren Abgesandte von 36 Bruderparteien und nationalen Befreiungsbewegungen anwesend. Die Delegation der KPdSU wurde vom Kandidaten des Politbüros des ZK der KPdSU und Erstem Sekretär des ZK der KP Georgiens Schewardnadse geleitet. In seiner Rede unterstrich er, den brüderlichen Beziehungen und der ersprießlichen Zusammenarbeit zwischen KPdSU und KPI liege die Treue beider Parteien zu den Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus zugrunde.

Am Abend des 28. März versammelten sich die Einwohner von Varanasi und seiner Umgebung zu einer Kundgebung anlässlich des Abschlusses des Parteitags. Delegationen von Werktätigen aus verschiedenen Regionen und Staaten nahmen daran teil. Der Hauptplatz der Stadt war überfüllt.

„Wir haben uns wieder einmal überzeugen können, mit welcher Aufopferung und welchem Glauben an ihre gerechte Sache die indischen Kommunisten die Interessen des arbeitenden Volkes verteidigen“, erklärte Eduard Schewardnadse. „Wir empfanden in tiefstem Herzen die aufrichtige Sorge um das Wohl des Volkes. Die heutige Massenkundgebung ist ein deutlicher Beweis dafür, daß Worte und Taten der KP Indiens von den indischen Werktätigen verstanden werden.“

W. WYCHUCHOLEW

Oberste Richter des Obersten Gerichts Bangladeshs Choudhury Abdul Fazal als neuer Präsident vereidigt. Er wurde vom militärischen Hauptverwalter auf diesen Posten berufen. Gemäß seinen Anweisungen hat der neue Präsident nun seine Funktion auszuüben. Allgemeine Wahlen würden möglicherweise innerhalb der nächsten zwei Jahre stattfinden, erklärte Generalleutnant Ershad.

In außenpolitischer Hinsicht ließ die Militäradministration die ausländischen Botschaften wissen, alle von der Republik bisher abgeschlossenen Verträge und Abkommen mit anderen Ländern blieben in Kraft und würden eingehalten. Man versicherte, die Beziehungen zu allen Staaten, insbesondere zu den Nachbarländern, festigen und ausbauen zu wollen.

S. IRODOW

NZ

KOMMENTAR

DIE ALTE LEIER

Im amerikanischen Kurort Colorado Springs tagte die Nukleare Planungsgruppe der NATO — in einem Hotel beim Cheyenne-Berg, wo sich unter einer dicken Granitdecke der Stab des Vereinigten Oberkommandos der Luftverteidigung Nordamerikas (NORAD) befindet. So waren die Verteidigungsminister von 13 der 15 NATO-Staaten sozusagen in ihrem Element.

Nichtsdestoweniger mußten sie an der vorher festgelegten Tagesordnung Änderungen vornehmen sowie „viel Zeit und Aufmerksamkeit“ der Erörterung der von Leonid Breschnew auf dem Kongreß der sowjetischen Gewerkschaften unterbreiteten Vorschläge widmen, die die Erreichung einer Vereinbarung über eine Reduzierung der nuklearen Mittelstreckenwaffen in Europa erleichtern.

Der Streit entstand nicht um den Inhalt der sowjetischen Vorschläge, sondern um die Form. Den westeuropäischen Partnern Washingtons mißfällt dessen Negativismus und Unduldsamkeit gegenüber allem, was von der UdSSR ausgeht. Deshalb war das Tagungskommuniqué der Londoner „Times“ zufolge „so formuliert, um nicht den Einwand einiger Verbündeter hervorzurufen, die meinen, Leonid Breschnews Initiativen wären ein Schritt in der richtigen Richtung“.

Die Minister wiesen den Moratoriumsvorschlag, der angeblich das „Raketenmonopol der Russen“ verstärken würde, zurück und übergangen zugleich mit Schweigen eine andere Initiative der UdSSR — zur einseitigen Reduzierung der Zahl ihrer Mittelstreckenraketen bereits 1982, falls es nicht zu einer neuen Verschärfung der internationalen Lage kommt. Doch die NATO will keinen guten Willen zeigen.

Nicht sonderlich widerspenstig waren die Partner der USA auch bei der Diskussion über die Wiederaufnahme der von Washington sabotierten Verhandlungen mit der UdSSR über eine Begrenzung der strategischen Rüstungen. BRD-Verteidigungsminister Hans Apel erklärte, die Westeuropäer könnten die Amerikaner nicht bei den Terminen für diese Verhandlungen antreiben, das sei einzig und allein deren Entscheidung.

Die Minister, voll beschäftigt mit der Vorbereitung auf die Stationierung der Cruise Missiles und der neuen Pershings, konstatierten „einen weiteren Fortschritt bei der Arbeit an diesen Systemen ebenso wie bei der Vorbereitung zu deren Stationierung in Europa“. Wie sollte man da noch an Fortschritte bei der „Rüstungskontrolle“ denken, was im NATO-Kommuniqué nur gestreift wird!

V. MAXIMOW

SCHLEICHENDE INVASION

Das feindselige Vorgehen der USA gegen Nicaragua wird inzwischen immer massierter und unverschämter. Die Propagandamaschinerie läuft auf Hochtour und kippt Schmutzkübel über das Land aus. Ihm wird alles mögliche angedichtet, es wurde als Supermacht in Mittelamerika bezeichnet und unsinnigerweise der Waffenlieferung an die Aufständischen in El Salvador beschuldigt, die diese Lügen bereits mehrmals widerlegt haben.

Beachtung verdient auch die Tatsache, daß die Verleumdungskampagne nicht nur von gewissenlosen Presseleuten, sondern auch von Staatsmännern der USA, darunter von Außenminister Haig, entfesselt wird, und zwar, obwohl sie dabei mehrfach in eine Patsche gerieten, als sie völlig unbeweisbare Behauptungen über Nicaragua in Umlauf setzten.

Der Minister für landwirtschaftliche Entwicklung Nicaraguas Jaime Wheelock beschuldigte die USA bei einer Begegnung mit Journalisten, sie wollten die Lage seines Landes durch Einstellung der Wirtschaftshilfe destabilisieren... Beamte Washingtons üben Druck

auf Privatbanken und auf Internationale Finanzinstitutionen aus, damit diese ihre Anleihen für Nicaragua reduzieren. Gleichzeitig vergab die Reagan-Administration, laut AP, im Vorjahr 10,4 Mio Dollar an sogenannte demokratische Kräfte, d. h. an Personen aus dem Privatsektor, aus Gewerkschaften und anderen Organisationen, die die sozialen und wirtschaftlichen Umgestaltungen behindern wollen.

Ein wichtiger Bestandteil des Operationsplans zur Destabilisierung der Lage in Nicaragua ist der geheime Krieg, den Washington den Nicaraguanern offen erklärte. Dieser Krieg wird zwar schon seit dem Sieg der Revolution 1979 geführt, noch nie aber wurde ihm eine so hohe Bedeutung beigemessen wie heute. Deshalb werden auf Anweisung Reagans große Summen dafür zur Verfügung gestellt.

In die Presse sickerten Angaben über Einzelheiten dieser Kriegführung. So will die CIA in Nicaragua gegen das jetzige Regime gerichtete Gruppen schaffen und unterstützen. Außerdem wurde von Präsident Reagan der Gedanke einer Aufstellung paramilitä-

scher Einheiten gebilligt, die vom benachbarten Honduras Überfälle unternehmen könnten, um Brücken, Straßen und andere Objekte zu zerstören. Diese Einheiten sollen aus Söldnern latein-amerikanischer Länder bestehen und das Kontingent der Konterrevolutionäre aus der ehemaligen Somoza-Garde auffüllen, das bereits eine Sonderausbildung in den USA durchlaufen hat und in Lagern in Honduras stationiert ist. Die neuen Verbände sind bereits an die Ausführung der Pläne gegangen. Nach nikaraguanischen Pressemeldungen gelang es Verbrechern am 14. März nach Nicaragua einzudringen und in zwei Departements Brücken zu sprengen.

Es kommt auch zu eindeutig militärischen Provokationen gegenüber Nicaragua. Mehrmals wurde sein Luftraum von US-Spionageflugzeugen verletzt. Die Beobachtung nikaraguanischen Territoriums nehmen ferner amerikanische Spionagesatelliten und Kriegsschiffe vor, die unweit der nikaraguanischen Küste kreuzen. Die USA wollen in Amapala auf der honduranischen Insel Tigre einen Marinestützpunkt errichten und auch den kolumbischen Stützpunkt, auf der Karibik-Insel San Andrés benutzen. Die Pariser „Monde“ meldete, 9000

DEKORATIONSWECHSEL

Die Militär- und Ziviljunta in El Salvador hat also Wahlen vornehmen lassen. Die von Soldaten und Polizisten an die Urnen getriebenen Wähler durften 60 Abgeordnete in die sogenannte Konstituante ihre Stimmen geben. Wer sich weigerte, wurde von der Junta mit Strafen bedroht. Die so „gewählten“ Abgeordneten sollen einen provisorischen Präsidenten für ein Jahr ernennen und sich mit dem Entwurf einer neuen Verfassung beschäftigen. Auf ihrer Basis wurden dann wieder Wahlen versprochen.

Dieses ganze Theater wird in einem Land aufgeführt, in dem im Grunde ein echter Bürgerkrieg herrscht! Aufgeführt nach einem Text des Weißen Hauses. Dort trägt man sich seit langem mit dem Plan, dem jetzigen repressiven Regime in El Salvador den Anschein von Legitimität zu verleihen und dem rechten Flügel der Christdemokraten wenigstens eine minimale soziale Basis zu schaffen.

In Washington ging man davon aus, allein die Tatsache der Wahlen könne die Möglichkeit ergeben, das Ansehen des Regimes, das sich selbst durch Blut befleckt, das den Mord zur politischen Waffe erhoben hat, zu heben und ihm helfen, den immer enger werdenden Ring seiner weltweiten Isolierung zu sprengen.

Hauptsächlich sollten die Wahlen aber ein Argument dafür abgeben, die Kongreßleute der USA, die die allseitige Unterstützung der Machthaber El Salvadors verurteilen, zu überzeugen, daß daran doch nichts Ehrenrühriges sei. Denn nun handele es sich ja um Hilfe für eine „legitim gewählte Regierung“.

Die Wahlfarce verfolgte noch ein weiteres Ziel. Damit sollte die Möglichkeit einer politischen Lösung des Konflikts durch ehrliche, gleichberechtigte Verhandlungen zwischen der Regierung und den Aufständischen, die mehrfach ihre Bereitschaft erklärt hatten, ohne jegliche Vorbedingungen über eine Feuereinstellung zu verhandeln, torpediert werden. Wie die Reagan-Administration kalkulierte, legte der Botschaftsrat der USA in San Salvador Ken Bleakeley dar: „Wenn die Wahlen durchgeführt werden“, sagte er, „bekommt das Land eine repräsentative Regierung... Die Hilfe kann verstärkt werden, und die Partisanenbewegung wird auf unbedeutende Aktionen herabgemindert... Die gewählte Regierung hat nicht das Recht, die Macht aufzugeben, die sie in allgemeiner Abstimmung gewann.“

Was soll das eigentlich alles? An diesen Wahlen konnten sich selbstverständlich jene einflußreichen po-

litischen Kräfte des Landes nicht beteiligen, die in der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí und in der Revolutionär-Demokratischen Front zusammengeschlossen sind. Am 28. März rivalisierten nur Rechtsparteien.

Andererseits bot das rechte Lager keineswegs ein einheitliches Bild. Seine politische Palette ist reichlich bunt. Außer den einfach rechten Christdemokraten, auf die Washington hauptsächlich setzte und die es als „gemäßigt“ anpries, nahmen an den Wahlen eindeutig

Wächter und Wähler

Foto: TASS



US-Marineinfanteristen seien in der Panamakanalzone in Gefechtsbereitschaft versetzt worden.

Eine besondere Stellung bei der Aggressionsvorbereitung kommt Honduras zu. „Newsweek“ meldete, die Reagan-Administration habe der honduranischen Regierung 11 Mio Dollar zur Modernisierung und Erweiterung der Start- und Landebahnen von 4 Flugplätzen an der Grenze zu Nicaragua bewilligt. Auf dem Flughafen der Stadt Puerto Lempira laufen derartige Arbeiten bereits. Im Februar wurde von einem Dutzend Herkulesmaschinen Militärfracht aus den USA eingeflogen. In Mocerone und Puerto Lempira sind 3000 Somoza-Gardisten konzentriert, zu deren Unterweisung 100 US-Berater eintrafen. Die honduranische Hauptstadt Tegucigalpa wird im Grunde zum Zentrum der Ausarbeitung und Durchführung von Geheimoperationen gegen Nicaragua.

Da die verbrecherischen Aktivitäten der USA gegen Nicaragua, mit denen Frieden und Stabilität im Land gestört, seine Wirtschaft untergraben und Attentate auf führende Persönlichkeiten organisiert werden sollen, verstärkt wurden, sah sich der Führungsrat der Regierung der Nationalen Wiedergeburt gezwungen, Mitte März ein Gesetz

über die Verhängung des Ausnahmezustands zu verabschieden. Gemäß diesem Gesetz werden in der Republik zeitweilig „einige Rechte und Garantien außer Kraft gesetzt“.

Das Volk hat diese außerordentlichen Maßnahmen begrüßt. Es verfolgt aufmerksam die Anschläge seiner Feinde. Das Führungsmitglied der Sandinistischen Befreiungsfront (FSLN) López Tirado erklärte, die Nikaraguaner schlossen sich noch enger um die FSLN zusammen, um jeder Aggression eine gebührende Abfuhr zu erteilen. Gleichzeitig startete die Regierung Nicaraguas diplomatische Aktivitäten. Sie unterstützte die bekannten Vorschläge Mexikos (s. NZ 10/82) und ergriff ihrerseits Initiativen zur Gewährleistung von Frieden und Sicherheit in Mittelamerika. Im Sicherheitsrat der UNO erklärte der Koordinator des Führungsrats der Regierung der Nationalen Wiedergeburt Nicaraguas Daniel Ortega, Nicaragua sei ebenso wie Kuba und die patriotischen Kräfte El Salvadors bereit, unverzüglich Verhandlungen, darunter mit den USA, aufzunehmen, um die Lage in der Region auf einer gerechten und konstruktiven Grundlage zu regeln.

W. DOLGOW

reaktionäre und extremreaktionäre Parteien teil. Einen besonderen Platz unter ihnen nimmt die faschistische Republikanische Nationalunion ein, die Anfang d. J. von Major a. D. Roberto d'Aubuisson gegründet wurde. Er trat als Hauptrivale des Chefs der Christdemokraten, Jose Napoleon Duarte, auf. Das gemeinsame Kredo all dieser Gruppen lautet: Verhärtung der Repressalien, keinerlei Reformen. Die Christdemokraten haben in ihrem Programm die verbale Anerkennung der Notwendigkeit sozialer und wirtschaftlicher Umgestaltungen, gehen aber tatsächlich nicht über ein paar kosmetische Striche hinaus.

Die Wahlkampagne, die unter verstärkten Repressalien gegen die Zivilbevölkerung stattfand, und die Wahlen selbst waren von Morden, Massenhinrichtungen und Folterungen begleitet.

Wählerlisten wurden nicht aufgestellt. Die Ausgabe der meisten Wahlzettel wurde von den Christdemokraten kontrolliert. Am Wahltag kreisten Hubschrauber über Städten und Dörfern. In den Straßen patrouillierten verstärkte Gruppen der Nationalgarde und Panzerfahrzeuge.

Nach vorläufigen Angaben aus El „NEUE ZEIT“ 14.82

Salvador liegen, wie das von Washington ja auch geplant war, die Christdemokraten vorn. Die Frage, wem das Präsidentschaftsband umgelegt werden soll, wird von der jetzt „gewählten“ Konstituante entschieden werden. Wie immer aber der zweite Akt der Aufführung ausgeht, klar ist, daß die neuen „Abgeordneten“ und ihre Führer nur ein Häuflein Reaktionäre vertreten, die Mehrheit des Volkes aber hinter der Nationalen Befreiungsfront und der Revolutionär-Demokratischen Front steht.

Die in diesen Organisationen vereinten Patrioten beantworteten das unrühmliche Wahltheater mit neuen machtvollen Schlägen gegen die Regierungstruppen. Wenige Stunden vor den Wahlen griffen sie den Präsidentenpalast an. Im östlichen Teil der Hauptstadt wurden sieben Wahllokale gesprengt. Angegriffen wurden die wichtigsten Heereskasernen sowie das Gebäude des Zentralen Wahlrats. Zu harten Zusammenstößen kam es in vielen Städten und Dörfern. Es ist klar, daß der Widerstand des Volkes auch künftig wachsen wird.

A. BARYSCHEW

PUTSCH NACH DEN „WAHLEN“

In Guatemala wurde wieder einmal geputscht. Präsident Lucas García ergab sich den Aufrührern. Eine „repräsentative Junta“ unter General Efraín Ríos Montt wurde gebildet, der unverzüglich den Kongreß auflöste und die Verfassung außer Kraft setzte. Westlichen Pressemeldungen zufolge stand hinter Montt eine Gruppe Militärs aus Heer und Luftwaffe, die sich als „Bewegung junger Offiziere“ bezeichnet. Die amerikanische Fernsehgesellschaft NBC wies deren Zugehörigkeit zum rechten Flügel der Streitkräfte nach. Bezeichnenderweise erklärten die Führer der offen faschistischen Bewegung der „nationalen Befreiung“ und anderer rechtsradikaler politischer Gruppierungen ihre „volle Unterstützung“ für den Umsturz.

Was waren die Beweggründe? Bekanntlich hielten die Behörden Guatemalas am 7. März „allgemeine Wahlen“ ab, die in einer Atmosphäre brutalster Repressalien und, wie das für Guatemala üblich wurde, der offenen Fälschung der Wahlergebnisse stattfanden. Dieses Gängel allein von Rechtsparteien um die Macht brachte dem offiziellen Regierungskandidaten General Anibal Guevara den Sieg. Doch die Verlierer verlangten unter Hinweis auf den weitverbreiteten Wahlschwindel eine Annullierung der Ergebnisse.

Nach Meinung von Beobachtern wurde der Militärputsch in Guatemala mit Wissen Washingtons verübt. Die „New York Times“ konstatierte, daß offizielle US-Vertreter über die Putschvorbereitung vorher informiert waren. Der Londoner „Guardian“ schrieb, der Militärattaché der US-Botschaft habe neben dem Offizier gestanden, der die Erstürmung des Nationalpalastes leitete.

Jetzt stellt die amerikanische Presse General Montt als „gemäßigten Politiker“ hin, der „Reformen“ wolle. Die US-Massenmedien betonen in ihren Meldungen, die Putschisten wollten „das Land auf den Weg der Demokratie zurückführen“. Das geschieht nicht ohne Hintergedanken. Im Weißen Haus versteht man, daß sich der Rummel um die Scheinwahlen in Guatemala nicht gelohnt hat. Niemand glaubte daran, Washington wolle „Demokratie“ in Mittelamerika. Ebendeshalb nahm man eine weitere Rochade vor, in der Hoffnung, das würde die Weltöffentlichkeit zumindest etwas vom Terror in Guatemala ablenken. Eine vergebliche Hoffnung!

A. WLADIMIROW

DIE JÜNGSTE KRAFTPROBE

Vitali SEMJONOW

Noch immer werden die im März abgehaltenen Kantonalwahlen lebhaft kommentiert, werden Zukunftsprognosen angestellt. Das außerordentliche Interesse an diesen Wahlen, denen gewöhnlich lokale Bedeutung zugeschrieben wird, ist nicht verwunderlich, obwohl es dabei um die Wahl der Generalräte der Departements, die Organe der örtlichen Selbstverwaltung, ging, die in der Hälfte des Landes alle drei Jahre erneuert werden.

Diesmal aber hatten die Kantonalwahlen, nach einhelliger Beurteilung, eindeutig politische Bedeutung. Der vom Parlament vor kurzem gebilligte erste Teil des Dezentralisierungsgesetzes verleiht den Generalräten der Departements ziemlich weitgehende Vollmachten. Von nun an geht die Exekutive von den durch die Regierung ernannten Präfekten (sie heißen heute Kommissare der Republik) an die Vorsitzenden der Generalräte über. Sie werden das entscheidende Wort bei der Verteilung der Finanzmittel und der Festlegung der Hauptentwicklungsrichtungen an Ort und Stelle haben. Daher ist klar, daß alle Parteien darauf hofften, ihre Stellung zu festigen, um so mehr, als davon in vielem der Ausgang der für das kommende Jahr angesetzten Gemeinde- und Regionalwahlen abhängen wird.

Die Kantonalwahlen wurden außerdem zur ersten klaren Kraftprobe nach dem Amtsantritt der Linksparteien. Schließlich beteiligten sich daran 19 Millionen Franzosen, die Hälfte der Wahlberechtigten. In der ersten Runde erhielten die Linken 49,6% der Stimmen, die bürgerliche Opposition, deren Kern die Union für die französische Demokratie (UDF) und die Sammlungsbewegung für die Republik (RR) bilden, 49,9%. In der zweiten Runde konnte die Opposition noch aufholen. Sie wird jetzt die Generalräte in 58 von 98 Departements kontrollieren.

Die Chefs der bürgerlichen Parteien verbergen ihren Jubel nicht und beeilten sich mit der Erklärung, daß die meisten Franzosen für die Oppositionsparteien seien. Tatsächlich aber stellen die Kantonalwahlen das Kräfteverhältnis im Landesmaßstab nicht in Zweifel. Präsident Mitterrand wurde für 7 Jahre ge-

wählt. Der Sozialist Mauroy ist Chef einer Regierung, der Kommunisten und Linksradikale angehören. Die Linksparteien besitzen die absolute Mehrheit in der Nationalversammlung.

Das Hauptergebnis der Wahlen besteht darin, daß es der Opposition gelang, ihre Wähler vollständig anzuwerben zu lassen. Vor der Abstimmung gingen die Oppositionsführer mit den alten Tricks auf Wählerfang und heizten die Situation bis zum äußersten mit dem Schreckgespenst der „sozialkommunistischen Gefahr“ und der unausbleiblichen Wirtschaftskatastrophe an. Sie versuchten, einzelne Regierungsmitglieder, u. a. den Innenminister Defferre, zu desavouieren.

Es ist der Opposition gelungen, die Unzufriedenheit mancher Wähler umzumünzen. Vor allem der Bauern. Presseurteilen zufolge, hinkt die Regierung mit der Ausarbeitung der Agrarpolitik nach. „Le Monde“ bemerkte, in Führungskreisen empfinde man Unsicherheit und Zweifel. Dabei hatte es gerade in der Landwirtschaft wesentliche Veränderungen gegeben. In den letzten 25 Jahren sank die Zahl der Beschäftigten von etwas über 5 Millionen (32% der erwerbsfähigen Bevölkerung) auf rund 2 Millionen (knapp 9%). In der gleichen Zeit kam es zu einem stürmischen Aufschwung von Großbetrieben, auf die die vorherige Regierung ihre Hoffnungen auch setzte.

Presseangaben zufolge gab es 1957 in Frankreich 2,2 Millionen Wirtschaften, heute weniger als eine Million. In den letzten 6 bis 7 Jahren sind die Einkünfte kleinerer Bauernwirtschaften um durchschnittlich 30% zurückgegangen. Die Klein- und Mittelbauern gerieten in Bedrängnis und zwar in nicht geringem Maße wegen der Agrarpolitik der EG. Das alles löste eine neue Welle von Bauerndemonstrationen aus, vor allem in den südlichen Departements, die besonders unter der italienischen und spanischen Konkurrenz zu leiden haben.

Zusammen mit der höheren Beamtenschaft, der Klein- und Mittelbourgeoisie stimmt die Bauernschaft traditionell rechts. Diese Gruppen bilden den schwankendsten Teil der Wähler. Im vergangenen Jahr hatten sie für die Sozialisten gestimmt,

jetzt waren sie wieder ins Lager der Opposition umgeschwenkt.

Weiter lassen die Kantonalwahlen erkennen, daß sich die Oppositionsparteien von dem Schock und der Verwirrung durch die vorjährige Niederlage erholt haben. In der Opposition sucht man intensiv nach einer gemeinsamen Strategie und Taktik. UDF und RR traten zu den Wahlen in einer Einheitsfront an. Sie wollen offenbar Schritt für Schritt die Stellungen der Linksparteien erobern, wozu sie die Organe der örtlichen Selbstverwaltung auf Korn genommen haben. Jacques Chirac, UDF-Chef und Bürgermeister von Paris, erklärte, die Opposition werde eventuell, eher als gedacht, erneut die Regierungsverantwortung übernehmen.

Den Ton unter den einstigen Regierungsparteien gibt immer mehr die RR an. Sie besitzt eine verzweigte organisatorische Struktur und weitreichende örtliche Beziehungen. Ihre Hauptbastion ist Paris. In Frankreich wird viel davon gesprochen und geschrieben, daß sich in der RR Politiker stark machen, die sich eigentlich vom politischen Erbe General de Gaulles losgesagt haben. Beobachter weisen darauf, daß auf dem RR-Kongreß in Toulouse Anfang d. J. nur wenige Redner sich als Gaullisten bezeichneten und kaum jemand an den Begründer der Fünften Republik erinnerte. Erkennbar wird eine erstaunliche Ähnlichkeit der sozialen und wirtschaftlichen Konzeptionen der RR-Führung mit den Rezepten Reagans für eine „liberale Gesellschaft“.

Außenpolitisch fordern sie immer wieder eine Stärkung des Bündnisses mit Washington und der NATO, einen „harten Kurs“ gegenüber der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern. Niemand anderes als der Pariser Bürgermeister predigt gegenwärtig die Beendigung des in Helsinki eingeleiteten Entspannungsprozesses und die Nichtbeteiligung Frankreichs am Madrider Treffen. Er sprach sich auch gegen den Abschluß des „Gasvertrags“ zwischen der UdSSR und Frankreich aus, der, wie in Paris betont wird, zweifellos die Grundlagen der Energieunabhängigkeit des Landes stärken wird.

Erinnern wir in diesem Zusammenhang daran, daß der jetzige RR-Chef einst als französischer Regierungschef die Bedeutung der Entspannungspolitik für Frankreich hervorgehoben und sich für sowjetisch-französische Eintracht und Zusammenarbeit ausgesprochen hat, in denen er einen Faktor der Sicherheit und des Gleichgewichts in Europa sah.

Die Ergebnisse der Kantonalwah-

len und auch die Situation im Lande insgesamt bieten der Regierung und den Führern der Sozialistischen Partei (SP) Anlaß zum Nachdenken. Vor allem die SP trägt die Verantwortung für die Innen- und Außenpolitik des Landes. Die Sozialisten erkennen an, daß ihre Tätigkeit von den Franzosen heute nicht an Erklärungen und Versprechungen, sondern an konkreten Taten gemessen wird. Der Erste Sekretär der Sozialistischen Partei Jospin äußerte, die Zeiten, da die Linken sich euphorisch gebärdeten, ohne die Hindernisse auf ihrem Weg zu erkennen, gehörten der Vergangenheit an.

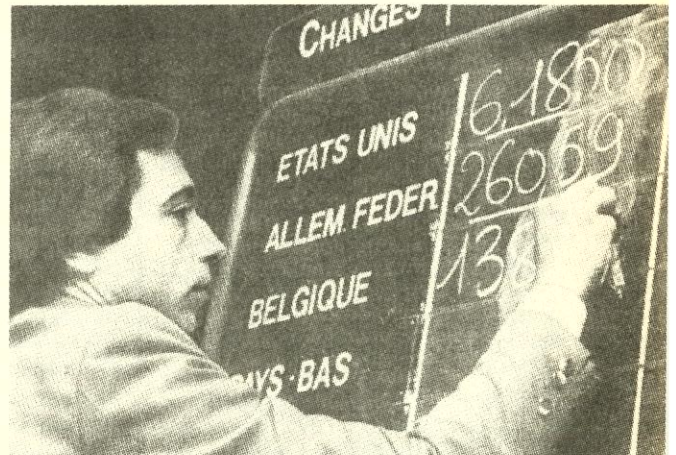
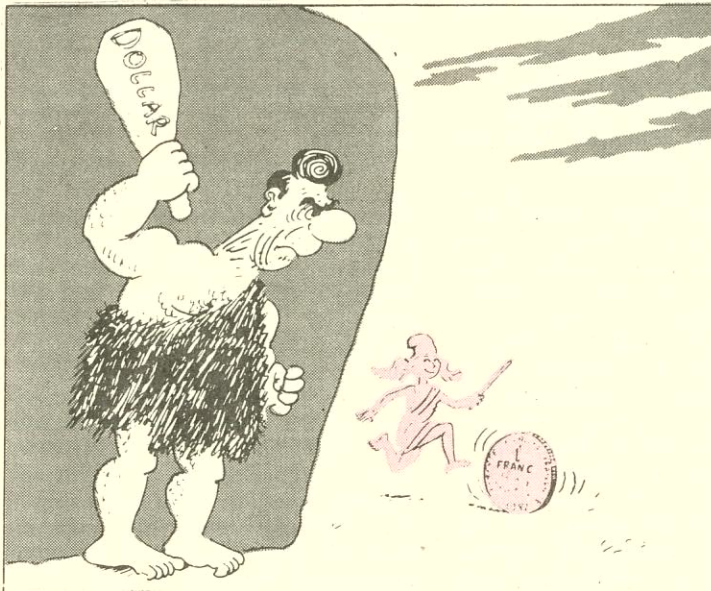
Sicher hat die linke Mehrheit in den zehn Monaten ihrer Amtsführung nicht wenige wichtige Maßnahmen verwirklicht: Verstaatlichung einiger Industriegruppen und eines großen Teils des Kredit- und Bankwesens, Verabschiedung des ersten Teils des Dezentralisierungsgesetzes, Kürzung der Arbeitswoche, Heraufsetzung des Lohnminimums, der Familien- und anderer Beihilfen.

zu neun Monaten. Noch immer verzeichnet man eine hohe Inflationsrate. Das Außenhandelsdefizit, vorwiegend im Handel mit der BRD und den USA, wird nicht geringer. Nach der alarmierenden Stille auf den Devisenmärkten erneuerten sich die Angriffe auf den französischen Franc.

Das Großkapital führt nach wie vor einen unerklärten Krieg gegen die Wirtschaftsreformen des Linkskabinetts. Taub bleibt das Patronat auch gegenüber dem Ruf nach verstärkten Investitionen zur Erweiterung der Produktion und der Arbeitsplätze. Der offene und geheime Kapitalexport dauert an. Im Vorjahr flossen zwischen 40 und 60 Md. Franc illegal ins Ausland, drei Viertel davon nach dem Mai 1981. Diese Summe entspricht den Ausgleichszahlungen des Staates an die verstaatlichten Betriebe. Das alles erschwert dem Kabinett wesentlich die Durchführung der geplanten sozialen und wirtschaftlichen Programme.

französischen Großkapital illegale Kanäle zur Devisenausfuhr nach Übersee. Das zwang die französischen Behörden unlängst zu einer Überprüfung der Tätigkeit amerikanischer Maklerbüros in Paris.

In Frankreich wird heute häufig davon gesprochen, daß eine Reihe wichtiger Abschnitte der staatlichen und politischen Struktur von den Veränderungen fast nicht berührt wurde. Bereits auf dem Kongreß der Sozialistischen Partei in Valence im Oktober v. J. wurden Rufe laut, man solle den Widerstand in der Spitze des Staatsapparats brechen. Einige SP-Politiker forderten sogar „einige Köpfe“. Diese Aufrufe wurden jedoch als zu radikal bewertet und erhielten deshalb nicht die Unterstützung der SP-Führung. Nach Angaben des „Express“ gibt es in der höheren Verwaltung rund 600 „hochgestellte Beamte“, deren Schicksal unmittelbar von der Regierung abhängt. Dabei handelt es sich um Botschafter, Präfekten, Rektoren von Hochschulen, Direktoren zentraler



Auf Initiative der Reagan-Administration verstärkten die Finanzkreise vor den Kantonalwahlen Spekulationen gegen den Franc auf den internationalen Devisenbörsen. Auch die illegale Kapitalausfuhr hielt an. Zeichnung und Foto aus „Humanité“ (Frankreich)

Das alles sind notwendige Veränderungen. Ihre Auswirkungen sind jedoch, wie SP-Sekretär Quilès bemerkte, bislang kaum spürbar. Deshalb zog es ein bedeutender Teil der von der Regierungspolitik enttäuschten Linkswähler vor, wie man in Frankreich sagt, „angeln zu gehen“, d. h. der Wahlurne fernzubleiben.

Dafür gab es auch andere Gründe. Bislang ist die Regierung dem brennendsten sozialen Problem, der weiterhin zunehmenden Arbeitslosigkeit, nicht an die Wurzeln gegangen. Im Februar gab es über 2 Millionen Erwerbslose, d. h. 20 % mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahrs. Auch die Suche nach Arbeit dauert länger, durchschnittlich bis

Nicht geringen Schaden nimmt die französische Wirtschaft an der Politik der USA, die weiterhin künstlich ihre hohen Bankzinssätze aufrechterhalten. Während des kürzlichen Washington-Besuchs Präsident, Mitterrands war dieses Problem Gegenstand einer zermürbenden Diskussion, bei der Reagan jedoch nur allgemeine Versprechungen abgab.

Unmittelbar vor dem Wahlkampf war die internationale Devisenbörse von einer neuen Spekulationswelle um den Franc erfaßt worden. Zeitungsmeldungen zufolge waren die USA Initiatoren dieser Angelegenheit. Sie unterstützten aktiv einen Kapitalabzug aus Frankreich, setzten den Mechanismus der Hochzinssätze in Bewegung und boten dem

Verwaltungsorgane und staatlicher Betriebe. Wichtige politische Entscheidungen wurden nur in Beziehung auf 100 Posten gefällt, weniger als 20 % der Gesamtzahl.

Die Öffentlichkeit wurde unlängst auf den sogenannten „Fall“ der Polizeikommissare aufmerksam. Auf Beschluß Innenminister Defferes wurde ein hoher Beamter der Pariser Kriminalpolizei, Kommissar Marcel Leclerc, nach Marseille versetzt. Er weigerte sich jedoch, der Anweisung des Ministers nachzukommen und wurde deshalb seines Postens enthoben. „Aus Solidarität“ mit Leclerc reichte sein Chef, Kommissar Le Mouél, seinen Rücktritt ein. Sie wurden von der mächtigen Gewerkschaft der Pariser Polizei-

beamten unterstützt. Die Opposition spielte diesen „Fall“ hoch. Nach Ansicht der Presse erinnerte der „Af-front“ der Kommissare ein weiteres Mal daran, daß der Widerstand im obersten Machtapparat nicht gebrochen ist, obwohl die Regierung ziemlich rasch Ordnung schaffen konnte.

Welche Linie sollen die Regierung und die SP angesichts dieser Probleme einschlagen? Wie sollen Inhalt und Fristen der Reformen aussehen? Diese Fragen werden in Frankreich weiter diskutiert. Auf dem erwähnten SP-Kongreß wurden zwei Standpunkte laut: Die einen rieten zu einem „Kompromiß“ mit der Bourgeoisie, die anderen forderten entschlossener Maßnahmen. Damals war der Streit remis ausgegangen. Nun ist er wieder aufgeflammt. Die einen glauben, man müsse rasch und konsequent den Weg demokratischer Umgestaltungen beschreiten, der den Wünschen der meisten Werktätigen entspricht. Sie sagen, Frankreich leide nicht an einem Überfluß an Veränderungen, sondern an einem Mangel. Die anderen behaupten, es sei an der Zeit, eine „Pause“ einzulegen. Dafür ist u. a. Wirtschafts- und Finanzminister Delors. Der sozialistische Arbeitsminister Auroux ist der Ansicht, man müsse einen neuen Rhythmus der Umgestaltungen ausarbeiten, der den jetzigen Bedingungen „angepaßter“ wäre.

Dieser Standpunkt besitzt einflußreiche Befürworter. Man kann durchaus annehmen, schreibt die den Sozialisten nahestehende Zeitung „Matin“, daß die Freunde einer flexibleren Umgestaltungspolitik in der Regierung mit den Kantonalwahlen argumentieren werden, um den Eifer ihrer radikaleren Kollegen zu bremsen. Es läßt sich jetzt schwer voraussagen, wie die Diskussion diesmal ausgeht.

Die Französische KP bezieht in dieser Hinsicht eine klare Haltung. Sie ist der Meinung, daß die Politik der Umgestaltungen unbedingt beschleunigt werden muß. Nach Ansicht der Kommunisten verfügen die Linkskräfte dafür über genügend Reserven. Die KP bringt nicht wenige konstruktive Vorschläge zur Vertiefung der Umgestaltungen, zur Verbesserung der Lage der Werktätigen und zur Stärkung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit des Landes ein. In einer Erklärung betonte das Politbüro der FKP, man müsse die Politik der Wandlungen gemäß den Verpflichtungen und den Fristen fortsetzen, für die sich das Land im Mai 1981 ausgesprochen habe. Dieser Kurs, glauben die Kommunisten, entspreche den Interessen der meisten Werktätigen und der ganzen Nation.

ELEFANT IM KAHN

Wjatscheslaw BOIKOW

„Wenn ein Elefant in einem kleinen Kahn sich auch nur ein paar Zentimeter bewegt, riskieren die Mitfahrer, über Bord geworfen zu werden.“ So umschreibt der Londoner „Economist“ die Gefahr für die Westeuropäer, im gleichen Wirtschaftsboot mit den USA zu sitzen. Diese Gefahr wird in jüngster Zeit immer spürbarer.

Europa steckt in einer alarmierenden Situation, als sich die Amerikaner das vorstellen. Die ärgste Depression seit den 30er Jahren geht Wirtschaft und Gesellschaft an die Struktur. Bundeskanzler Schmidt erklärte: „Was ich fürchte, sind wirtschaftliche, soziale und daher auch politische Unruhen.“

In Brüssel, am Sitz der Führungsorgane des Gemeinsamen Markts — Ministerrat und EG-Kommission — haben sich die Stimmen der mit Washingtons Wirtschaftspolitik Unzufriedenen zu einem Chor vereint, was hier doch recht selten vorkommt. Auf der EG-Tagesordnung stand die Frage gemeinsamer Aktionen. Auf der eben erst beendeten jüngsten Tagung des Europa-Rats — Gipfeltreffen der „Zehn“ — forderte Frankreichs Präsident Mitterrand die Partner auf, eine „Einheitsfront“ gegen die USA und in einem Abwasch gegen Japan zu bilden. Vom fehlenden „echten Dialog“ mit den USA in Wirtschaft und Finanzen sprach auch der Tagungsvorsitzende, der belgische Ministerpräsident Martens. Dem Ergebnis der Debatten läßt sich entnehmen, daß die „Einheitsfront“ der EG bis zum im Juni bevorstehenden „Siebenertreffen“ der führenden westlichen Länder in Versailles stehen soll.

Was veranlaßt die europäischen „Zehn“ nun konkret, ihre Reihen zu schließen? Bei Gesprächen mit Mitgliedern der EG-Kommission gewann ich den Eindruck, daß die Westeuropäer vor allem über die Hochzinspolitik der USA beunruhigt sind, die gegenwärtig auf der 16,5%-Marke hält. Die Möglichkeit, an den hohen US-Zinsen gut zu verdienen, zieht westeuropäisches Kapital wie ein Magnet an, während die Wirtschaft der Alten Welt unter dem Mangel an Finanzmitteln verrottet. In der Hoffnung, den Kapitalabfluß aus den EG-Ländern zu stoppen, müssen, ob man will oder nicht, die

eigenen Diskontsätze angehoben werden. In der BRD erreichten sie 13, in Großbritannien 13,5 und in Frankreich 14%. Doch das rettet die Lage nicht, da auch diese Sätze für viele mittlere und kleinere Firmen unerschwinglich sind. So gehen die Investitionen zurück, verlangsamt sich das Wirtschaftswachstum und steigt die Arbeitslosigkeit.

Experten der EG-Kommission zählten mir folgende Verluste auf, die die EG-Mitglieder 1982 wegen der hohen Zinssätze der USA zu tragen haben werden. Das Wirtschaftswachstum wird bestenfalls 1,5% statt der vorgesehenen 2,5% ausmachen. Die Zahl der Arbeitslosen wird um etwa 10% steigen und 12 Millionen erreichen. Dabei hat Westeuropa schon jetzt die höchste Arbeitslosenrate seit dem zweiten Weltkrieg.

Washingtons Rechnung weist auch den „Dollarschock“ auf, der das Währungssystem der EG infolge der künstlichen Wertsteigerung des US-Dollars ergreift. In den letzten zwei Jahren ist der Dollar-Kurs, laut Angaben der EG-Kommission, gegenüber den westeuropäischen Währungen um durchschnittlich 40% gestiegen. Das führte zu erhöhten Ausgaben der EG-Länder für die Einfuhr von Erdöl und anderen Rohstoffen, deren Weltmarktpreise in Dollar angegeben werden. Die Verteuerung der Rohstoffe zieht die Inflation nach sich, als deren bestes Bekämpfungsmittel Washington hohe Zinssätze ansieht. So schließt sich der für Westeuropa verwunschene Kreis der Wirtschaftsprobleme.

Die Westeuropäer sind darüber verärgert, daß die Reagan-Administration, die sie doch immer wieder an ihre Bündnispflichten erinnert, nicht den Wunsch zeigt, ihnen im wirtschaftlichen Bereich entgegenzukommen.

Als sichtbarer Beweis dafür möge der von Washington eingerührte Stahlzwist dienen. Im „Berlimont“, wie der Sitz der EG-Kommission genannt wird, sieht man das Wesen dieses Problems folgendermaßen: Die amerikanischen Stahl-Produzenten beschuldigen die westeuropäische Konkurrenz des Dumpings, d. h. der künstlichen Preisminderung, die es ihnen angeblich ermögliche, die US-Firmen auf ihrem eigenen Markt zu

schlagen. Die EG-Kommission wies diese Beschuldigung zurück und berief sich dabei darauf, daß der Anteil westeuropäischer Lieferanten am amerikanischen Stahlmarkt gegenwärtig nur 4,7% beträgt, während es 1979 6,7% waren. Nach Ansicht der EG-Führung ergeben sich die Schwierigkeiten der US-Stahlwerke nicht aus dem westeuropäischen Dumping, sondern aus der sinkenden Nachfrage in den USA. Neue Handelschranken, mit denen die US-Stahlbetriebe ihren Markt abgrenzen wollen, würden ernsthafte Probleme für das westeuropäische Hüttenwesen schaffen, das schon jetzt seine Kapazitäten zu nur 63% auslastet. Deshalb wird die Demarche Washingtons in Brüssel als Anzeichen dafür betrachtet, einen Schlag unter die Gürtellinie landen zu wollen.

Die USA drohen Europa auch mit einem Nahrungsmittelkrieg. Die Neue Welt beschuldigt die Alte, sie bedränge sie auf dem Weltmarkt infolge der ihren Bauern bewilligten staatlichen Subventionen. Die EG-Vertreter leugnen das zwar nicht, erklären aber, auch in Amerika würden beispielsweise Milchfarmen, Erdnuß- und Tabakerzeuger gestützt. Hier hebt man auch hervor, daß die USA jahrelang ihre 17% am Weltagrarexport halten, was den EG-Ländern erlaubt, von der „Gerechtigkeit“ ihres Anteils zu sprechen.

Der Haupttrumpf in diesem Streit zwischen Brüssel und Washington ist der statistische Fakt, daß von dem Gesamtdefizit von rund 11 Md. Dollar, daß der Handel der „Zehn“ mit den USA aufweist, 7 Md. auf den Ankauf amerikanischer Agrarprodukte entfallen. Angesichts dieser Zahlen klingen die Klagen der westeuropäischen Bauern natürlich überzeugender als die Ansprüche ihrer amerikanischen Konkurrenten.

Keineswegs den letzten Platz in der Liste der politischen und wirtschaftlichen Differenzen zwischen den USA und Westeuropa nimmt der Handel mit den sozialistischen Ländern ein, dessen Stand bei den USA und bei Westeuropa unterschiedlich ist. Bei einer Prokopfaufschlüsselung übersteigt das diesbezügliche Handelsvolumen der BRD das der USA z. B. um das 11fache. Westeuropa ist natürlich an Großabkommen mit der UdSSR interessiert, die Hunderttausenden den Arbeitsplatz sichern. Es braucht zweifellos sowjetisches Erdgas, Erdöl und viele andere Güter. Doch die westeuropäische Weigerung, eine grundlegende Überprüfung der Handelsbeziehungen zu den sozialistischen Ländern vorzunehmen, wie das Washington fordert, erklärt sich nicht nur daraus.

Im Unterschied zur gegenwärtigen US-Administration glauben die

Westeuropäer, daß die Politik der Wirtschaftssanktionen gegen die UdSSR sinnlos sei. Deshalb gelang es den Amerikanern, trotz des ziemlich andauernden und massierten Drucks nicht, ihren Verbündeten irgend etwas wesentliches abzurufen, als den am 15. März bekanntgegebenen EG-Beschluß, „rein symbolisch“, wie es die belgische Presse sieht, den Ankauf einiger sowjetischer Güter einzuschränken. Mit diesem zwar kleinen aber verwerflichen Schritt gaben die EG-Länder zu verstehen, daß das eher ein Kotau vor der Bündnissolidarität als ein Beweis für die Unterstützung der „Sanktionspolitik“ ist.

Um mir die unterschiedliche Einstellung der Seiten zu den Sanktionen zu verdeutlichen, erzählte ein Experte der EG-Kommission folgende Anekdote: Ein in Krisenjahren gut verdienender Geschäftsmann wurde gefragt, wie er das mache. „Durch richtige Entschlüsse“, antwortete er. Und wie gelangen ihm diese richtigen Entschlüsse? „Durch Erfahrungen.“ Und wie habe er solche Erfahrungen sammeln können? „Durch die Fehler der Vergangenheit.“ Ebenso hätten die Westeuropäer aus ihren früheren Fehlern mehr Konsequenzen gezogen als die Amerikaner, meinte mein Gesprächspartner.

1982 lieferte Washington einen neuen Beweis für den Reifall von Wirtschaftssanktionen gegen die UdSSR. Es untersagte der General Electric, Rotore und andere Einzelteile für 25-Megawatt-Gasturbinenkompressoren zu liefern, die von drei westeuropäischen Firmen in die UdSSR exportiert werden. Der US-Betrieb büßte einen Auftrag in Höhe von rund 200 Mio Dollar ein. Washington jedoch versicherte, dieses Opfer lohne sich. US-Außenminister Haig erklärte, das Verbot bringe für die Sowjetunion eine Menge Schwierigkeiten mit sich und werde die Inbetriebnahme der neuen Gasleitung verzögern. Die Westeuropäer nahmen den überseeischen Streich skeptisch auf. Ein Land, das Satelliten baut, ist auch in der Lage, alle nötigen Ausrüstungen für Gasleitungen herzustellen, warnte Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff und hatte recht. Washingtons Hoffnungen scheiterten sehr rasch an einer knappen Meldung aus Moskau, die viele westeuropäische Blätter an vorrangiger Stelle plazierte: In der UdSSR wurden die Tests an Gasturbinenkompressoren mit 25-Megawatt-Leistung abgeschlossen, die schon im nächsten Jahr in die Massenproduktion gehen werden.

Brüssel

BIOGRAPHISCHES

AUSSENMINISTER DER REPUBLIK IRLAND GERARD COLLINS



Geboren am 16. Oktober 1938 in Limerick (Irland). Studierte an mehreren irischen Colleges, darunter am University College von Dublin. Dort wurde er zweimal zum Vorsitzenden des Studentenbundes gewählt.

1965—1967 Assistent des Generalsekretärs der Fianna Fail. 1967 Mitglied

des Repräsentantenhauses des irischen Parlaments.

1969—1970 stellvertretender Minister für Industrie und Handel im Parlament sowie Minister für Angelegenheiten der gälischsprachigen Bezirke. 1970—1973 Minister für Post und Telegraph.

Während der Amtsperiode der Koalitionsregierung Fine Gael/Labourpartei (1973—1977) vertrat im Parlament die Opposition für Fragen der Landwirtschaft und Justiz.

Nach dem Wahlsieg der Fianna Fail 1977 wurde Collins Justizminister und bekleidete diesen Posten bis Juni 1981, als nach den vorfristigen Parlamentswahlen die Koalitionsregierung wieder an die Macht kam.

Im Ergebnis der neuen außerturnusmäßigen Parlamentswahlen im Februar 1982 und der Regierungsbildung am 9. März durch die Fianna Fail wurde Collins Außenminister.

In seinem ersten Interview für irische Zeitungen erklärte Collins, Irland werde noch aktiver die Politik der traditionellen militärischen Neutralität verfolgen, zur Entspannung beitragen und die Interessen Irlands in der EG entschlossener verteidigen. Weiter wolle er die internationale Unterstützung der Einstellung Dublins zum Nordirlandproblem erlangen.

SELTSAME „PRINZIPIEN“

Die japanische Regierung arbeite im Grunde ihren Erklärungen entgegen, den Vorschlag der Nichtanwendung von Kernwaffen zu unterstützen, schreibt „Asahi“. Japan wandte sich in der UNO gegen den Resolutionsentwurf über das Verbot der Anwendung von Kernwaffen. Tokios Vertreter stimmte gegen die Resolution zum Verbot der Neutronenwaffe. In Japan finden auch andere Vorschläge und Initiativen zur Abrüstung keine Unterstützung.

Als Ursache dafür nannte Ministerpräsident Suzuki, laut „Asahi“, politische Erwägungen über die Länder, die diese Resolutionen eingebracht haben. Für Tokio ist also nicht wichtig, was vorgeschlagen wurde, sondern von wem. Da die Abrüstungsinitiativen von der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern ausgehen, stimmt Tokio, das sich streng an Washington hält, automatisch dagegen.

Derartige „Prinzipien“ von Politikern eines Landes, das die Schrecken eines Atombombenabwurfs kennt, wirken doch etwas seltsam. Um so mehr als ja-

panische Politiker auf Kundgebungen zu Ehren der Opfer von Hiroshima und Nagasaki immer wieder schwören, alles unternehmen zu wollen, um die nukleare Bedrohung von der Menschheit abzuwenden.

Doch man ist nicht nur gegen konkrete Maßnahmen zur nuklearen Abrüstung, man versucht auch, den Kampf fortschrittlicher japanischer Organisationen für den Frieden zu behindern. Die Führung der Liberaldemokratischen Partei setzte in ihren Grundorganisationsen ein Schreiben in Umlauf, in dem gefordert wird, aufmerksam die Antikriegsbewegung im Lande zu verfolgen. Die LDP-Führer meinen, die Gefahr gehe nicht von den Kernwaffen aus, die die USA auf japanischem Boden stationieren wollen, sondern von jenen, die gegen Kernwaffen gerichtete Erklärungen beschließen.

L. MLETSCHIN



FESTGEFAHREN

Ein Druck auf den Anlasser, Gang einlegen, ein leichter Druck aufs Gaspedal und ... der Karren rührt sich nicht. Woran liegt's denn! Die britische Regierungschefin Thatcher, eine sehr resolute Dame, glaubt, nur ihre Regierungsmethoden führten die Engländer ins Paradies. Und sie will keineswegs auf halbem Wege stoppen und ihre Politik ändern. Nicht umsonst hat man sie „Tina“ getauft, nach ihrem

Lieblingssatz: „There is no alternative“. Aber der Wagen, der rollt nicht.

Wirtschaftsexperten, Gewerkschaften und Geschäftskreise versuchen, man müsse anders schaffen. Doch die Lady am Steuer duldet einfach kein Mißfallen. „Aufrührer“ werden geschäftet. Wie z. B. der ehemalige stellvertretende Außenminister Jan Gilmour. „Man hat mich verjagt, weil ich mit der Wirtschaftspolitik der Regierung nicht übereinstimme“, erklärte der führende Konservative.

Doch die Thatcher latscht aufs Pedal und rückt am Schalthebel. Und auf geht's ... mit der Arbeitslosigkeit bis zur Dreimillionenmarke. Im Handumdrehen fallieren Firmen und Betriebe. Die Dame Thatcher aber verspricht immerzu die Fahrt ins Glück. Bloß gegenwärtig sei man ein bißchen festgefahren.

D. POGORSHELSKI

Foto aus: „Der Spiegel“ (BRD)

WER WILL DAFÜR SCHON STERBEN?

Der südafrikanische Baptist Michael Viveiros wird bis ins hohe Alter im Gefängnis sitzen müssen. Er hatte in diesem Jahr das Einberufungsalter erreicht,

weigerte sich aber aus religiösen und ethischen Gründen, den Wehrdienst anzutreten. Nun sitzt er dafür 18 Monate in einer Johannesburg-Strafanstalt. Danach

HOLLYWOODTRICKS

Bei den Dreharbeiten zu dem Schinken „Das Tor zur Ewigkeit“ mußte ein Stuntman mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert werden. Er wurde ein Opfer der „realistischen“ Vorführung von Morden, Grausamkeit und Sadismus.

Dieser Art US-Produktion überschwemmt die Leinwände der EG-Länder. Bekümmert äußerten sich darüber die Diskussionsredner in der Kommission für Kultur und Jugend des Europa-Parlaments, die Anfang März in Brüssel tagte. Der Bericht der Kommission nennt folgende Zahlen: USA-Filmimporte machen 92% auf dem britischen Verleihmarkt, 80% auf dem holländischen, 70% auf dem griechischen und 50% auf dem bundesdeutschen aus.



Die größten Filmtheater in Haupt- und Großstädten Westeuropas sind US-Eigentum. Wenn Hollywood mal einen mehr oder minder anständigen Streifen herausbringt, wird ein ungeheurer Werberummel um ihn entfesselt, aber verkauft wird er den Europäern gewöhnlich nur als Lokomotive für ein

paar Schnulzen. Die gleiche Methode gilt auch fürs Fernsehen, wo Filme westeuropäischer Produzenten sich ebenso schwer durchsetzen wie im Verleih.

Die Folgen dieses Drucks aus Hollywood auf den europäischen Filmmarkt sind erschütternd. Die EG-Länder kostet der Import von US-Filmen jährlich mehrere Millionen Dollar. Doch es geht nicht nur ums Geld. Die Supermen und Scheusale von der Art des „Helden“ auf dem Foto leeren nicht nur die Kassen der westeuropäischen Lichtspielhäuser, sondern auch die Hirne der Zuschauer, von denen 75% Jugendliche sind.

L. SMIRNOWA

Foto aus: „UZ“ (BRD)

IA N ULSTER

US-Außenministerium und Pentagon bemühen sich schon jahrelang, Irland in die NATO zu kriegen. Darüber sprach unlängst in Belfast (Nordirland) ein angesehener Politiker Ulsters, der Chef der offiziellen Unionistischen Partei, James Molino. Eine Sensation ist das eigentlich nicht.

Sensationell ist etwas anderes: Molino zufolge agiert in Ulster eine CIA-Mannschaft, die die Tätigkeit der örtlichen paramilitärischen Organisationen lenkt, um die Republik Irland in die

NATO zu pressen. Molino teilte mit, er verfüge über Beweisdokumente für diese unwürdige Rolle des US-Außenministeriums und des Pentagon. Man kann es kaum als bloßen Zufall hinnehmen, daß bekannte Politiker beiderseits der Grenze des britischen Ulster und der Republik Irland gerade dann ermordet werden, wenn bedeutende politische Fragen in den Vordergrund rücken, betonte Molino.

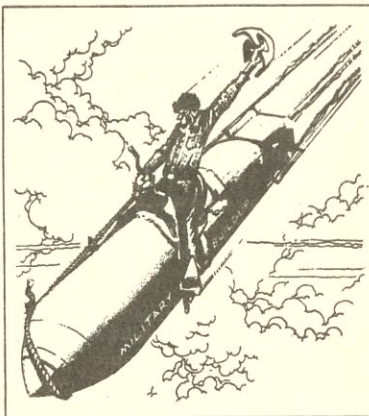
In Langley aber schweigt man sich aus.

I. TITOW
Eigenbericht

London

RAKETENRODEO

An einem Märztag wurden Journalisten zu einer Pressekonferenz ins Pentagon zitiert. Detailliert wurde ihnen erläutert, wie die Sowjetunion mit zwei oder drei gezielten Schlägen das US-Nachrichtensystem vollständig lähmen, das US-Oberkom-



mando ausschalten und ihm die Möglichkeit zu einem Gegen-schlag nehmen kann.

Wozu müssen das die Journalisten wissen?

Ganz einfach: Das Pentagon will Bewilligungen zur Modernisierung der militärischen Nachrichtentechnik durchsetzen. Um den Kongreß davon zu überzeugen, plaudert man wieder aus der Schule. Um so mehr, als 20 Milliarden auf dem Spiel stehen, die sonst womöglich noch der Arbeitslosenunterstützung zufließen könnten.

Welche Gefahren die ständigen militaristischen Ambitionen des Weißen Hauses bergen, zeigt die Karikatur aus der „Los Angeles Times“, die das Wettrüsten mit einem Rodeo vergleicht. Wenn aber ein Cowboy auf einem ungezähmten Pferd nur seinen eigenen Hals riskiert, kann er mit der gesattelten Rakete die ganze Welt umbringen.

N. SHOLKWER

wird er wieder einberufen und, wenn er die Uniform nicht anzieht, erneut hinter Gitter gebracht.

Michael Viveiros ist einer von 12 jungen Südafrikanern, die wegen Wehrdienstverweigerung eingesperrt wurden. Sie werden grausam behandelt, geschlagen, gefoltert und bis zum Nervenschock getrieben. Nach Angaben des in London vom Südafrikanischen Komitee für Kriegsdienstverweigerer herausgegebenen Journals „Resister“ sind mehrere Tausende infolge „systematischer Grausamkeiten“ umgekommen.

Deshalb ist es verständlich, daß mehr als 1000 junge Südafrikaner vor der Mobilisierung in den letzten Jahren nach Europa, Amerika und Australien emigrieren und sich aktiv dem Kampf gegen die Apartheid anschließen. „Resister“ bringt die Äußerung eines 24jährigen Südafrikaners, der in Australien um politisches Asyl bat. „Das grausame, totalitäre und unmoralische“ Regierungssystem in der RSA erfordere, wie er sagt, von jedem Südafrikaner, aus allen Kräften Widerstand gegen die Apartheid zu leisten“.

Die sich häufenden Fälle von Wehrdienstverweigerung sind ein neuer Beweis für die Krise des Rassistenregimes. Wer will schon für die Apartheid sterben?

B. ASSOJAN

„NEUE ZEIT“ 14.82

EINFACH KEINE LUST

Operation „Shamrock“. Cheforganisator und -ausführer: die Nationale Sicherheitsagentur (NSA). Helfer: FBI und CIA. Zweck: Abfangen aller Telegramme amerikanischer Privatfirmen.

Operation „Minaret“. Chef und Ausführer: CIA und FBI. Aufgabe: Abhören von Telefongesprächen.

Untersuchungen haben dutzende Bereiche der illegalen Tätigkeit von CIA, FBI und NSA ergeben. Die Geheimdienste haben eindeutig Punkte des Gesetzes über Fern-

meldewesen von 1934, verfassungsmäßige Rechte der Amerikaner verletzt.

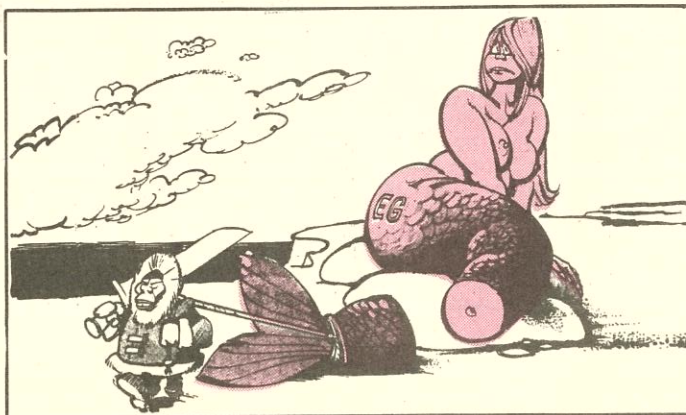
Diese Angaben enthält ein Bericht, den das US-Justizministerium bereits in den Jahren 1976—1977 anfertigte. Die Juristen übergaben diese Informationen damals einem begrenzten Personenkreis, der dem Weißen Haus nahestand. Dort wurde der Bericht nach einiger Überlegung ins Geheimtresor verbannt.

Die „New York Times“ meldet, vor kurzem sei er nun freigegeben worden. Ronald

Reagan allerdings erklärte schnell, irrtümlicherweise. Der Präsident verlangte sogar das sofortige Einziehen der Dokumente.

In Washington haben die Schlußfolgerungen des Berichts offenbar ungute Gefühle ausgelöst. Sein Resümee lautet nämlich: Obwohl die Verletzung grundlegender Verfassungsrechte, bewußt oder unbewußt, nicht gerechtfertigt werden kann, sei eine gerichtliche Verfolgung der Rechtsverletzer unzweckmäßig. Und zwar, weil die Geschworenen einfach keine Lust hätten, sie zu verurteilen.

G. SIDOROWA



SCHEIDUNG

AUF GRÖNLÄNDISCH

So sieht der Karikaturist der bundesdeutschen „Tagesschau“ den grönländischen Beschluß, aus der EG auszutreten.

FESTES BÜNDNIS FREIER REPUBLIKEN

Pawel JULAGIN

Im bunten Mosaik der Nationen und Länder, Sitten und Gebräuche, Traditionen, Kulturen und Sprachen ist die Sowjetunion eine einzigartige Gemeinschaft. Es handelt sich nicht nur darum, daß sie territorial der größte Staat der Erde und von mehr als 100 Nationen und Völkern bewohnt ist, sondern auch darum, daß sie eine beispiellose Festigkeit und Dynamik aufweist.

„Zwischen den Völkern könnte es niemals einen Antagonismus geben, wenn jedes seine wahren Interessen verstünde“, schrieb Fjodor Dostojewski. Aber die gesellschaftlichen Verhältnisse, die auf der Ausbeutung der Mehrheit durch eine privilegierte Minderheit fußen, bringen Tausende von Gründen für Mißverstehen, für die gegenseitige Entfremdung der Völker hervor. Im Bewußtsein vieler von ihnen haben sich nationale Vorurteile und Mißtrauen verankert, zumal all das von den herrschenden Klassen geschürt wird.

Schauen wir kurz zurück. Kleine Nationen, die es zum starken russischen Volk hinzog und die in der Freundschaft mit ihm Schutz und Unterstützung suchten, wurden, sobald sie dem zaristischen Rußland angehörten, rücksichtslos von den Gutsherren und Kapitalisten ausgebeutet. Der Zarismus hatte Angst vor der Zusammenarbeit der Werktätigen verschiedener Nationalitäten, vernichtete ihre gegenseitige Sympathie in Pogromen und Metzeleien, hetzte gegen die „Fremdstämmigen“, beschnitt ihre Rechte und kultivierte den großrussischen Chauvinismus schlimmster Art.

Die Oktoberrevolution zerschlug die Ketten der nationalen und sozialen Unterdrückung und erhob alle Völker des Landes zu selbständigem historischem Schaffen. Die Sowjetmacht setzte der Politik von Feindschaft und Mißtrauen zwischen den Nationalitäten ein Ende und verkündete die Prinzipien eines freiwilligen und ehrlichen Bündnisses, die Gleichheit und Souveränität der Völker, ihr Recht auf freie Selbstbestimmung bis zur Lostrennung und zur Bildung eines selbständigen Staates. Sie proklamierte die freie Entwicklung aller nationalen Minderheiten und ethnischen Gruppen und hob alle Privilegien und Beschränkungen nach dem Merkmal der Nationalität auf.

Bürgerliche Ideologen interpretieren die Prozesse im multinationalen Sowjetstaat falsch und können daher die Gründe für die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den großen und den kleinen Nationen, die Fürsorge für die kleinen Völkern nicht erklären. Die Marxisten aber maßen der mengenmäßigen Charakteristik einer Nation niemals grundsätzliche Bedeutung bei. Nach ihrer Auffassung ist jede

Nation von gleicher Wichtigkeit für die Zivilisation. Es gibt keine Besonderheiten, die nur einem einzigen Volk, einer einzigen Nation, einem einzigen Land eigen wären. Die Eigenart liegt, wie der bekannte sowjetische Linguist Akademiker Dmitri Lichatschow schreibt, in der Kombination, der einmaligen Verästelung von Nationalem und Gesamtnationalem.

Heute hat sich eine neue historische Menschengemeinschaft — das Sowjetvolk — herausgebildet. Im Beschluß des ZK der KPdSU „Über den 60. Jahrestag der Gründung der UdSSR“ heißt es: „Diese Gemeinschaft beruht auf den unzertrennlichen historischen Wegen der Sowjetbürger, auf tiefgehenden objektiven Veränderungen materieller und geistiger Art, auf dem unverbrüchlichen Bündnis der Arbeiterklasse, der Bauernschaft und der Intelligenz. Sie ist ein Resultat der zunehmenden Internationalisierung unseres wirtschaftlichen und gesamten gesellschaftlichen Lebens, ein Ergebnis der Entwicklung der sozialistischen Nationen in unserem Lande, zwischen denen sich die Beziehungen der echten Gleichberechtigung, brüderlichen gegenseitigen Hilfe und Zusammenarbeit, der Achtung und des gegenseitigen Vertrauens herausgebildet haben.“

Dank der rationalen Verbindung nationaler und internationaler Interessen haben sowohl die einzelnen Nationen und Völkern als auch das Land als Ganzes einen großen Fortschritt erzielt.

Jene Unionsrepubliken, die früher zu den kolonialen Randgebieten Rußlands gehörten und in denen die feudalen Verhältnisse vorherrschten, stehen heute den Zentralgebieten des Landes kaum in etwas nach.

Ein Beispiel ist Usbekistan. Heute wird das industrielle Gepräge der Republik durch den Flugzeug- und Maschinenbau, die Hüttenindustrie, die Energetik, die Chemie, die Gas-, die Goldgewinnung und viele andere Zweige bestimmt. „Gerade deshalb, weil Sowjetusbekistan stets Schulter an Schulter, in unverbrüchlicher Einheit mit allen Brudervölkern der UdSSR schritt, konnte es so rasch die einstige Zurückgebliebenheit überwinden und zu einer allseitig entwickelten, gedeihenden Republik, einem der progressivsten Staaten des Ostens werden“, betonte Leonid Breschnew am 24. März bei der Festveranstaltung in Taschkent anläßlich der Auszeichnung der Usbekischen SSR mit dem Leninorden. Wie kennzeichnend ist es, daß sich Usbekistan gegenwärtig an der Realisierung des komplexen Entwicklungsprogramms für das Nichtschwarzerdegebiet (Russische Föderation) beteiligt!

Das einst sehr rückständige Ka-

sachstan ist seinem industriellen Entwicklungsniveau nach auf die vierte Stelle in der UdSSR gerückt und bildet heute ein wichtiges Revier der Kohle-, der Erdölgewinnung, der Chemie, der Leicht- und der Nahrungsmittelindustrie, ist die Hauptbasis der Buntmetallindustrie, ein Hauptproduzent von Getreide und tierischen Erzeugnissen. Vom Territorium dieser sich stürmisch entwickelnden Republik starten die sowjetischen Raumschiffe.

Die als Folge der wissenschaftlich-technischen Revolution eintretenden fortschrittlichen strukturellen Veränderungen im einheitlichen volkswirtschaftlichen Komplex machen die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Republiken immer enger und vielfältiger. Die Spezialisierung und Kooperation der Produktion vertieft sich, es erweitert sich die gemeinsame Erschließung von Naturreichtümern, die Produktivkräfte werden rationeller verteilt, Transportlinien und Verbundnetze entwickelt.

Voraussetzungen sind entstanden, um eine optimale Arbeitsteilung zu erreichen und die Errungenschaften der gesamten UdSSR-Wirtschaft wirksamer im Interesse jeder Republik zu nutzen. Vom Standpunkt der Effektivität der Arbeit ist es rationell, in jeder davon vorrangig Produktionszweige zu entwickeln, für die die günstigsten wirtschaftlichen, natürlichen und sozialen Bedingungen bestehen.

Der weiteren Entfaltung der brüderlichen Zusammenarbeit zwischen den Nationen der UdSSR dient die nationale und staatliche Einrichtung. Wie es in der Verfassung heißt, ist die UdSSR ein einheitlicher multinationaler Bundesstaat, der auf der Grundlage des Prinzips des sozialistischen Föderalismus als Ergebnis der freien Selbstbestimmung der Nationen und der freiwilligen Vereinigung gleichberechtigter sozialistischer Sowjetrepubliken gebildet wurde. Die UdSSR vereint 15 Unionsrepubliken, zu denen 20 Autonome Republiken, 8 Autonome Gebiete und 10 Autonome Bezirke gehören.

Alle Unionsrepubliken sind gleichberechtigt. Jede hat die gleichen Rechte und Pflichten und ist gleichermaßen in den obersten Organen der Union, im Nationalitätensowjet des Obersten Sowjets, in seinem Präsidium, im Ministerrat und im Obersten Gericht der UdSSR vertreten. Im gegenwärtigen Obersten Sowjet der UdSSR wirken Deputierte von 61 Nationalitäten. Die souveränen Rechte der Republiken werden durch die UdSSR geschützt und garantiert.

Zugleich erfordert die fortschreitende Annäherung der Nationen und Völkern der UdSSR naturgemäß die Festigung der staatlichen

Funktionen der Union. Die Tätigkeit der Unions- sowie der Unions- und Republikministerien und -verwaltungen wird erweitert und vervollkommen.

Im Sozialismus erleben die Sowjetrepubliken eine beispiellose kulturelle Blüte. Im ganzen Lande bestehen zahlreiche allgemeinbildende, Berufs-, Fach- und Hochschulen, Forschungsinstitute und Buchverlage; in hohen Auflagen erscheinen Zeitungen und Zeitschriften in der jeweiligen Muttersprache. Jede Unionsrepublik hat heute ihre Akademie der Wissenschaften. Alle sozialistischen Nationen verfügen jetzt über zahlreiche qualifizierte Arbeiter und landwirtschaftliche Fachkräfte, Wissenschaftler, Ingenieure, Künstler und Kader des Bildungswesens. Die Literatur, Musik, Bühnenkunst, Malerei und Architektur der Nationen haben ein hohes Niveau erlangt.

Heute werden im sowjetischen Mittelasien, z. B. in der Turkmenischen SSR, Opern und Ballette von Tschaikowski, Rimski-Korsakow, Borodin, Verdi, Puccini und anderen Klassikern der Weltkunst aufgeführt. Die Theater der Dagestanischen ASSR pflegen schöpferische Kontakte zu den belorussischen, georgischen, aserbaidshanischen Kollegen und zu den Bühnen Tatarsiens; auf ihrem Spielplan stehen Bühnenwerke von Dramatikern aus Armenien, Baschkirien, Usbekistan und der Ukraine. In den Theatern Jakutiens, Burjatiens, ASSR der Komi und den anderen nationalen Schauspielhäusern Rußlands machen die Theaterstücke der eigenen Dramatiker zwei Drittel des Repertoires aus.

Die nationalen Kulturen entwickeln sich nicht isoliert, sondern im engen Zusammenwirken miteinander, sie stimulieren und bereichern einander. Bei allen Unterschieden haben sie gemeinsame Züge, den gemeinsamen sozialistischen Gehalt. Auch das ist gesetzmäßig. Die wahre Liebe zur eigenen Kultur ist nicht vom Interesse für andere Kulturen und von der Liebe dazu zu trennen. Das seinerseits fördert die Erkenntnis der eigenen Kultur.

Jede sozialistische Nation nimmt das Beste aus den Kulturen der anderen Völker auf und verwandelt es in einen Bestandteil der nationalen Kultur. So entstanden in der usbekischen Literatur die Gattungen des Romans, der Erzählung, der Reportage, entwickelten sich das Ballett, die Oper, die sinfonische Musik, der Chor und der polyphonische Gesang sowie die Filmkunst, also Gattungen, die die Usbeken früher nicht kannten.

Wie der sowjetische Literaturforscher Juri Kusmenko hervorhebt, funktioniert die sowjetische Literatur heute in schöpferischer Hinsicht als eine organische Gemeinschaft der nationalen Literaturen, die in 76 Sprachen der Völker der UdSSR geschaffen werden. Die Literatur aller Regionen entwickelt sich relativ gleichmäßig, es kommt zu gegenseitiger Bereicherung großer und kleinerer, alter und junger Literaturen.

Besonders hervorgehoben sei die Sprachpolitik. Der Sozialismus gewährt allen Sprachen, ganz gleich, wie viele Menschen sie sprechen, gleiche Rechte und Möglichkeiten, und jede fördert die immer engeren Kontakte zwischen den einzelnen UdSSR-Völkern.

Historisch ist es so gekommen, daß die russische Nation, die beinahe die Hälfte der Landesbevölkerung ausmacht, in der Gemeinschaft der Republiken einen wichtigen Platz einnimmt. Die russischen Arbeiter, die mit den Werktätigen der anderen Nationalitäten eng verbunden sind, wurden natürlicherweise zur zementierenden Kraft des einheitlichen sozialistischen Staates. Die Russen werden in der UdSSR mit Recht als ältere Brüder angesehen. Der Erste Sekretär des ZK der KP Usbekistans Scharaf Raschidow sagte: „Die Völker der UdSSR haben sich in ihrem einheitlichen multinationalen Staat nicht nur deshalb um das große russische Volk zusammengeschlossen, weil es das zahlenmäßig stärkste Volk unseres Landes war und ist. Die herausragende Rolle des russischen Volkes in der Gemeinschaft der Brudervölker ist dadurch bestimmt, daß dieses Volk die Hauptlast im Kampf für den Fortschritt der Gesellschaft, für das Glück der Werktätigen trug, daß es ein Muster an uneigennütziger Hilfe für alle Brudervölker war und bleibt und den wichtigsten Beitrag zum kommunistischen Aufbau leistet.“

Die reiche, ausdrucksvolle russische Sprache ist heute die Sprache des Verkehrs zwischen allen Brudervölkern. Auf Russisch verständigen sich Esten und Kirgisen, Moldauer und Kasachen, Tataren und Karelrier miteinander. Dank der russischen Sprache partizipieren die Literaturen der Völkerschaften, die vor dem Sozialismus nicht einmal ein Schriftsystem besaßen, an der Weltkultur. Zugleich gewährte das Russische all unseren Völkern Zutritt zu den geistigen Reichtümern der weltweiten Zivilisation. Jeder Sowjetbürger hat die Möglichkeit, Russisch zu lernen. Heute beherrschen 82% der Einwohner der UdSSR diese Sprache.

Nicht von ungefähr wird die Rolle, die die russische Nation bei der Entwicklung des einheitlichen Sowjetvolkes spielt, von Feinden der UdSSR aller Schattierungen grob entstellt. Sie legen die Annäherung der sozialistischen Nationen mit Vorbedacht als gewaltsame Russifizierung aus. Hierbei werden allgemein bekannte Tatsachen ignoriert, wird der Beitrag der nationalen Kulturen zur gemeinsamen sowjetischen Kultur herabgesetzt und der Umstand vertuscht, daß die Russen den Erwerbungen der Brudervölker Achtung und Liebe entgegenbringen, daß u. a. neben der Verbreitung der russischen Sprache auch ein umgekehrter Prozeß im Gange ist: Russen lernen die Sprachen der anderen Republiken.

Selbstverständlich sind die nationalen Beziehungen im Sozialismus viel zu wichtig, viel zu eng mit den



anderen sozialen Prozessen verflochten, als daß sie sich selbst überlassen werden könnten. Deshalb widmen die Partei- und Staatsorgane ihnen stets große Beachtung. Der XXVI. Parteitag der KPdSU verwies erneut auf die Wichtigkeit einer zielbewußten Lösung der Fragen der Beziehungen zwischen den einzelnen Nationen der UdSSR. Die Partei unterstreicht, daß sie sich gegen die Tendenz zur künstlichen Verwischung der nationalen Besonderheiten wendet, deren künstliche Überbetonung jedoch als gleichermaßen unzulässig ansieht.

Die KPdSU, die führende und lenkende Kraft der Sowjetgesellschaft, das Kernstück ihres politischen Systems, spielt eine besondere Rolle auf diesem Gebiet. Die Partei, die Vertreter aller Nationalitäten zu einer einheitlichen aktiven Kraft vereint und fest zu den Prinzipien des Internationalismus in der Ideologie und Politik steht, ist der klarste Ausdruck und zugleich der machtvolle, unversiegbare Generator der Brüderlichkeit der Sowjetbürger.

Trotz der festen Einheit der Sowjetbürger wäre es falsch zu glauben, daß alle Fragen im Bereich der nationalen Beziehungen schon gelöst sind. Auch im entwickelten Sozialismus entstehen hier neue Probleme und Aufgaben. Die nationalistischen Vorurteile, eine übertriebene oder entstellte Äußerung der nationalen Gefühle sind sehr zahlreich, besonders wenn ihre Träger politisch unreif sind oder wenn die ideologische Erziehungsarbeit Mängel aufweist. Die Partei wendet sich unversöhnlich gegen beliebige Abweichungen von der Leninschen Nationalitätenpolitik in ihren eigenen Reihen und duldet keine Nachsicht in dieser Sphäre.

Die Zusammenarbeit der UdSSR-Völker ist von gewaltiger internationaler Bedeutung. Eine Gesellschaft, die die Freundschaft und Brüderlichkeit zwischen den sie bildenden Völkern proklamiert, muß sich konsequent für den Frieden und die internationale Zusammenarbeit einsetzen, das kann gar nicht anders sein. Die UdSSR ist das zuverlässige Bollwerk aller Kräfte, die um den nationalen und sozialen Fortschritt ringen und gegen die aggressive Politik des Imperialismus, die Politik der Entfremdung und Unterordnung der Völker, der Schürung der Feindschaft zwischen ihnen auftreten. Das bekräftigt eindrucksvoll die gesamte Geschichte des sozialistischen multinationalen Sowjetstaates.

DER ARIADNEFADEN

Von unserem Sonderberichterstatter
Sergej GOLJAKOW

Ja, die Ungarn verstehen etwas von gutem Essen. Die ungarische Küche ist weltberühmt — ob nun das Gulasch oder die Fischsuppe auf Szegeder Art, die in die Kochbücher vieler Länder eingegangen sind. Und für modische Diäten haben die Ungarn wenig übrig. Heute gibt eine ungarische Durchschnittsfamilie fast die Hälfte ihres Geldes für Lebensmittel aus. Von der Breite des Angebots und von den Preisen hängen weitgehend Stimmung und Selbstgefühl der Käufer ab.

Wer sich in Ungarn mit Nahrungsmittelproduktion und -handel befaßt, berücksichtigt das und tut alles, um den Verbraucher bei Stimmung zu halten. Die 131 Staatsgüter und ca. 1400 landwirtschaftlichen Genossenschaften weiten von Jahr zu Jahr ihre Produktion aus. Das durchschnittliche jährliche Wachstumstempo in den vergangenen fünf Jahren lag bei ca. 3,5%. Beim Prokopfverbrauch von Mais und Schweinefleisch nimmt Ungarn einen der ersten drei Plätze in der Welt ein. Die Prokopfproduktion von Getreide liegt nach dem Durchschnitt der letzten Jahre bei 1,3 t.

Die Erfolge der Werktätigen der ungarischen Landwirtschaft erlauben es, nicht nur den Landesbedarf zu decken, sondern auch einen Teil ihrer Produktion zu exportieren. Vor etwa 30 Jahren noch schien die Lage in der ungarischen Landwirtschaft hoffnungslos zu sein. Ihre Verluste in den Kriegsjahren waren fast doppelt so hoch wie das gesamte Nationaleinkommen aus der Agrarproduktion von 1938.

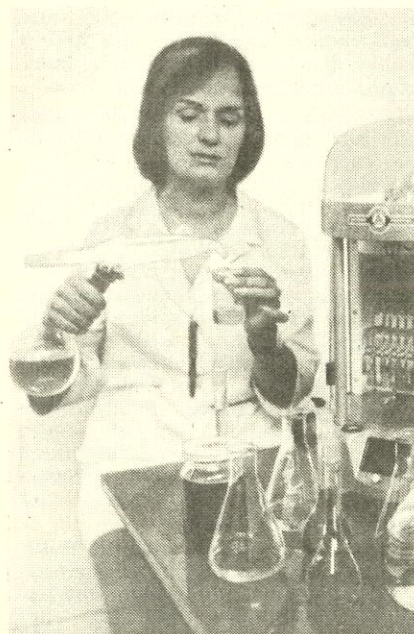
Wie nun wurde das wichtigste Volkswirtschaftsproblem gelöst?

Wichtigster Lieferant von Agrarprodukten sind die landwirtschaftlichen Genossenschaften. Auf sie entfallen fast drei Viertel der Agrarerzeugnisse des Landes. Eben sie gewährleisten die höchsten Raten bei Zuwachs, Verarbeitung und Absatz.

Im von der ungarischen Nationalversammlung verabschiedeten Genossenschaftsgesetz ist vom wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aspekt der Tätigkeit der Genossenschaften die Rede. Wirtschaftlich geht es um die Entwicklung und Steigerung der Produktion, um die Förderung zunehmenden Wohl-

stands der Genossenschaftsbauern, gesellschaftlich — um die Herausbildung einer sozialistischen Lebens- und Denkweise. Jede Genossenschaft, die Anerkennung und Unterstützung vom Staat erhält, führt nichtsdestoweniger ihre Wirtschaft selbständig, nach demokratisch gefaßten Beschlüssen. Die Genossenschaftsmitglieder nutzen die Ergebnisse ihrer Wirtschaftstätigkeit und teilen das mit ihr verbundene Risiko.

Pál Losonczi, Mitglied des Politbüros des ZK der USAP und Vorsitzender des Präsidiums der Ungarischen VR, sagte kürzlich in Budapest auf dem 4. Kongreß der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, daß die Genos-



Hier entstehen neue Erzeugnisse der Szilasmenti-Genossenschaftsbauern

senschaften in den vergangenen fünf Jahren erfolgreich ihren Beitrag zur Entwicklung der Landwirtschaft, zur Lebensmittelversorgung der Bevölkerung geleistet haben. Heute wird in der Ungarischen VR pro Hektar doppelt soviel erzeugt wie vor 20 Jahren. In diesem Zeitraum hat sich die Arbeitsproduktivität auf dem Lande fast vervierfacht. Die Tätigkeit der Genossenschaften hat die verdiente Ach-

tung der ganzen ungarischen Gesellschaft. Sie fand die Aufmerksamkeit auch ausländischer Spezialisten, insbesondere aus den Entwicklungsländern. In den letzten Jahren machten sich Vertreter des Iraks, Benins, Sudans und einiger anderer Länder mit den Erfahrungen der ungarischen Genossenschaftsbauern bekannt.

Der Anfang

Ob ich mich in der landwirtschaftlichen Materie — Hektare, Viehbestand, Aussaat, Ernte, Dünger, Mechanisierung usw. — zurechtfinden würde? Doch die Kollegen von der Zeitschrift „Magyarország“ rieten mir eindringlich zu fahren, ich würde es nicht bereuen. Und das tat ich dann auch nicht — vielleicht, weil mich das Schicksal mit Ferenc Fábián, dem stellvertretenden Vorsitzenden der Genossenschaft Szilasmenti unweit von Budapest zusammenführte, der buchstäblich in einer Stunde alle meine Zweifel ausräumte. Er führte mich sozusagen mit dem Ariadnefaden aus dem Labyrinth meiner Vorurteile in eine Welt unerwarteter Entdeckungen. Die ungarische Genossenschaftsbewegung ist fürwahr so interessant und lehrreich.

Womit sie begann? Natürlich mit dem April 1945, mit der Befreiung vom faschistischen Joch durch die Sowjetarmee. Eine der ersten Maßnahmen der neuen Volksmacht war die Bodenreform. Der jahrhundertalte Traum des Bauern von der eigenen Scholle wurde Wirklichkeit. 650 000 landlose Bauern und Landarbeiter erhielten praktisch kostenlos ihre Parzelle. Eine Familie bekam durchschnittlich drei Hektar. Ausgehend von dieser Form des privaten Landbesitzes mit kleiner Warenproduktion, basierend auf der persönlichen Arbeit der Parzellenbesitzer, begann in Ungarn der Übergang von der Einzelwirtschaft zur sozialistischen Genossenschaft.

In den schweren Nachkriegsjahren herrschte überall Not. Es mangelte an Zugtieren und Maschinen, an Treibstoff und Saatgut. Wirtschaftsgebäude waren zerstört, und um das Elend zu überwinden, begannen sich die Menschen zu Genossenschaften zusammenzuschließen. Der Boden blieb weiterhin in Privatbesitz, und nur einzelne Arbeiten wurden gemeinsam ausgeführt. Diese Genossenschaften waren der Vorläufer der künftigen landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften.

Der Anfang war schwer. In den Archiven werden Dokumente jener

Jahre aufbewahrt: Protokolle von Gründungsversammlungen von Genossenschaften, wegen Papiermangels auf der Rückseite von Plakaten und auf Einwickelpapier mit einfachem Bleistift geschrieben. Hier das im September 1948 in Tiszaeszlár verfaßte Protokoll: „Die Genossenschaft hat 11 Mitglieder. 6 haben die Genossenschaft gegründet. 5 haben sich später angeschlossen. Die Genossenschaftsmitglieder erörtern alles gemeinsam. Alle Arbeit führen sie gemeinsam aus. Die Ernte teilen sie zu gleichen Teilen. Ein Fünftel legen sie als Reserve zurück. An den Sonntagen führen sie Versammlungen durch. Sie achten darauf, daß jeder die gleiche Zeit arbeitet. Kühe und Inventar haben sie in den gemeinsamen Fonds eingebracht. Die Genossenschaft hat 79 Hektar. Davon sind 60 ha Ackerland.“

„So ähnlich war es auch bei uns“, sagte Ferenc Fábán.

„Als wir 1978 den 30. Jahrestag unserer Genossenschaft begingen, erinnerten sich die Menschen oft an jene ersten schweren Tage. Die Gegend hier ist hügelig, abschüssig, der Boden nicht sehr fruchtbar. Selbst wenn man sich abrackert, erhält man keine gute Ernte. Noch vor etwa zehn Jahren gingen viele Ein-

wohner fort, um anderswo einen festen Verdienst zu finden.

Heute aber gehört die landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft am Ufer des Szilas (daher auch der Name) zu den prosperierendsten des Landes. 1981 wurde hier für fast 900 Mio Forint produziert, und der Reingewinn machte ca. 90 Mio Forint aus.

Für jeden von Vorteil

Die Haupterzeugnisse der Genossenschaftsbauern von Szilasmenti sind allerdings etwas ungewöhnlich. Anfang der 70er Jahre, nach langen Überlegungen, vielen Experimenten und Konsultationen mit Wissenschaftlern und Agronomen wurde eine fürwahr glückliche Entdeckung gemacht: Auf den hiesigen für traditionelle Kulturen wenig geeigneten Böden gedeihen Heilkräuter und ätherreiche Pflanzen vorzüglich. So entdeckte die Genossenschaft ihr Profil. Fast die Hälfte der 4000 Hektar Ackerland wurden mit Kamille, Minze, Pfefferkraut, Salbei und anderen aromatischen Kräutern bepflanzt.

Doch ließ sich diese Erwerbsquelle nicht so einfach erschließen. Dafür war nicht nur die Initiative ihrer

Leiter erforderlich. Viele wichtige sozialökonomische Veränderungen hatten sich zu vollziehen. Man mußte sich von manchen Methoden der Agrarpolitik, die sich nicht bewährten, trennen. Nötig waren Mittel, über die der Staat, der das Schwerk Gewicht auf die Entwicklung der Industrie legte, früher nicht verfügte. Nötig war ein Verzicht auf Anweisungen vom Schreibtisch, als den landwirtschaftlichen Betrieben vorgeschrieben wurde, was und wie sie produzieren sollten, oft ohne Berücksichtigung der tatsächlichen Gegebenheiten. Schließlich waren die Erfahrungen der Jahre des Genossenschaftsaufbaus nötig, die fürwahr revolutionäre Veränderung im Bewußtsein der Bauernschaft, die sie inspirierenden Parteibeschlüsse, die Initiative, Fähigkeit zu wirtschaften und das Interesse der Werktätigen, an den Ergebnissen ihrer Tätigkeit. Eine solche Arbeit wurde konsequent von der USAP geleistet, und die Ergebnisse ließen nicht auf sich warten. Die Geschichte der Szilasmenti macht das deutlich.

Der große Stolz der Genossenschaft sind die Verarbeitungsbetriebe, wo der aromatische Rohstoff marktgerecht zubereitet und ver-

ITALIENER ÜBER DIE HALTUNG DER IKP-FÜHRUNG

(Aus unserer Leserpost)

In letzter Zeit erhält unsere Redaktion besonders viele Briefe italienischer Leser. Das zeugt von deren kritischer Einstellung gegenüber Erklärungen der IKP-Führung zur Politik der KPdSU und des Sowjetstaates, zu den Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus in der UdSSR und den anderen Ländern der sozialistischen Gemeinschaft.

„Ich bin Mitglied der IKP, in der ich aktiv mitarbeite“, schreibt **Dario Marini aus Padua**. Mit aller Offenheit muß ich sagen, daß ich über die offizielle Haltung der führenden Organe der Partei empört bin. Ich denke an die Äußerungen über die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder in einigen Dokumenten wie dem Referat Romano Leddas auf dem gemeinsamen Plenum des Zentralkomitees und der Zentralen Kontrollkommission der IKP im Oktober 1981, die Resolution des Sekretariats vom 30. Dezember 1981 und Enrico Berlinguers Bericht auf dem Plenum des ZK am 11. Januar 1982. Ich bin davon überzeugt, daß die schwere

Krise in der PVAP keineswegs die Bedeutung der Erfolge schmälert, die die sozialistischen Länder bei der Befreiung von Millionen und Abermillionen Menschen aus Armut und Unwissenheit errungen haben. Viele Genossen teilen diese Meinung.“

Und das teilt **Dario Pagani aus Piacenza** in seinem Brief mit: „In die Diskussion zu treten, die mit der Veröffentlichung der Resolution der IKP-Führung zu den Ereignissen in Polen begann, scheint mir als Parteimitglied mehr als notwendig zu sein. Das ist meine Pflicht. Alles begann mit den Ereignissen in Polen und ging bis zu der konkreten Haltung der IKP-Führung zu den Begriffen „Sozialismus“, „Staat“ und „internationale Beziehungen“. Zu behaupten, wie das in der Resolution der Führung getan wird, die Konzeption des Sozialismus müsse mit der Konzeption der Demokratie, unter der eine bürgerliche Demokratie verstanden wird, verbunden werden, scheint mir unter dem Aspekt der Terminologie

völlig unangebracht und unter dem der Ideologie falsch zu sein. Eine solche Konzeption der Demokratie ist unvereinbar mit der marxistischen Konzeption des Staates. Ich bin davon überzeugt, daß breite Diskussionen in der Partei zu diesen Fragen notwendig sind, damit es nicht zu einer Spaltung zwischen den einfachen IKP-Mitgliedern und der Führung bei angeblich bestehender Einmütigkeit kommt.“

„Ich bin mit der Haltung der IKP-Führung zu den polnischen Ereignissen nicht einverstanden. Mich erstaunt die offene Unterstützung für die ‚Solidarność‘, die sich für den Sturz der sozialistischen Ordnung und die Errichtung eines Regimes nach westlichem Muster einsetzte“, schreibt **Marco Del Pasqua aus Montevarchi**. „Die IKP-Führung sollte aus dem italienischen Beispiel wissen, welches negative Erscheinungsformen ein Gesellschaftssystem hat, das nie die Interessen der Arbeiterklasse verteidigen wird, wie das der Sozialismus tut. Ich teile die Ansichten Berlinguers nicht, der meint, die treibende Kraft der Oktoberrevolution sei erlahmt. Den sozialistischen Ländern, die den Weg des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts gehen, ist es gelungen, Probleme

packt wird. Nein, es waren nicht Pakete mit getrockneten Kräutern, die ich zu sehen bekam. Im ersten Gebäude mit seinen sterilen Kacheln befindet sich ein modernes Chemielabor mit komplizierten Apparaten, das viele Tonnen des grünen Rohstoffes in wenige Liter Essenzen und Öle verarbeitet. Abteilung um Abteilung folgen weitere technologische Arbeitsprozesse. Und dann das Endprodukt: verschiedene Präparate in ansprechender, moderner Verpackung. Natürlich haben all diese höchst modern ausgerüsteten Abteilungen große Summen verschlungen. Ohne staatliche Unterstützung wäre das nicht zu schaffen gewesen. So erhielt man die erforderlichen Kredite und Maschinen zu günstigen Bedingungen...

Eine eigene Verarbeitungsbasis ist vor allem für die ungarischen Genossenschaften charakteristisch. Die meisten von ihnen haben Betriebe zur Verarbeitung von Geflügel, Milch, Obst und Gemüse. Sie erbringen bis zu 30% der Gesamteinnahmen der Genossenschaft und helfen, den Bevölkerungsbedarf zu decken. Außerdem wird so eine gleichmäßigere Beschäftigung der Genossenschaftsmitglieder über das ganze Jahr sichergestellt.

Viele Genossenschaften befassen sich ferner mit der Verarbeitung von Holz, führen im Auftrag von Betrieben Montage-, Reparatur- und prophylaktische Arbeiten aus, besitzen eigene Baubrigaden. All diese Tätigkeitsbereiche finden sich auch in der Genossenschaft Szilamenti. Dort montiert man kleine Verstärker für TV-Außenantennen und stellt Möbel her. Aus dem hiesigen Steinbruch wird in kleinerem Umfang Marmorsplitt für das Bauwesen gewonnen. Die Genossenschaft hat auch ihre eigenen Bauleute, die Wirtschaftsgebäude sowie Wohnraum für Genossenschaftsmitglieder und die Bevölkerung umliegender Dörfer errichtet.

„Wir jagen weniger Nebenverdiensten nach, obgleich diese keineswegs überflüssig sind, sondern wollen vielmehr keine Vergeudung von Arbeitsressourcen“, erklärte mir Ferenc Fábián. „Wenn die Menschen Zeit haben und ganz in der Nähe eine große Stadt ist, warum sollten wir dann nicht z. B. eine Wohnungsputzbrigade organisieren. Die zusätzlichen Mittel, die so in die Genossenschaftskasse gehen, können steigende Produktionskosten für die wichtigsten Erzeugnisse decken. Einfachstes Beispiel sind

die Treibhäuser. Die Strom- und Brennstoffpreise sind in den letzten Jahren spürbar gestiegen. Ein Büschel Frühladieschen oder einen Salatkopf zu gepfefferten Preisen anzubieten, wäre ein schlechter Ausweg.

Ein besonderes Thema sind die Hof- und Nebengewirtschaften. Der Unterschied zwischen ihnen ist folgender: Eine Genossenschaft stellt ihren Mitgliedern Land für eine Hofwirtschaft dann zur Verfügung, wenn diese tüchtig arbeiten und die festgelegte Arbeitszeitnorm erfüllen (2500 Stunden jährlich für Männer und 1500 Stunden für Frauen). Eine solche Hofwirtschaft darf nicht größer als 0,6 ha sein.

Zu den Nebengewirtschaften hingegen gehören Parzellen und Wirtschaftsbauten, die Nichtgenossenschaftsmitgliedern gehören. Das können Grundstücke bei Sommer- oder Privathäusern sein, Kleingärtnervereinigungen usw.

Die Gesamtfläche beider Wirtschaftstypen beträgt in ganz Ungarn 776 000 ha. Über 80% davon sind ungeeignet für Großwirtschaften. Nichtsdestoweniger wird heute gerade dort bis zu einem Drittel der ge-

me zu lösen wie Arbeitslosigkeit, Inflation und Terrorismus, während die kapitalistischen Länder eine schwere Krise durchmachen. Die treibende Kraft der Revolution hat sich keineswegs erschöpft. Es wäre nicht schlecht, wenn die IKP-Führung erneut gründlich über die Ereignisse in Polen nachdenken und keine Anlässe zur Verstärkung der antikommunistischen Kampagne der bürgerlichen italienischen Massenmedien geben würde.“

Alberto Rinaldi aus Modena bekundet in seinem Brief Zustimmung zu E. Frjansins Beitrag „Kommunisten und der Frieden“ (Heft 47/1981). Der Artikel befaßte sich mit dem Referat R. Leddas, des Direktors des IKP-Zentrums zum Studium der internationalen Politik. A. Rinaldi meint, die Verantwortung für die Zuspitzung der Weltlage zwischen den beiden „Supermächten gleich aufzuteilen“ bedeute die Wirklichkeit zu verzerren.

Italo Cocci aus Ascoli Piceno teilt mit, er sei der gleichen Meinung wie der Verfasser des Artikels „Kommunisten und der Frieden“ zu R. Leddas Referat, in dem, wie I. Cocci meint, eine unrichtige Definition der Klassen und eine keineswegs

marxistisch-leninistische Interpretation der Weltfragen gegeben wird.

„Herz und Verstand empören sich, wenn man sieht, wie die Führung unserer Partei Ziele setzt, die weit von den historischen Traditionen der IKP entfernt sind“, schreibt uns eine **Gruppe Kommunisten aus Modena**. „Wohin uns solche Ziele führen werden, ist uns schwer zu erraten. In einer Lage, wo man Italien in eine Startrampe für US-Raketen verwandelt und die Verehrung des ‚wilden Westens‘ frommelt, wird die Haltung der IKP-Führung besonders schädlich. Doch möge sie nicht hoffen, sie könne auch uns dazu bringen, die Freundschaftsbände mit dem Sowjetvolk zu lösen sowie unsere Hochachtung und Begeisterung für dessen Führung aufzugeben, die beharrlich und konsequent eine Politik des Friedens im Geiste des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus verfolgt.“

„Ich kann einer so feindseligen Kritik an einem Land, in dem die große und ruhmreiche Oktoberrevolution stattfand, nicht zustimmen“, schreibt **Fiorantino Peaquin aus Aosta**.

In **Celestino Mannis Brief aus Modena** heißt es: „35 Jahre habe ich für die Sache des Proletariats gekämpft. Ich

kann mich nicht damit abfinden, daß Politikaster der IKP-Führung die KPdSU und die UdSSR auf die gleiche Stufe stellen wie die imperialistischen Banditen unter Reagan. Das ist ein unverzeihlicher Fehler. Die USA verfolgen schon seit langem eine abenteuerliche, expansionistische Politik gegenüber den Schwächeren. Offenbar bemerken Piccoli, Pietro Longo, Craxi und jetzt auch Berlinguer das nicht oder tun zumindest so. Wir lassen uns nicht betrügen, unsere Position ist unerschütterlich. Die Massen sind auf dem richtigen Weg, die Führung aber sollte ihre Positionen revidieren.“

„Ich billige den Artikel ‚Entgegen den Interessen von Frieden und Sozialismus‘ in der ‚Prawda‘ vom 24. Januar“, schreibt **Mario Alborghetti aus Bergamo**, „denn schon seit langem vertrat ich die dort geäußerte Meinung. Ich verurteile die Abkehr der IKP-Führung von der kommunistischen Ideologie, vom Marxismus-Leninismus. Diese Abkehr bringt der Arbeiterklasse und der revolutionären Bewegung großen Schaden. Es lebe die KPdSU! Es lebe die italienischen und die sowjetischen Kommunisten!“

samten Agrarproduktion des Landes erzeugt. Sie geben 42% der Milch, 60% des Schweinefleisches sowie 70–80% von Obst und Beeren. Natürlich spielen die Kleinbetriebe keine Rolle bei der Erzeugung von Getreide, groben Futtermitteln, Zuckerrüben oder anderen investitionsintensiven Arten der Warenproduktion. In den Privatwirtschaften werden Zwiebeln, Pfeffer, Gurken usw. angebaut, Rinder, Schweine, Geflügel und Kaninchen gehalten. In der Regel also das, was viel Zeit und Arbeit verlangt. Wie die ungarischen Erfahrungen zeigen, hängt der Erfolg vor allem von vielseitiger Hilfe seitens der Genossenschaften ab. Sie versorgen die Kleinbetriebe mit Samen, Zuchtvieh, Futter und führen maschinelle Arbeiten aus. Sie übernehmen ebenfalls auf Grundlage von Langzeitkontrakten den Absatz.

„Die enge Zusammenarbeit mit den Kleinerzeugern erlaubt diesen“, sagt mein Gesprächspartner, „das Brachland und alte Wirtschaftsgebäude zu nutzen, in denen in ganz Ungarn über eine Million Rinder gehalten werden können, sowie schließlich die Familienmitglieder, auch Kinder und alte Leute, in den Arbeitspozeß einzubeziehen.“

Doch der entscheidende Faktor hierbei bleibt die Hilfe der Genossenschaft für die Nebengewirtschaften. Im Vorstand der Szilasmenti gibt es eine Gruppe von Genossenschaftsmitgliedern, die den Kleinwirtschaften die verschiedenste landwirtschaftliche, veterinäre und andere Hilfe leisten. Und nicht die Nebengewirtschaften, sondern die Genossenschaft bringt die Haupteinkommen. Die Arbeitsproduktivität ist in einem Großbetrieb natürlich höher als in einer Kleinwirtschaft.

Einen ganzen Tag lang hielt ich mich in der Szilasmenti-Genossenschaft auf. Zusammen mit meinem Gesprächspartner besuchte ich das Kulturhaus, aß in der Genossenschaftskantine und schaute bei den modernen „Alchimisten“ vorbei. Die hiesigen Erzeugnisse werden im ganzen Lande nur hier produziert!

Die schöpferische Suche nach neuen Lösungen, hohe Verantwortung und Initiative — dafür eröffnet die Volksmacht alle Möglichkeiten — sind für die ungarische Genossenschaftsbewegung das Wichtigste.

Budapest—Moskau

MIT ZWEIERLEI MASS

Boris SARIZKI

Heute fokussiert sich jede Diskussion über die Perspektiven der Ost-West-Beziehungen so oder anders auf ein zentrales Problem: das militärische Kräfteverhältnis. Das ist wohl logisch. Letzten Endes wurden die politische Entspannung und die ersten ernstesten Verhandlungen über die Begrenzung der Rüstungen erst möglich, nachdem die UdSSR die nukleare Überlegenheit der USA überwunden hatte und nachdem sich Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre ein annäherndes Gleichgewicht der strategischen Potentiale der beiden Länder ergeben hatte. Die Wahrung der Gleichheit und gleichen Sicherheit war und bleibt ein Axiom der Politik der Rüstungskontrolle.

Daß es zu diesem Herangehen keine vernünftige Alternative gibt, wird auch von vielen führenden Staatsmännern im Westen, sogar solchen aus der heutigen USA-Administration, zugegeben — in Worten. In der Praxis aber sieht es anders aus. Die herrschenden USA-Kreise brauchen den Lärm um die „sowjetische militärische Bedrohung“, um das eigene Streben nach militärischer Übermacht gegenüber der UdSSR zu verhüllen.

Ihre Argumente

Erst vor kurzem wurde eine Parität nicht nur auf geostrategischer Ebene, sondern auch in Europa zugegeben, aber heute versuchen einige USA-Exponenten und zahlreiche Experten, das Gegenteil zu beweisen. Um das angebliche Zurückbleiben der USA auf militärischem Gebiet hinter der UdSSR zu veranschaulichen, bedient man sich vielfältiger Methoden. Mit allerlei Zahlenkünsten werden ungenügend informierte Leser irreführt, Tatsachen präpariert, die starken Seiten des Verteidigungspotentials der UdSSR überbetont, die bestehenden Disproportionen zugunsten der USA und der NATO dagegen verschwiegen, die quantitativen Parameter bestimmter militärischer Systeme getrennt von ihrer Qualität und Wirksamkeit betrachtet. Auch vor direkter Fälschung der außenpolitischen Ziele und Pläne der UdSSR machen die USA-Politiker nicht halt. Daß solche Vergleichsanalysen tendenziös sind, liegt auf der Hand. Ihre Urhe-

ber messen die Sicherheitsinteressen der UdSSR und der USA mit zweierlei Maß.

Der mit der praktischen Vorbereitung solcher Studien wohlbekannte Leslie Gelb, unter Carter Direktor der Abteilung Militärpolitische Planung im State Department, äußerte in einem Interview für den „Spiegel“, daß viele Experten „im privaten Gespräch sehr wohl zugeben, daß sie systematisch die amerikanischen Schwächen und die sowjetischen Stärken betonen. Ihnen geht es weniger um eine sorgfältige Analyse als vielmehr darum, die Öffentlichkeit im Westen für die Notwendigkeit erhöhter Verteidigungsausgaben zu gewinnen.“

Das wird besonders klar, wenn man einige Argumente näher betrachtet, mit denen die westliche Propaganda das „Zurückbleiben“ der USA beweisen will. So wird behauptet, die „beträchtliche Überlegenheit“ der UdSSR in der Zahl der Startrampen für landgestützte interkontinentale ballistische Raketen (ICBM) bedrohe die amerikanischen ICBM, falls die UdSSR beschließe, den nuklearen Erstschlag zu führen. Das aber stelle die Effektivität des gesamten USA-Systems der „nuklearen Abschreckung“ in Frage.

Selbst wenn wir für einen Augenblick von den politischen Plänen der UdSSR abstrahieren (obwohl das eine seriöse Analyse der militärstrategischen Situation unmöglich macht) und die zahlreichen offiziellen Erklärungen der UdSSR über den defensiven Charakter der sowjetischen Militärdoktrin, die Präventivkriege und die Erstschlagkonzeption ausschließt, ausklammern, selbst wenn jemand vergessen haben sollte, daß gerade die UdSSR den Vertrag über den Verzicht auf den Erstschlag vorgeschlagen hat, so hält dieses Argument auch vom rein militärtechnischen Standpunkt aus keiner Kritik stand.

Die politische und militärische USA-Führung sorgte stets dafür, die Unverwundbarkeit und Austauschbarkeit ihrer Nuklearkräfte maximal zu gewährleisten. Ebendadurch wurde die Struktur der „nuklearen Triade“ der USA bestimmt. Die bodengebundene Komponente der strategischen USA-Kräfte macht gegenwärtig höchstens 21% der Gesamt-

zahl der Kernladungen der ganzen „Triade“ aus, die neben den landgestützten ICBM auch U-Boot-gestützte ballistische Raketen (SLBM) und die strategische Luftwaffe einschließt. Über die Hälfte der Kernladungen der strategischen USA-Kräfte sind eben auf den wenig verwundbaren U-Booten konzentriert. Der ehemalige USA-Luftwaffenminister T. Reed formulierte das Wesen des Problems wie folgt: „Der reale Wert der Triade ist ihre Vielfalt... Es ist unmöglich, einen gleichzeitigen Schlag gegen alle drei Komponenten zu führen.“

Washington redet von der „gefährlichen Verwundbarkeit“ seiner ICBM, schweigt sich jedoch darüber aus, daß mit der Übernahme neuer ICBM, MX, Cruise Missiles und der U-Boot-Rakete Trident, die sämtlich präzisionsgelenkt sind, eine reale Bedrohung für die sowjetischen ICBM entsteht; dabei stellen sie, anders als in den USA, die Hauptkomponente der sowjetischen strategischen Kräfte dar.

Konstruiert ist auch das Argument über eine „Gefahr der Destabilisierung“ der militärischen Balance durch eine „Überlegenheit“ der UdSSR im Startgewicht der ballistischen Raketen. Seinerzeit schränkten die USA die Stationierung der „schweren“ Raketen vom Typ „Titan“ keineswegs aus Menschenliebe ein, sondern aus den Motiven der strategischen Zweckmäßigkeit. Henry Kissinger schrieb in seinen Memoiren: „Unsere Vorgänger beschlossenen ferner, unseren strategischen Streitkräften die leichten, aber **höchst treffgenauen** ICBM ‚Minuteman‘ und SLBM ‚Poseidon‘ zugrunde zu legen.“ (Hervorgehoben von mir.) Dieser Beschluß basierte auf dem Wunsch, die Vernichtung kleiner geschützter Ziele — von Raketenstillen, Führungszentren, Flugplätzen, U-Boot-Mutterschiffen — effektiver zu machen. Nach Ansicht vieler Fachleute ist die Erhöhung der Treffgenauigkeit effektiver als die der Kernladungskraft. So gleicht eine doppelte Treffgenauigkeit einer fünffachen Erhöhung der Kraft der Sprengköpfe.

Völlig unbegründet ist das ständige Lamentieren Washingtons über eine Disproportion in der Gesamtzahl der strategischen Trägermittel zugunsten der UdSSR. Für die Sowjetunion wurde die Notwendigkeit, in den 70er Jahren eine zusätzliche Anzahl solcher Träger zu bauen, nicht zuletzt durch den von der USA-Administration schon in den 60er Jahren gefaßten Beschluß diktiert, Mehrfachsprengköpfe für ballistische Raketen (MIRV) zu ent-

wickeln und einzuführen. Dieser Beschluß leitete eine qualitativ neue Windung in der Rüstungsspirale ein. Die USA erreichten 1970—1978 eine mehr als 4fache Erhöhung der Anzahl nuklearer Mehrfachsprengköpfe. Entsprechend erweiterte sich beträchtlich die Liste der Ziele auf sowjetischem Territorium, die im Visier der USA-Raketen stehen, und die wichtigsten dieser Ziele wurden mehrfach auf Korn genommen. Auch heute haben die USA nach Schätzungen selbst westlicher Quellen eine fast anderthalbfache Überlegenheit in der Anzahl der Sprengköpfe.

Gemäß dem SALT-II-Vertrag schließlich verpflichtete sich die UdSSR, bei seinem Inkrafttreten die Zahl der strategischen Trägermittel um ca. 10% (254 Einheiten) zu senken. Obwohl Washington die Ratifizierung dieses Vertrages im Grunde abgelehnt hat, legt die UdSSR die größte Zurückhaltung an den Tag und vermeidet alle Handlungen, die die heutige annähernde Parität stören könnten.

Zahlentricks

Das Streben der USA nach Verzerrung des realen Bildes zeigt sich nicht nur in der Polemik um das Problem der strategischen Waffen. Die USA-Propaganda suggeriert der Öffentlichkeit hartnäckig, das Gleichgewicht sei auch auf anderen Ebenen der militärischen Balance gestört worden. Dazu werden die Rüstungspotentiale der USA und der UdSSR gesondert von den beiden militärpolitischen Bündnissen — der NATO und des Warschauer Vertrages — betrachtet und in bezug auf die einzelnen Waffen verglichen.

Eine solche Methode ist aber nur auf geostrategischer Ebene zulässig. In allen anderen Fällen ergibt sie ein grob entstellendes Bild, da dabei weder die Unterschiede in den wirtschaftlichen Möglichkeiten der Bündnispartner noch die Stärke ihres Rüstungspotentials und ihres Beitrags zur gemeinsamen Verteidigung, noch die Unterschiede in der geostrategischen Lage der UdSSR und der USA in Betracht gezogen werden. Schon bei der Analyse des nuklearen Verhältnisses in Europa muß die UdSSR die nuklearen Potentiale Großbritanniens und Frankreichs berücksichtigen. Nicht nur diese Kräfte, sondern auch die amerikanischen Forward-Based-Systeme sind der UdSSR gegenüber im Grunde eine strategische Waffe, während die sowjetischen Systeme mittlerer Reichweite für die USA

trotz aller terminologischen Finessen der USA-Politiker eine Waffe des Kriegsschauplatzes waren und bleiben.

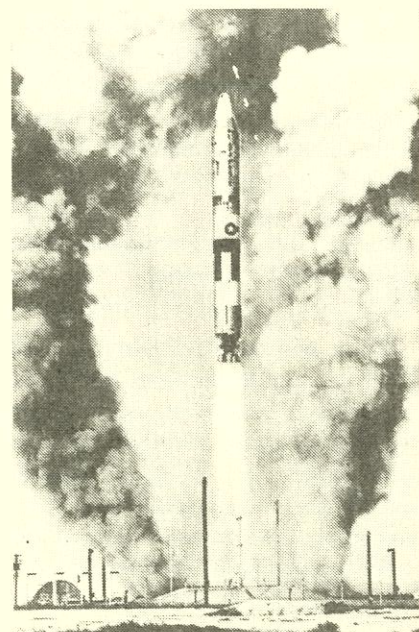
Die einschlägigen Diskussionen in der USA-Presse der beiden letzten Jahre lassen den Eindruck entstehen, daß es den USA in Wirklichkeit nicht so sehr um die Einschränkung der sowjetischen SS-20-Raketen geht (sie stellen ja keine unmittelbare Gefahr für ihr Territorium dar) wie vielmehr darum, in Westeuropa die eigenen Pershing und Flügelraketen zu stationieren, die Ziele in den entfernten Gebieten des europäischen Teils der UdSSR bestreichen können.

Auch die Methode, die konventionellen Waffen zu vergleichen, verrät Tendenz. In Mitteleuropa z. B. bilden nicht die amerikanischen, sondern die westdeutschen Streitkräfte die zahlenmäßig stärkste und am besten ausgerüstete Komponente der konventionellen NATO-Kräfte.

Bei der Einschätzung des Verteidigungspotentials der UdSSR ignorieren westliche Experten in der Regel absolut die geostrategischen

Eine ICBM Titan 2, die mächtigste im strategischen Nukleararsenal der USA, beim Start

Aus: „Von wo geht die Gefahr für den Frieden aus“



Faktoren: die Länge der Grenzen, die Fläche, die Anzahl und die Nähe potentieller Gegner. Man braucht keine besonderen Fachkenntnisse, um zu sehen: In bezug auf all diese Faktoren befindet sich die UdSSR in einer weit ungünstigeren Lage als die USA. Im Interview für den „Spiegel“ betonte Leonid Breshnew:

„NEUE ZEIT“ 14.82

„Die Sowjetunion verlangt keine Vorzugsbehandlung. Wir bestehen lediglich darauf, daß die USA und das NATO-Bündnis insgesamt unsere Sicherheit und die Sicherheit unserer Verbündeten mit demselben Maß messen wie die eigene.“

Die historisch zustande gekommenen Eigentümlichkeiten in der Struktur der Streitkräfte der UdSSR und der USA, der NATO und der Warschauer Vertragsstaaten, die Unterschiede in ihrer geographischen Lage, die Notwendigkeit, nicht nur die quantitativen, sondern auch die häufig schwer vergleichbaren qualitativen Charakteristiken der bestehenden Waffensysteme in Betracht zu ziehen, und vieles andere erfordert eine minutiöse Expertenarbeit beim Vergleich und eine genauestens überprüfte Interessenbalance beider Seiten. Nicht nur tendenziöses oder ungewissenhaftes Herangehen, sondern auch der vielen neugebackenen Experten im Westen eigene Dilettantismus können Schaden anrichten. Die Verhandlungen darüber aus den 70er Jahren förderten auch eine weitere Gesetzmäßigkeit zutage: Ohne guten Willen, ohne Elastizität und Kompromißbereitschaft, ohne Berücksichtigung der eigenen, aber auch der legitimen Sicherheitsinteressen der anderen Seite ist eine Vereinbarung schwer zu erzielen.

Leider mangelt es an all diesen Eigenschaften, vor allem an Objektivität und Realismus, den meisten heutigen amerikanischen Amtspersonen und Experten sowie einigen ihrer Kollegen aus den anderen NATO-Ländern, wenn die Rede vom militärischen Kräfteverhältnis ist. Man muß schon Leslie Gelb zustimmen, der in dem schon erwähnten Interview konstatierte: „...wenn das Reagan-Team die Menschen im Westen pausenlos mit Zahlenspielen bombardiert und die Zahlen dann auch noch unsystematisch und zuweilen irreführend benutzt, so hat das weder mit korrekter Analyse noch mit kluger Politik oder guter Diplomatie zu tun.“

Mit solchen Praktiken will man heute beweisen, daß die zahlreichen USA-Programme nur ein „Ausgleich der Parität“, beliebige Maßnahmen der UdSSR zur Gewährleistung der eigenen Sicherheitsinteressen dagegen die „sowjetische militärische Bedrohung“ sei. Übrigens hatten die USA es in den Nachkriegsjahren praktisch niemals nötig, die UdSSR im Rüstungsbereich „einzuholen“. Eher umgekehrt. Selbst nach Äußerungen von „Defence Monitor“ (USA) ergriffen gerade die USA die Initiative zur Entwicklung und Übernahme von 23

der 25 größten nach dem Krieg geschaffenen Waffensysteme.

Aber Objektivität wird in Washington heute nicht eben großgeschrieben.

Illusionen

Die USA-Politik strebte schon immer danach, die internationalen Positionen der UdSSR zu untergraben, den Sozialismus politisch, wirtschaftlich und ideologisch zu schwächen und die sozialistischen Länder gegeneinander aufzuhetzen. Je nach dem wechselnden Kräfteverhältnis wurden unterschiedliche Methoden zur Erreichung dieser Ziele angewandt. Die gradlinigen Doktrinen der „Eindämmung“ und des „Zurückrollens“ des Kommunismus wurden durch die anpassungsfähigeren Konzeptionen des „Brückenschlages“ und des „differenzierten Herangehens“ abgelöst. Auch in den 70er Jahren versuchten viele kurzsichtige USA-Politiker, den Fortschritt der Entspannung in Abhängigkeit von der Realisierung der Pläne einer „Liberalisierung“ bzw. „Aufweichung“ des Sozialismus, der Schwächung der Einheit der sozialistischen Ländergemeinschaft zu bringen.

Die Unerfüllbarkeit solcher Hoffnungen löste die Ausfälle gegen die Entspannungspolitik, das Gerede von der „Entspannungsmüdigkeit“, von der „Enttäuschung“ über die Entspannung usw. aus. Zusammen mit der Unruhe über die besonders in den 70er Jahren merklichen Erfolge der nationalen Befreiungsbewegung, die Erweiterung der Gruppe der Entwicklungsländer mit fortschrittlichen Regimes und die Festigung der Positionen der linken und kommunistischen Parteien in mehreren westeuropäischen Ländern erweckte in den USA die nostalgische Sehnsucht nach den Zeiten des kalten Krieges, das gefährliche Streben, es auf den Wegen der militärpolitischen Konfrontation, des hemmungslosen Wettrennens erneut auf eine Kraftprobe mit der UdSSR ankommen zu lassen.

Die Vision der militärischen Überlegenheit läßt seit Jahrzehnten den USA-Strategen keine Ruhe. Anfang der 60er Jahre versuchten die USA, ein Counter-Force-Potential zu schaffen, d. h. die Fähigkeit zu erlangen, den sowjetischen strategischen Kräften aufgrund der Überlegenheit in der Anzahl und der Gesamttonnage der ballistischen Raketen einen entwaffnenden Schlag zu versetzen. Aber die Schaffung be-

festigter Raketenbunker in der UdSSR und die hohe Beweglichkeit der raketenbestückten U-Boot-Flotte machten eine solche Aufgabe unerfüllbar.

Den Ausweg sah das Pentagon in der Annahme der Konzeption eines „begrenzten Nuklearkrieges“, in der Forcierung von Waffensystemen, die fähig wären, effektive „selektive“ Kernwaffenschläge gegen geschützte kleine Ziele zu führen: gegen strategische Bodentruppen, Befehlszentren, Flugplätze, U-Boot-Mutterschiffe und andere militärische und wirtschaftliche Objekte in der UdSSR. Die Androhung eines „selektiven Nuklearkrieges“ könnte nach Ansicht James Schlesingers, der 1973–1975 Verteidigungsminister der USA war, eine neue Form der nuklearen Überlegenheit der USA und ein Instrument des außenpolitischen Druckes sein.

Schlesinger selbst formulierte die Grundidee der neuen Variante der USA-„Überlegenheit“ recht lakonisch: „Wenn die eine Seite den Weg findet, der anderen die Fähigkeit einer elastischen und kontrollierten Antwort zu nehmen, erhält sie die Möglichkeit, den Gegner unter Druck zu setzen und Zugeständnisse zu erzwingen, ohne die allgemeine Katastrophe heraufzubeschwören.“ Aber es kann keine Garantie geben, daß „selektive“ Kernwaffenangriffe nicht eine Eskalation des Konfliktes nach sich ziehen. Die mit Nachdruck hervorgehobene „Elastizität“ solcher Szenarios und das Herausstreichen des „begrenzten“ Charakters von Menschenverlusten verfolgen nur das eine Ziel: der Öffentlichkeit den Gedanken an einen Kernwaffenkrieg als annehmbar darzustellen und ihn folglich noch wahrscheinlicher zu machen.

Trotzdem haben Schlesingers strategische Phantastereien Anhänger und Nachfolger gefunden. Unter Carter wurden diese Ideen amtlich in der von Verteidigungsminister Brown formulierten Konzeption der „eskalierten Dominanz“ verankert und weitergeführt. Ihr zufolge müssen die USA ihr überlegenes Kernwaffenpotential selbst nach sämtlichen eingebildeten Szenarios des Abtausches von Counter-Force-Schlägen behalten. In diesem Geiste wurde auch die Direktive Nr. 59 abgefaßt. Seinerzeit unterstützten der heutige Außenminister Haig, Senator Jackson, der ehemalige stellvertretende Verteidigungsminister Nitze und viele andere Vertreter der reaktionären militärischen, politischen und wissenschaftlichen USA-Kreise wärmstens die neue Modifikation der strategischen Coun-

ter-Force-Doktrin. Auch viele hochgestellte Exponenten der Reagan-Administration goutieren, nach allem zu urteilen, die Idee der nuklearen Erpressung. Das Hauptziel des „Weinberger-Plans“ bestehe, wie die „New York Times“ am 14. August 1981 schrieb, darin, „die nukleare Übermacht über die UdSSR in den nächsten 10 Jahren zu erlangen“. Auf jeden Fall entspricht der Charakter des militärischen Aufbaus in den USA in den 80er Jahren restlos den Kriterien, die das Pentagon für die Counter-Force-Waffen festgelegt hat, und die Konzeption des „begrenzten Nuklearkrieges“ hat im Pentagon Wurzeln geschlagen.

Aber die USA-Strategen vergessen, daß die Welt in den Jahren, die seit dem kalten Krieg vergangen sind, anders geworden ist. Die Regierungen und erst recht die Völker der meisten Länder wollen sich nicht dazu hergeben, Versuchskaninchen in den strategischen Pentagon-Labors zu sein. Der Führer der schwedischen Sozialdemokraten, Olof Palme, sagte: „Je weiter man von Europa entfernt ist, um so leichter entwickelt man die Theorie eines begrenzten Nuklearkrieges.“ Es gelingt den USA zwar, ihren Bündnispartnern gewaltsam einige Beschlüsse und „Sanktionen“ (die hauptsächlich jene schädigen, die ihnen folgen) aufzuzwingen. Doch das fällt ihnen täglich schwerer.

Und schließlich: Versuche, mit der UdSSR in der Sprache von Drohungen und Erpressung zu sprechen, haben noch niemals jemandem greifbare Resultate gebracht. Das wird auch so bleiben. Das wirtschaftliche, wissenschaftliche und technische Potential der UdSSR reicht bei weitem aus, jede militärische Herausforderung seitens der USA zu beantworten. Hierüber dürfen keine Illusionen bestehen. Aber die UdSSR betonte immer, daß sie nicht für das hemmungslose Wettrüsten ist.

Die UdSSR ist entschieden für die Begrenzung und Einschränkung der Kernwaffen, wenn das Prinzip der Gleichheit und der gleichen Sicherheit der Seiten eingehalten wird. Das bekräftigen die neuen friedensdienlichen sowjetischen Initiativen, mit denen Leonid Breschnew auf dem XVII. Kongreß der sowjetischen Gewerkschaften hervortrat. Wir wollen hoffen, daß Washington vernünftig genug ist, es nicht auf eine weitere Runde im nuklearen Wettrüsten ankommen zu lassen.

BESATZERWECHSEL

Oleg FOMIN

Am 25. April soll der Abzug der israelischen Besatzungstruppen vom letzten Drittel der Sinai-Halbinsel abgeschlossen werden. Dieses im ägyptisch-israelischen Vertrag von 1979 fixierte Datum ist ein wichtiger Abschnitt des Camp-David-Prozesses, den Carter, Begin und Sadat im September 1978 vereinbarten. Der Abzug der israelischen Armee vom Sinai würde die vollständige Verwirklichung eines Dokuments von Camp David, des „Rahmens für den Abschluß eines Friedensvertrages zwischen Ägypten und Israel“, bedeuten. Die imperialistischen Kreise der USA und deren Helfershelfer wollen den geplanten Abzug Israels vom Sinai als Sieg der Teilnehmer des Camp-David-Komplots und zugleich als „bedeutenden Schritt“ bei der Herstellung eines Nahostfriedens ausgeben.

Doch tatsächlich wird nur der ausgesprochen separatistische Charakter der Abmachung von Camp David, die eine umfassende gerechte Nahostregelung komplizierte und in weitere Ferne rückte, ein weiteres Mal bestätigt. Während die Punkte des ägyptisch-israelischen Vertrages plangemäß und nicht selten sogar schneller verwirklicht wurden, sah es ganz anders bei der Erfüllung des Hauptdokuments von Camp David, des „Rahmens für Nahostfriedensverhandlungen, abgestimmt in Camp David“, aus. Alle Versuche Washingtons, dem palästinensischen Volk eine „Verwaltungsautonomie“ aufzuzwingen sowie Jordanien und andere arabische Länder in die Verhandlungen einzubeziehen, scheiterten völlig. Der Camp-David-Prozeß steckt in einer Sackgasse. Die Idee eines Nahost-Separatfriedens, die die PLO und die legitimen Rechte der Palästinenser ignoriert, wurde von den arabischen Völkern abgelehnt. Die „Normalisierung“ der ägyptisch-israelischen Beziehungen wurde von der unrechtmäßigen Erklärung Jerusalems zur „ewigen und unteilbaren“ Hauptstadt Israels, von den barbarischen israelischen Luftangriffen auf Beirut und auf das irakische Kernforschungszentrum bei Bagdad, von Tel Avivs Gewalttaten in Südlibanon, der Politik des Rassismus und des Völkermordes in den besetzten palästinensischen Gebieten und von der Annexion der

syrischen Golan-Höhen begleitet. Das Triumvirat von Camp David, das sich im Nahen Osten isoliert erwies, bekam einen starken Riß. Washington sah in der Ermordung Sadats ein Anzeichen dafür, daß Ägypten den Kapitulantenkurs aufgeben würde. Und deshalb beschloß es, die Beziehungen zu seinem privilegierten Verbündeten, zu Israel, durch die Unterzeichnung



US-Fallschirmjäger treffen auf Sinai ein
Foto: „International Herald Tribune“

eines „Memorandums über strategische Zusammenarbeit“ noch weiterzufestigen.

Seit Reagan ins Weiße Haus einzog, versucht die neue US-Administration, die ihre Aktivitäten verstärkte, um Stützpunkte im Nahen Osten zu erlangen, die Vereinbarungen mit Ägypten und Israel über die Stationierung „multinationaler Streitkräfte“ auf Sinai statt der israelischen Besatzungstruppen voranzutreiben.

Bei den dreiseitigen Verhandlungen ging es im Grunde um die Bedingungen für die US-Okkupation eines breiten Streifens der Sinai-Halbinsel vom strategisch wichtigen Rotmeerhafen Sharm al-Scheich bis zur Stadt Rafah an der Nordgrenze Ägyptens. Die Seiten vereinbarten im vornherein, daß US-Militärangehörige das eigentliche Kernstück der „multinationalen Kräfte“ bilden sollten.

Anfang August 1981 unterzeichneten die Botschafter Ägyptens und Israels in den USA im State Department ein Abkommen über die Aufstellung solcher Streitkräfte (Stärke: 2500 Mann) zur Überwachung

der Sinai-Halbinsel nach dem 25. April 1982. Das Dokument wurde auch von US-Außenminister Alexander Haig signiert, der als Beobachter bei der Zeremonie zugegen war. Die Amerikaner beabsichtigten, bis zu 1500 Militärangehörige nach Sinai zu entsenden. Die Gesamtleitung der „multinationalen Kräfte“ wurde einem Generaldirektor, einem US-Zivilbeamten, und das Oberkommando einem norwegischen General, der diesem Beamten untersteht, übertragen. Laut Abkommen können die multinationalen Kräfte von ägyptischem Territorium nur mit Zustimmung Israels abgezogen werden. Das bedeutet eine schwerwiegende Verletzung der Souveränität Ägyptens über Sinai. Das US-Kontingent sollte neben der Überwachung der Halbinsel folgenden Aufgaben erfüllen:

- die Durchführung operativer Kampfoperationen als Vorhut der US-Streitkräfte in der Region;

- ständige Bereitschaft der Stützpunkte auf Sinai für deren Nutzung durch die „Eingreiftruppe“;

- die Kontrolle über die Schifffahrt aus dem Mittelmeer und dem Golf von Akaba durch den Suezkanal und die Straße von Tiran ins Rote Meer und in den Indik;

- die „Aufrechterhaltung der Ordnung“ bei einer für die Amerikaner ungünstigen Entwicklung, z. B. bei einer Lösung des ägyptischen Regimes aus der Botmäßigkeit;

- eine „Sicherheitsgarantie“ für Israel als Schutzwall vor der ägyptischen Armee.

Das während des Sadat-Besuchs in den USA unterzeichnete Abkommen über die „multinationalen Kräfte“ wurde in der arabischen Welt und in Ägypten selbst mit Empörung aufgenommen. Die algerische Zeitung „El Moudjahid“, die die möglichen Folgen einer US-Militärpräsenz auf Sinai analysierte und diese mit dem Manöver „Bright Star 2“ in Verbindung brachte, konstatierte, daß die gesamte Eskalation der Spannung im Nahen Osten eine Folge der Abmachungen von Camp David ist, deren wahre Ziele und Dimensionen manchen Leuten erst dann klar wurden, als Soldaten des Pentagon in der Region auftauchten. Die ägyptische Opposition erklärte, Sadat habe sich absichtlich auf derartiges eingelassen, obgleich er sehr wohl verstand, daß die „Rückgabe“ der Sinai-Halbinsel mit dem Verlust der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit Ägyptens verbunden

ist, mit schwerem Schaden für die ganze arabische Nation. Auch die israelischen Kommunisten verurteilten das Abkommen. Tawfiq Toubi, stellvertretender Generalsekretär des ZK der KP Israels, erklärte in der Knesset, das amerikanisch-israelisch-ägyptische Abkommen über die Stationierung multinationaler Streitkräfte auf Sinai im Rahmen des Camp-David-Komplots solle die zionistischen Besatzungstruppen in dieser Region durch amerikanische ersetzen und zur Verwirklichung der globalen strategischen Ambitionen des US-Imperialismus beitragen.

Zuerst erklärten sich nur Fidschi, Kolumbien, Uruguay, Australien und Neuseeland bereit, Militäranghörige für die „multinationalen Kräfte“ bereitzustellen. Dann beschlossen auch die Regierungen von vier westeuropäischen Ländern — von Frankreich, Großbritannien, der Niederlande und Italien — Einheiten für die US-Verbände auf Sinai zu entsenden, wobei sie das als „konkreten Beitrag für einen

Nahostfrieden“ hinstellten. Dadurch bewiesen sie endgültig, wie unbegründet die Hoffnungen einiger arabischer Kreise auf eine „westeuropäische Initiative“ für eine Nahostregelung als mögliche Alternative zu Camp David waren. Der Generalsekretär der Arabischen Liga verurteilte die Teilnahme einflußreicher europäischer Staaten an den „multinationalen Streitkräften“ als Handlangerdienste für die antiarabische Politik Israels und der USA, wobei er erklärte, dies bedeute eine „politische und moralische Garantie für die Vereinbarungen von Camp David, die völlig gescheitert sind und sich als unfähig erwiesen haben, das Hauptproblem des Nahen Ostens, die Palästinenserfrage, zu lösen“.

Zunächst versuchten amerikanische Amtsträger die wahren Ziele der „multinationalen Streitkräfte“ auf jegliche Art zu tarnen, indem sie feierlich versicherten, sie würden nur die Bedingungen der Einhaltung des ägyptisch-israelischen Vertrages kontrollieren. Während

INTERVIEW

ABU MAYZER: AGGRESSIVER CHAUVINISMUS

Die jähe Zuspitzung der Lage im Nahen Osten ruft tiefe Besorgnis der Weltöffentlichkeit hervor. Israel verstärkt den Terror gegen die Araber in den okkupierten Gebieten. Auf Anordnung der Besatzungsbehörden sollte die arabische Bevölkerung der annektierten syrischen Golan-Höhen israelische Ausweise bekommen. Und als sie sich weigerte, sie anzunehmen, wurden dorthin Truppen entsandt... Die Bevölkerung des Westjordanlands und des Ghaza-Streifens wird immer stärker drangsaliert, wenn sie gegen die Versuche einer faktischen Verewigung des Okkupationsregimes protestiert. Die von den Arabern gewählten Bürgermeister von drei Städten wurden des Amtes enthoben und durch israelische Beamte ersetzt. Viele Gebiete sind von Massenstreiks und -protestdemonstrationen gegen die Gewaltpolitik der Okkupanten erfaßt. Israelische Soldaten und Polizisten schießen auf Demonstranten, es gibt Tote und Verwundete...

Unser Berichterstatter Dmitri Sgerski interviewte den offiziellen PLO-Vertreter, das Mitglied des PLO-Exekutivkomitees, Abdel Mohsen Abu MAYZER, der im März Moskau besuchte, und bat ihn, über die Lage in den besetzten Gebieten zu berichten.

Wie groß ist der Einfluß der PLO auf die Bevölkerung der okkupierten Gebiete?

Ohne Übertreibung kann ich sagen, daß unsere Organisation einen uneingeschränkten Einfluß auf die überwiegende Mehrheit der arabischen Bevölkerung in den von den Zionisten besetzten Gebieten hat. Sie vereinigt Menschen verschiedener politischer An-

sichten und Glaubensbekenntnisse. Die Losung „Die PLO ist die einzige legitime Vertreterin des arabischen Volkes von Palästina“ war und ist die populärste im Volke. Mit Hilfe der PLO werden den von den Arabern gewählten Kommunalverwaltungen in Städten und auf dem Lande Spenden arabischer Länder für die Bevölkerung der okkupierten Gebiete überwiesen. Nicht zufällig zielen die Aktionen der zionisti-

der Verhandlungen über die Aufstellung dieser Truppe behauptete ARÄ-Außenminister Boutros Ghali in einem Interview für die Zeitung „Al-Ahram“, der Schaffung und Tätigkeit der „multinationalen Streitkräfte“ werde ein Prinzip zugrunde liegen, das die Einbeziehung von Einheiten der US-„Eingreiftruppe“ oder von anderen Truppenkontingenten verbietet, die „taktische oder strategische über den Rahmen der Kontrollfunktion zur Einhaltung des Friedensvertrags zwischen Ägypten und Israel hinausgehende Aufgaben haben“. Doch wie bereits wiederholt in den fast vier Jahren seit Camp David mußte auch diese amerikanische Legende der Realität weichen. Im März traf im Südtel des Sinai, im Herzen des Nahen Ostens, das erste Kontingent von Militärangehörigen für die „multinationalen Streitkräfte“ aus den USA ein — ein Bataillon der 82. Luftlandedivision, des Kerns der US-„Eingreiftruppe“. Fast gleichzeitig veröffentlichte der Militärkommentator Drew Middleton in der

„New York Times“ den Artikel „US-Sinai-Einheit: bereit zur Erfüllung anderer dringender Aufgaben“. Er schrieb u. a.: „In Pentagon-Kreisen wurde mitgeteilt, sie gingen davon aus, daß jegliche amerikanischen Einheiten, die den multinationalen Streitkräften angehören, bei Entstehung einer außerordentlichen Situation zur Durchführung von Operationen außerhalb des Sinai eingesetzt werden können.“

Was für das Pentagon eine „außerordentliche Situation“ ist, weiß die Weltöffentlichkeit. Anlaß für eine militärische Einmischung der USA könnten nicht nur soziale Veränderungen in den sogenannten gemäßigten arabischen Ländern sein, sondern auch z. B. ein Beschluß dieser Länder sein, nach eigenem Ermessen über die eigenen Ölreichtümer (Auswahl der Handelspartner, Preispolitik) zu verfügen, oder eine aktivere Unterstützung der palästinensischen Widerstandsbewegung.

Auf Sinai bereitet man sich auf die Wachablösung vor. US-Fallschirmjäger und deren Kampfge-

fährten aus dem NATO-Block, dessen Aktionsbereich sich so über die Grenzen Europas hinaus erweitert, treffen ein. Indes bereitet Tel-Aviv den Plan einer Annexion der Westbank und des Ghaza-Streifens vor. Das ist der Preis der „Befreiung“ des Sinai oder genauer gesagt der Ablösung einer Besatzung durch eine andere. Doch auch das reicht den israelischen Expansionisten nicht. Sie versuchen auf jegliche Weise, Ägypten zusätzliche Bedingungen und Vereinbarungen aufzuzwingen, die es diesem Lande nicht ermöglichen würden, seinen Platz in der arabischen Front einzunehmen. Tel Aviv droht Kairo damit, erneut den ganzen Sinai zu okkupieren, falls Ägypten auch nur um ein Jota von Camp David abgehen sollte.

Doch all das wird Camp David nicht retten. Das zeigen erneut der Aufstand des palästinensischen Volkes im Westjordanland, der Generalstreik auf den Golan-Höhen und die verstärkte internationale Isolierung des israelischen Aggressors.

schen Behörden offensichtlich darauf ab, den PLO-Einfluß auf die Araber durch Gewaltanwendung zu beenden.

Zu welchen Methoden greifen die Besatzer bei der Durchführung ihrer Expansionspolitik?

Vor allem möchte ich hervorheben, daß die Politik der zionistischen Machthaber darauf gerichtet ist, die Palästinenser mit allen Mitteln aus ihrer Heimat zu vertreiben. Der Chauvinismus ist die Hauptwaffe, zu der überall die Okkupanten greifen. „Ein guter Araber ist ein toter Araber“, lautet die Devise der zionistischen Aggressoren. Sie zerstören rücksichtslos arabische Häuser, um den Boden für israelische Siedler frei zu machen.

1981 wurde ein Erlaß verabschiedet, der jegliche Erwähnung der PLO in Reden und Erklärungen von Vertretern der arabischen Bevölkerung aufs strengste verbietet. In diesem Zusammenhang möchte ich ein überzeugendes Beispiel anführen, das sich auf die Stadt Ramallah bezieht. An der Macht sind dort die israelischen Militärs mit einem Gouverneur an der Spitze. Daneben gibt es auch eine von der arabischen Bevölkerung gewählte Stadtverwaltung. Im August v. J. wurde der Bürgermeister Kerim Khalaf zum Gouverneur vorgeladen. Er wurde von einem jungen israelischen Offizier empfangen. „Du steckst

deine Nase zu sehr in die Politik“, sagte er zu Khalaf. „Willst du in dieser Stadt bleiben, so mußt du morgen zurücktreten.“ Zudem drohte er, 1,8 Mio Dollar aus dem Gemeindebudget — alle Zuschüsse arabischer Länder — zu beschlagnahmen; damit gab er dem Bürgermeister zu verstehen, daß die gewählten Verwaltungsorgane nur für die Wasserversorgung und Kanalisation zuständig seien. Laut dem vorherigen Erlaß wurden ihrem Kompetenzbereich Fragen des Wohnungsbaus entzogen, um eine Massenbesiedlung des Gebiets durch die Israelis vorzubereiten. Zwei Tage nach dem Gespräch, als Kerim Khalaf in einer Rede die PLO als einzige Vertreterin der Palästina-Araber erwähnte, wurde er verhaftet und ins Gefängnis geworfen...

Die Okkupanten sind dabei, die gewählten Verwaltungen auf dem Lande durch sogenannte „Dorfkomitees“ zu ersetzen. Sie bestehen aus einer Handvoll Kollaborateure, die ohne Leibwächter keinen Schritt riskieren. Die Bevölkerung ignoriert diese „Komitees“ völlig. Zur Zeit lösen sie sich auf.

Haben in den jüngsten Ereignissen auch die Aktionen von Studenten eine bedeutende Rolle gespielt?

Ja, diese Aktionen wurden durch die Repressalien verursacht. Seit dem Be-

ginn der Okkupation stehen die Lehranstalten unter strenger Kontrolle der zionistischen Behörden. In der letzten Zeit unternahmen die Besatzer einen massierten Angriff gegen Studenten. Unter verschiedenen Vorwänden wurde der Bau von neuen Räumen für die Hochschulen in Nablus und Bethlehem verboten. Eine lange Liste von verbotenen Lehrbüchern wurde veröffentlicht, darunter z. B. „Geschichte der arabischen Poesie“. Die Studenten der Universität in Birzeit, die auf dem Lande leben, sollten laut Verordnung spezielle Einreisegenehmigungen beantragen. Als sie dagegen Protest erhoben, verboten die Militärbehörden, Prüfungen abzuhalten. Hartnäckige Professoren und Studenten wurden unter Hausarrest gestellt. Letzten Endes kam es zu Massenverhaftungen und Blutvergießen.

Streiks, Demonstrationen und andere Massenaktionen der letzten Tage zeigen nochmals, daß das arabische Volk nicht gewillt ist, ständige Verhöhnungen zu dulden. Weitere Repressionen gegen das Volk sind letzten Endes sinnlos.

Mit aller Entschiedenheit fordern wir zusammen mit unseren Landsleuten in den okkupierten Gebieten, uns unsere Heimat zurückzugeben.

UND MR. ELLIOTT KAUFTE EINEN REVOLVER

Alexander SACHAROW

„Die Kriminalität ist zu einer Epidemie in Amerika geworden; jedes Jahr kostet sie 23 999 Menschenleben, sie berührt fast ein Drittel der amerikanischen Familien und führt zu finanziellen Verlusten von mindestens 8,8 Md. Dollar jährlich.

Allein in der Zeit, in der wir heute hier zusammen sind, werden zumindest ein Mord, 9 Vergewaltigungen, 67 Raubüberfälle und 97 bewaffnete Überfälle sowie 389 Einbrüche geschehen. Und all das in den kommenden 30 Minuten...“

Das sagte US-Präsident Reagan auf einer Tagung der Internationalen Vereinigung der Polizeichefs in New Orleans.

Und das meinte das Nachrichtenmagazin „U.S. News & World Report“: „Die Amerikaner geben 26 Md. Dollar jährlich für den Krieg gegen die Kriminalität aus, doch sie verlieren diesen Krieg nichtsdestoweniger.“

Wie wirkt sich die Kriminalität auf den Alltag, auf die Denkweise des „Durchschnittsamerikaners“ aus — eines Vertreters der „Mittelklasse“, die die amerikanische Statistik so liebt und die, so heißt es, das eigentliche Rückgrat der Nation (so amerikanische Soziologen) bildet?

In der Zeitschrift „Esquire“, die die Ansichten eben besagter Mittelklasse zum Ausdruck bringt, erschien ein bezeichnender Brief — und zwar als Antwort auf einen Beitrag in einer anderen Ausgabe der Zeitschrift, in dem der bekannte Publizist Adam Smith beklagte, daß eine Welle der bewaffneten Gewalt über dem Land zusammenschlägt. 50 Millionen Schußwaffen in Privatbesitz, konstatierte Smith, sind eine furchtbare, durch nichts kontrollierbare Kraft. Aus einer dieser Schußwaffen wurde Smiths Freund Michael Halberstam von einem Räuber tödlich verletzt. Halberstam hatte den Gangster zufällig in seiner eigenen Wohnung „aufgestört.“ Adam Smith warf eine Frage auf, die viele seiner Landsleute schon viele Jahre stellen: Ist es nicht dringend notwendig, den völlig unbegrenzten Waffenhandel, der die Atmosphäre für das Morden schafft, zu beenden?

Chip Elliott, der Verfasser des Antwortbriefes, gleichfalls Schriftsteller und Journalist, stimmt seinem Kollegen nicht zu. „Smith kann

einfach nicht verstehen, daß wir in einer Welt leben, in der die Selbstverteidigung eine Notwendigkeit wurde“, behauptet er.

Chip Elliott, der früher, wie er sagte, die gleichen Ansichten wie Adam Smith vertrat, trennt sich jetzt nicht von seinem Revolver. Warum? Deshalb, erklärt er, weil „meine Frau und ich verstehen mußten: Unser Leben und unsere Familie sind es wert, verteidigt zu werden.“ Und es gäbe niemanden außer ihnen selbst, die dafür einträten.

Die Elliotts, die in ein gutbürgerliches Viertel von Los Angeles ein-

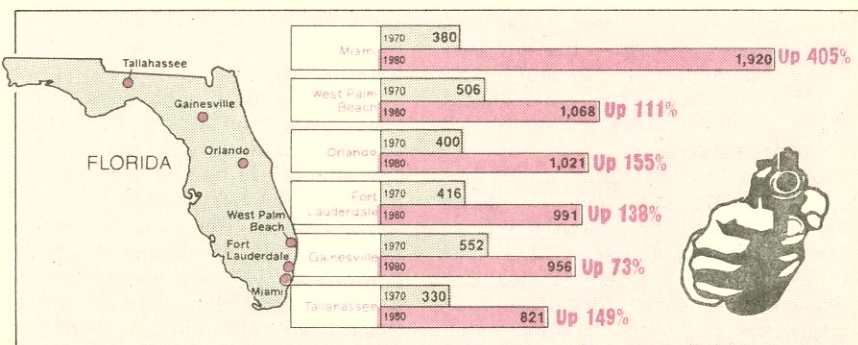
Rowdybande am helllichten Tage ein Auto an.

Daraufhin erstand Chip Elliott einen Revolver — für alle Fälle.

„Der Revolver kostete mich 160 Dollar“, erinnert er sich. „So viel Geld für diesen Quatsch? Ich hätte besser ein Bild gekauft. Wir schoben den Revolver unter die Matratze, wo er liegenblieb.“

Zehn Tage später, bei der Rückkehr aus dem Kino, entdeckten die Elliotts, daß ihr Haus ausgeplündert war. Die Einbrecher hatten Gegenstände für einige Tausend Dollar mitgehen lassen — auch den Revolver... Das Kaninchen aber blieb gottseidank ungeschoren im Stall.

Die Polizei traf nach zwei Stunden 45 Minuten ein. Mr. Elliott meldete den Verlust des Revolvers und nannte dessen Seriennummer. Die Gangster fand man natürlich nicht. Der Revolver wurde fünf Monate später entdeckt: Die Banditen hatten mit ihm ein weiteres Opfer überfallen.



Zunahme der Gewalt im US-Bundesstaat Florida (1970—1980) (Zum Vergleich: Die Zahl der bewaffneten Überfälle nahm in diesem Zeitraum im ganzen Lande um 62% zu.)

Aus dem Nachrichtenmagazin „U.S. News & World Report“

zogen, genossen ihr Leben. Die Freunde in der Nachbarschaft, ein Kaninchen auf dem Hof, der billige Wein aus dem kleinen Laden, eine interessante Arbeit... Doch das Idyll währte nicht lange. Zuerst geriet die Straße, in der die Elliotts wohnten, in den erbitterten Kleinkrieg zweier Banden. Gegen die Elliotts persönlich hatten die beiden Banden nichts. Selbst als auf der Straße wieder Schüsse fielen, baten beide Gangs die Elliotts lebenswürdigerweise, „aus Sicherheitsgründen“ die Straße zu verlassen.

An die brutale Wirklichkeit wurde Mr. Elliott häufig durch die morgendlichen Blutflecken erinnert. Sie wurden so gewöhnlich, daß er schon fast nicht mehr darauf achtete. Jeden Tag wurden neue Überfälle auf ein weiteres Haus in der Nachbarschaft gemeldet. Einmal steckte eine

Fast alle Freunde Elliotts wurden überfallen und ausgeraubt. Seine Frau, von Beruf Psychiater, erhielt ständig Drohbriefe von den Patienten. Dagegen war nichts auszurichten: Für die Heilung solcher Kranken haben die Behörden kein Geld, und die Plätze in den psychiatrischen Anstalten reichen nicht aus. Deshalb tauchte in ihrem Arztkoffer ein Revolver auf. Elliott trennte sich nicht mehr von seinem Revolver. Wenn seine Frau nach Hause kam, hupte sie gewöhnlich vor dem Tor. Mr. Elliott ging mit entschlossener Pistole herunter und holte sie hinein. „Ich verstand auf einmal, daß man uns ermorden kann, daß wir vielleicht nicht lebend von hier wegkommen...“

Nach dem Überfall normalisierte sich das Leben allmählich. Die Elliotts ließen in den Fußboden des

Wohnzimmers einen Safe ein und versteckten dort die verbliebenen Wertsachen. Die nächsten Gangster entdeckten den Safe nicht, obgleich sie den Orientteppich darauf mitgehen ließen.

Die Elliotts wurden einmal zu einer Hochzeit eingeladen. „Eine Woche zuvor befestigte ich das Haus wie eine mittelalterliche Festung: dicke Bretter, mit Spezialbolzen in den Türöffnungen befestigt, etc. Als wir zurückkamen, waren weder die Bretter noch die Tür oder selbst die Türöffnung da. In der Wand klaffte ein Loch, das zu den gründlich ausgeräumten Zimmern führte. Man hatte uns nur ein Bett, einen Bücherschrank, einige Kochtöpfe und Bratpfannen zurückgelassen...“

Einmal ging Mr. Elliott um 18.30 Uhr nach Hause. Direkt unter einer Laterne, etwa 20 Meter vor einer belebten Kreuzung, wurde er von fünf jungen Leuten angehalten. Einer von ihnen zog ein Küchenmesser und verlangte die Brieftasche. Statt der Brieftasche zog Elliott die Pistole und schoß.

„Ich bin alles andere als ein James Bond. Ich bin überhaupt nicht der Typ, der ein Zebra abschießt und es dann ausstopft. Ich bin alles andere als aggressiv. Ich mußte nur mein Recht verteidigen, ohne Furcht für das eigene Leben ruhig durch die Stadt zu gehen.“

Das brachte Mr. Elliott zu folgendem Schluß: „Das, was ich getan habe, ist in unserer heutigen Lage ebenso Bestandteil des Alltags wie z. B. der Kauf eines Hemdes, der Besuch des Friseurs oder eines Krämerladens. Ich habe das zum ersten Mal getan und mich dabei merkwürdig und ungewohnt gefühlt. Doch nicht merkwürdiger und ungewohnter, als ich erstmals vom Service einer rund um die Uhr geöffneten Bank mit deren Knöpfen und Codes Gebrauch machte. Und ich verstand, daß ich, wenn ich am Leben bleiben will, schneller das Gefühl der Unnatürlichkeit überwinden und mich an die neuen Handlungen gewöhnen sollte.“

Nein, Elliott ist alles andere als stolz. Er konstatierte nur die Tatsache, daß niemand für einen anderen eintritt — weder die Polizei noch das Gericht oder die Gefängnisse. Deshalb gäbe es nur einen Ausweg: Nimm die Waffe und verteidige dich selbst. „Jetzt ist die Waffe zu einem festen Bestandteil unseres Lebens geworden, zu einer notwendigen Annehmlichkeit wie eine Waschmaschine oder ein Kühlschrank.“

Nach Meinung Mr. Elliotts ist eine solche Lage entsetzlich, absurd und hoffnungslos. Doch die Amerikaner haben sich ihr angepaßt.

Nach einigen weiteren Raubüber-

fällen beschlossen die Elliotts, in ein vornehmes Mehrfamilienhaus einzuziehen — in der Hoffnung auf größere Sicherheit. Bei dem Haus befanden sich eine unterirdische Garage und ein Tennisplatz. Doch die Mieter wurden direkt in dieser Garage ausgeraubt, direkt auf dem Tennisplatz verprügelt, und einige Frauen wurden neben dem Haus vergewaltigt. Elliotts Wohnung wurde wieder von Einbrechern heimgesucht. Die Elliotts gaben sich nicht einmal die Mühe, die Polizei zu rufen. Nutzlos.

Jetzt leben die Elliotts tief in der Provinz, irgendwo im Mittleren Westen. Dort ist das Leben relativ sicherer als in den großen Städten. Doch die Waffen haben sie immer noch stets parat.

Eine typische, traurige Geschichte.

Die Story der Elliotts ist ein Verzweiflungsschrei des kleinen Mannes. Heute in Amerika, schreibt Mr. Elliott, „kann man zu Geld leichter durch Raub als durch Arbeit kommen... Es geht nicht um die Waffen, die Waffen allein sind dafür nicht verantwortlich. Es geht um die Menschen, die denken, man könnte den amerikanischen Traum verwirklichen, indem man einen anderen beraubt...“

Natürlich ist die ehrliche Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums durch Raub eine absurde Idee, auf andere Gedanken aber kommt die Mittelklasse nicht. Und die Verzweiflung des aufgeschreckten Spießbürgers, vor dessen Augen die gewohnte, von sozialen Gebrechen und Widersprüchen zerrissene Welt zusammenbricht, die er nicht verstehen kann (er sieht deren oberflächliche Erscheinungen, doch keineswegs die Wurzeln), läßt ihn zurückschießen — weil eben jeder für sich selbst eintreten müsse. Das aber ist das bis zum logischen Ende geführte amerikanische Grundprinzip des Individualismus: Das Recht des Stärkeren entscheidet alles, und keinerlei sentimentale Rücksichten.

Das ist das Gesetz der Wolfsgesellschaft. Und noch etwas. Die Geschichte hat gelehrt, daß in einer Zeit des schnellen Zerfalls der bürgerlichen Gesellschaft die Verzweiflung ihrer kleinen Leute bisweilen zur Sehnsucht nach der „starken Hand“ wird, die Ordnung schaffen und die Verbrecher, die das Allerheiligste, das Eigentum, bedrohen, zügeln kann. Erinnern wir uns an das Italien der 20er und an das Deutschland der 30er Jahre! Und wer weiß, wohin immer größere Verzweiflung von Hunderttausenden Elliotts zusammen mit den derzeitigen außenpolitischen Ambitionen und dem Großmachtdenken der „verantwortlichen“ Politiker führen kann?



Berichten Sie bitte über das Internationale Komitee gegen Apartheid, Rassismus und Kolonialismus im südlichen Afrika.

A. KARTASCHOW
Leningrad

1977 fand in Lissabon die Weltkonferenz gegen Apartheid, Rassismus und Kolonialismus im südlichen Afrika statt. Daran nahmen Abgesandte der afrikanischen Länder und der nationalen Befreiungsbewegungen sowie Vertreter der fortschrittlichen Weltöffentlichkeit teil. Sie verabschiedeten ein Aktionsprogramm zur Ausmerzung der berüchtigten Apartheid und des Rassismus im Süden des afrikanischen Kontinents. Die Verwirklichung des Programms wurde an den in der portugiesischen Hauptstadt zur gleichen Zeit geschaffenen Fortsetzungsausschuß der Weltkonferenz übertragen. Er wurde 1978 in das Internationale Komitee gegen Apartheid, Rassismus und Kolonialismus im südlichen Afrika umgebildet.

Eine der Hauptaufgaben des Ausschusses ist es, alle gegen die Apartheid kämpfenden Kräfte der Welt zu vereinigen. Der Ausschuß informiert die Weltöffentlichkeit über den Kampf des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) Südafrikas und der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO), organisiert breite politische Kampagnen und Spendensammlungen für die Unterstützung der kämpfenden Völker im südlichen Afrika und der Befreiungsbewegungen.

Der Vorsitzende des Ausschusses ist der prominente zyprische Politiker Vassos Lyssarides, der Exekutivsekretär — Silas Cerqueira (Portugal). Dem Präsidium gehören fortschrittliche Persönlichkeiten aus vielen Staaten an. Das Ständige Sekretariat des Ausschusses befindet sich in London.

Im Februar dieses Jahres fand in Berlin eine erweiterte Sitzung des Sekretariats statt. V. Lyssarides erklärte, die von Pretoria ausgehende Friedensbedrohung werde durch die Unterstützung der Reagan-Administration für das RSA-Regime immer akuter.

DISKUSSION MIT DEM LESER

Was Sie auch immer behaupten mögen, eine wirklich freie Presse kann es nur in einem Land wie dem meinen geben, wo für die Journalisten keine Verbote bestehen.

A. RICHARDSON
Manchester, Großbritannien



Es diskutiert
NZ-Kommentator
Wladimir
SHITOMIRSKI

Mir sind Ihr Patriotismus, Herr Richardson, und Ihre polemische Hitzfeindschaft sympathisch, aber Ihre Meinung erscheint mir strittig. Es kommt darauf an, was man unter freier Presse versteht.

Kann man eine Presse als frei betrachten, die sich dazu hergibt, als Instrument zur Manipulierung der öffentlichen Meinung benutzt zu werden? Wird die Presse dadurch nicht ebenfalls zu einem Objekt der Manipulierung? Diese Fragen sind durchaus nicht rhetorisch.

Wissen Sie, Herr Richardson, daß 70 britische Kommentatoren jede Woche, manchmal auch noch häufiger, Briefe in braunen Umschlägen bekommen, deren Absender das Außenministerium Ihres Landes ist? Der Inhalt ist die „schwarze“ Propaganda — so nennt ihn wenigstens die Labourwochenschrift „Tribune“, die einige Praktiken der „Arbeit“ von Regierungsstellen mit der „freien Presse“ publik machte. Die Umschläge enthalten Materialien mit scheinbar eingehender Information über das eine oder andere außenpolitische Problem, allerdings ohne Quellennachweis. Das Außenministerium bietet sie großzügig an. Die meisten solcher Informationen tragen neben dem offiziellen Kopf des Außenministeriums den Stempel des Antisowjetismus. So schwärzten 1980 zumindest 46 von 67 Vorlagen des Außenministeriums die Politik der UdSSR und ihrer Bündnispartner an. Die Anzahl der Umschläge betrug 1981 schon 77, und der Inhalt war ebenfalls vorwiegend antisowjetisch und antisozialistisch. Davon zeugen schon die Überschriften: „Die Sowjetisierung Afghanistans“, „Äthiopien: Probleme für die UdSSR“, „Exodus aus den kommunistischen Ländern“.

Den Rekord an Heuchelei schlug wohl die Information „Hauptereignisse in Bezug auf Kambodscha nach der

kommunistischen Machtergreifung“. In Punkt 1 ist die Rede davon, daß die Kommunisten — die roten Khmer — die Macht 1975 erobert hätten. Punkt 2 handelt von „der großangelegten Invasion der Ostprovinzen Kambodschas durch die vietnamesische Armee“. Auf diese bedenkenlose Art qualifizieren Experten aus dem Außenministerium die brüderliche Hilfe Vietnams für das kampucheanische Volk, dem die Ausrottung drohte, dafür verloren sie kein Wort über die ständigen Überfälle der Pol-Pot-Leute auf Vietnam. Die ungeheuerliche Völkermordpolitik des Pol-Pot-Regimes, die viele Millionen Menschenleben vernichtete, wird selbstverständlich als belanglos abgestritten, weil das den eigenen egoistischen Zielen widerspricht.

Wenn schon Regierungsstellen so wenig ehrbare Praktiken üben, den Journalisten Desinformation unterzubehalten — was soll man erst von den unmittelbaren Besitzern von Periodika, von den Pressemagnaten, erwarten?

Haben Sie, Herr Richardson, etwas von solchen Ziffern gehört: 7 transnationale Gesellschaften kontrollieren 552 britische Presseorgane mit einer Auflage von 49 Mio Exemplaren?

Vielleicht werden Sie mir zustimmen, wenn ich sage, daß eine der koloritvollsten Figuren unter den Pressegegnern der Australier Rupert Murdoch ist. Der König der Schundliteratur brachte im vorigen Jahr die ehrwürdige „Times“ an sich. Hierbei verpflichtete er sich amtlich, die ethischen Regeln in der Redaktionspolitik nicht zu verletzen. Aber die Murdochs haben ihre eigenen Gesetze. Schon verlangt er, daß Hunderte Mitarbeiter „freiwillig“ gehen. Falls sich keine „Freiwilligen“ melden, wird er überhaupt den ganzen „Times“-Stab und die Drucker aufs Pflaster setzen und die Zeitung schließen. Es kümmert ihn wenig, daß nur noch drei Jahre bis zu ihrem 200. Gründungsjahr geblieben sind.

Nun ein paar Worte zur These „keine Verbote für die Journalisten“. Es ist so, daß die Gesetze Ihres Landes keinen besonderen Unterschied zwischen Geheiminformation und jeder anderen die Tätigkeit der Regierungsstellen betreffenden Information machen. Nach den von der „International Herald Tribune“ (USA) zitierten Worten des Staatsanwalts kann eine britische Zeitung zu Gesetzesübertretern gehören, wenn sie „die Anzahl von Teefassen“ nennt,

„die in einem staatlichen Amt wöchentlich getrunken werden“. Ein führender Mitarbeiter der soliden „Financial Times“ brachte seine Besorgnis über solche Verbote auf seine eigene Weise zum Ausdruck: „... Solange man nicht sein genaues Recht kennt, etwas zu wissen, ist es besser, es nicht zu wissen.“

Wie Sie sehen, Herr Richardson, ist die Presse in Großbritannien, wie übrigens auch in jedem anderen Land der „freien Welt“, nicht gar so frei. Es kann auch gar nicht anders sein. Die Presseorgane sind ja kapitalistische Betriebe und müssen Gewinn bringen: Das verlangt die politische Ökonomie des Kapitalismus.

Der Presse-Lord Roy Thomson bemerkte einmal, die Herausgabe von Zeitungen sei ähnlich wie „die Druckmaschine für Banknoten“. Ein anderes Mal plauderte er ebenfalls aus der Schule, und das betrifft schon unmittelbar die von Ihnen angeschnittene Frage: „Beinahe alle Zeitungen unterstützen mehr oder weniger die Tories... Es ist begreiflich, wie das kommt. Man braucht nicht ein Zyniker zu sein, um zu verstehen: Wer den Reichtum hat, ist gewöhnlich konservativ. Die Zeitungsbesitzer sind gewöhnlich reiche Leute. Indem die Zeitungen in ihren redaktionellen Beiträgen die Anschauungen zum Ausdruck bringen, die von ihren Besitzern diktiert werden, unterstützen sie den Konservatismus.“ Wer sich auch nur die geringste „Lizenz“ leistet, ist geliefert, und wenn es ein „Redakteur des Jahres“ und zudem der Chefredakteur der „Times“ ist, wie der jüngste Fall Harold Evans' gezeigt hat. Nach Murdochs Ansicht begeisterte er sich ungenügend für die Politik von Margaret Thatcher und Ronald Reagan. Und so wies der Zeitungsbesitzer dem „Redakteur des Jahres“ die Tür.

Übrigens sind Sie nicht allein auf weiter Flur, Herr Richardson, auch andere preisen die ach so große Freiheit der britischen Periodika. So sagte Redakteur William Haley von derselben „Times“ gelegentlich: „Die ganze Stärke und der ganze Einfluß der „Times“ liegen darin, daß ihr Chefredakteur in seinem Urteil frei ist.“ Wenige Wochen später ging die Zeitung an einen neuen Besitzer über. Haley mußte seinen Posten aufgeben und seine Ansichten woanders vertreten.

Heute schwebt das Damoklesschwert der Entlassung nachgerade über jedem Mitarbeiter der britischen Presse, die besonders schwere Zeiten durchmacht. Indessen können Presseorgane ohne weiteres ihre Besitzer wechseln, dafür bestehen keine Verbote. Wie man sieht, hat nur der Geldsack die „wahre Freiheit“.

KOMMUNIQUE

der Tagung des Internationalen Komitees für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit

(Brüssel, 19.–21. März 1982)

Das Internationale Komitee für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit hielt in Brüssel vom 19. bis zum 21. März eine Tagung ab, an der Vertreter der Öffentlichkeit von 22 Ländern Europas und von 12 internationalen Organisationen teilnahmen. Angesichts der internationalen Lage, auf deren Verschlechterung das Internationale Komitee mit Besorgnis hinwies, war diese Tagung von besonders großer Bedeutung.

Das Komitee nahm einen wichtigen Bericht über die zweite Abrüstungs-sondertagung der UNO-Vollversammlung entgegen; er wurde von Frau Gastaud, Direktor des Informationszentrums und des UNO-Büros für Kontakte in Brüssel, erstattet.

Das Internationale Komitee für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit beschloß, in jedem entsprechenden Fall gebührend verschiedene Initiativen zu fördern, die das Ziel verfolgen, die Öffentlichkeit zwecks Wahrung des Friedens und der positiven Resultate der Entspannung auf breiten gesamteuropäischen und öffentlichen Foren (Seminare, Round-Table-Diskussionen, berufliche Kontakte) sowie auf diplomatischer und politischer Ebene (Madri-der Treffen, zweite Abrüstungs-sondertagung der UNO-Vollversammlung, Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR in Genf, eventuelle europäische Abrüstungskonferenz, unbedingt wiederaufzunehmende SALT-Verhandlungen, Gespräche in Wien usw.) umfassender zu informieren.

Das Komitee beschloß ferner, einen wichtigen Appell an die Regierungen der KSZE-Staaten zu richten.

Das Internationale Komitee für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit erörterte die internationale Situation, insbesondere die politische Lage im gegenwärtigen Europa mit allen Gefahren einer Destabilisierung. Alle Tagungsteilnehmer kamen trotz Unterschiede in der Interpretierung, die Ausdruck ihrer Meinungsfreiheit sind, überein, daß diese Situation, die ernste politische, wirtschaftliche und soziale

Folgen nach sich ziehen kann, die erstrangig wichtige Suche nach wahrer Sicherheit für alle KSZE-Staaten nicht stören darf.

Das Internationale Komitee für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit bekräftigte sein Bekenntnis zum Prozeß der Verhandlungen, an denen alle interessierten Staaten teilnehmen müssen. Doch versteht es die ganze Komplexität und all die Schwierigkeiten dieses Prozesses. Die Fortsetzung des Wettrüstens und die weitere Perfektionierung der Kernwaffen vergrößern die Hindernisse auf dem Weg zur Kontrolle und verstärken die Befürchtungen des potentiellen Gegners, was das für beliebige Verhandlungen nötige Minimum an Vertrauen untergräbt. Deshalb sieht das Internationale Komitee in dem einseitig gefaßten und von L. I. Breshnew dargelegten Beschluß über das Moratorium einen wichtigen Beitrag zum Erfolg der Verhandlungen, die den Zweck haben, den europäischen Kontinent von der Riesenmenge der hier gegenwärtig stationierten Kernwaffen zu befreien.

Das Internationale Komitee hob die erstrangige Rolle der Öffentlichkeit hervor. In der Tat standen die letzten Monate im Zeichen der Protestaktionen von Millionen Menschen und wichtiger Erklärungen gewerkschaftlicher, wissenschaftlicher und politischer Kreise gegen die Beschleunigung des Wettrüstens und die Kernkriegsgefahr in Europa; das Risiko nimmt zu, daß die Entspannung von der Konfrontation abgelöst werden könnte, die furchtbare Folgen haben kann.

Die machtvolle Einwirkung der Öffentlichkeit könnte entscheidend — besonders im Zusammenhang mit der UNO-Abrüstungs-sondertagung und den bilateralen Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR in Genf — den politischen Willen der Regierungen beeinflussen, von denen letztendlich der Abschluß von Abkommen über die Abrüstung abhängt, die einzig und allein den Frieden aufrechterhalten können.

APPELL AN DIE REGIERUNGEN

Das Internationale Komitee für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit hielt in Brüssel vom 19. bis zum 21. März eine Tagung ab, die angesichts der Weltlage, auf deren Verschlechterung es voller Besorgnis hinwies, von besonders großer Bedeutung ist.

In der Überzeugung, dem Wunsch immer weiterer Kreise der Öffentlichkeit ganz Europas und Nordamerikas, die sich über die Gefährlichkeit eines neuen Konfliktes klarwerden, zu entsprechen, beschloß das Internationale Komitee, einen Appell an die Regierungen aller KSZE-Staaten zu richten.

Das Komitee fordert sie auf, eindeutig ihren politischen Willen zu bekunden und alle Maßnahmen zu ergreifen, um:

1. das Wettrüsten zu stoppen und Europa durch sofortige Einfrierung, allmähliche Reduzierung und endgültige Beseitigung aller Massenvernichtungsmittel zu schützen;
2. zwecks Fortsetzung des in Helsinki eingeleiteten Pro-

zesses den Dialog zu fördern und den Erfolg des Madri-der Treffens einschließlich der Einberufung einer europäischen Konferenz über vertrauensbildende Maßnahmen sowie über Sicherheit und Abrüstung zu garantieren;

3. alle übrigen gegenwärtig laufenden Verhandlungen fortzuführen, zu fördern und zu erweitern und dazu auf alle neuen Vorschläge oder einseitigen Aktionen, die zur Einstellung des Wettrüstens beitragen, zu reagieren;

4. zu erreichen, daß die zweite Abrüstungs-sondertagung der UNO-Vollversammlung mit der Annahme eines effektiven Abrüstungsprogramms abgeschlossen wird.

Das erwarten und ersehnen alle Völker, die ihre Stimmung durch aktives Handeln zum Ausdruck bringen. Es geht um die Zukunft des Weltfriedens, d. h. um das eigentliche Fortbestehen der Menschheit, für das alle Regierungen die gemeinsame Verantwortung tragen.

Brüssel, 21. März 1982

„NEUE ZEIT“ 14. 82